Nummer 3 August / September 1991

Preis 5 DM

Radikale Linke
RUNDBRIEF

Schwerpunkt dieser Nummer sind die bisher nicht veröffenlichten Beiträge von der APO-Konferenz

Inhaltsverzeichnis

S. 3–6	Arbeitskonferenz „Ein Jahr Großdeutschland“
S. 6	Artikel zur RL-Konferenz 22./23.6.
S. 7–38	Texte und Beiträge von der APO-Konferenz
S. 39–42	Diskussionsbeitrag von Klaus Wehmeier „Der Zionismus und seine Kritiker“
S. 42	Erklärung der Gruppe K
S. 43	RL-Service

IN EIGENER SACHE

Hamburg, den 19.8.91

Liebe Freundinnen und Freunde!

Als wir nach dem letzten Treffen im Juni in Frankfurt auseinandergingen, starteten wir mit einigen mehr oder weniger fest umrissenen Vorhaben und Aufgaben in den Sommer. Nun enden offensichtlich die saisonbedingten Auszeiten.
Die Hamburger Redaktionscrew kommt hiermit in die Puschen, und mit diesem Rundbrief erhaltet ihr den frisch formulierten Vorschlag des Berliner Vorbereitungskreises für die Arbeitskonferenz „Ein Jahr Großdeutschland". Die Berliner laden alle Interessierten zu einem Vorbereitungstreffen ein, beachtet deshalb besonders die Infos auf Seite 6.

Im nächsten Rundbrief sind eure Stellungnahmen zum Berliner Vorschlag und/oder inhaltliche Beiträge zum Thema gefragt. Geplant ist eine Schwerpunktnummer zur Konferenz.
Also spitzt die Feder, leckt die Marker und schickt eure Beiträge
bis **23.9.91** an **PLN 59 387, 2000 Hamburg 50**.
Selbstverständlich wird auch alles andere berücksichtigt, was ihr uns schickt.

Die Redaktion

Hier noch ein technischer, nichts desto weniger wichtiger Hinweis: Auch dieser Rundbrief benötigte nach dem Eingang der Beiträge noch eine erkleckliche Zeit für die redaktionelle und technische Erstellung. Deshalb nochmal: bitte nehmt den Redaktionsschluß ebenso ernst wie z.B. die Druckerei den mit uns vereinbarten Drucktermin. Der beste Jahrhundertspitzenbeitrag nutzt nichts, wenn er zu spät eingeht. Und bitte, schickt reproduzierbare Vorlagen!

P.S.: Für Verwirrung hat die Numerierung der bisherigen (beiden) RL-Rundbriefe gesorgt: Anscheinend starten die Zählwerke in Köln und Hamburg an unterschiedlichen Stellen (1 bzw. 0). Flexibel schließen wir uns hiermit dem Kölner Konzept an. Es gibt also die Nummern 0, 2 und jetzt 3.
Die nächste Ausgabe wird dann wieder in Köln hergestellt (mit welcher Nummer wohl).

Soweit

Bezugsbedingungen: Den RL-Rundbrief bekommt automatisch nur der/diejenige, der/die regelmäßig mindesten 10,-DM auf das RL-Konto überweist.
In den 10,- DM sind über die Rundbriefkosten hinaus Kosten für Verschickungen, Büromaterial und evtl. Aktivitäten enthalten.
Bankverbindung: Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98, Konto-Nr. 205 0 25, W. Wolf, GBR

Impressum
HerausgeberInnen des RL-Rundbriefes sind die Rundbriefredaktionen in Köln und Hamburg. Verantwortlich für die Zusammenstellung dieser Ausgabe sind Bernd und Maren (Hamburg).
V.i.S.d.P.: B. Schulz c/o PLN 59 387, 2000 Hamburg 50 Erscheinungsdatum: 23.8.91

Arbeitskonferenz

Radikale Linke Berlin

Vorschlag zur Arbeitskonferenz "Ein Jahr Großdeutschland"

Auf der Konferenz der Radikalen Linken am 22./23. Juni in Frankfurt wurde beschlossen, Ende des Jahres in Berlin eine Arbeitskonferenz zum Thema "Ein Jahr Großdeutschland" abzuhalten. Auf ihr soll die Entwicklung der BRD seit der Vereinigung bilanziert und analysiert werden und - unter selbstkritischer Betrachtung unserer und anderer radikaler linker Positionen - der Versuch unternommen werden, theoretische Perspektiven einer zukünftigen Arbeit zu entwickeln. Die Berliner RL-Gruppe hatte die Aufgabe übernommen, ein inhaltliches Gerüst für den Ablauf der Konferenz zu erarbeiten. Dieses liegt hiermit vor. Wir erwarten von Euch massenhaft Beiträge zu den folgenden Punkten:

A. Staat

Wiedervereinigungsgegner vertraten noch vor einem Jahr, daß mit der Einheit Deutschlands eine neue Weltmacht entsteht, die in der Lage wäre, mit den USA um die Vorherrschaft als führende Industriemacht zu konkurrieren. Prägnant formulierte man anläßlich der "Nie-wieder-Deutschland-Demo" in Frankfurt:"Ein ökonomischer und politischer Koloß in der Mitte Europas, der sich auf seine Identität mit dem deutschen Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 beruft, ist ein Viertes Reich." Wenn diese These zutreffen sollte, müßten sich qualitative Veränderungen zur bisherigen BRD-Politik zeigen lassen. Geklärt werden sollte also:

- Machtpolitik der BRD zeichnete sich bisher dadurch aus, daß BRD-Interessen eher ökonomisch als militärisch durchgesetzt wurden (Stichwort: "Zivile Weltmacht"). Mit dem Golfkrieg und der Krise in Jugoslawien setzte eine Diskussion darüber ein, ob die BRD nicht auch international "militärische Verantwortung" übernehmen müsse. Die Frage lautet hier: Läßt sich aus der Diskussion über Blauhelme, schnelle Eingreiftruppen etc. auf ein verändertes machtpolitisches Konzept der BRD als Stützpfeiler der "Neuen Weltordnung" schließen?

- Lassen sich Anhaltspunkte dafür finden, daß die BRD ein anderes Verhältnis zu ihren machtpolitischen Konkurrenten gefunden hat? Wie ist es zu erklären, daß diese der deutschen Wiedervereinigung fast nichts entgegenzusetzen hatten? Warum waren die "Vier Mächte" ohne Zögern bereit, der BRD(neu) Souveränität zu gewähren?

- Wiedervereinigungsgegner stellten sich das Objekt ihrer Kritik in der Regel als geplanten Coup vor. Tatsächlich stellte sich die Wiedervereinigung als kaum beherrschbarer Prozeß dar. Regelmäßig wurden regierungsamtliche Konzepte über kurz oder lang über den Haufen geworfen (man denke an Kohls "Zehn-Punkte-Plan"). Kann man in diesem Zusammenhang also wirklich von einer absichtsvoll geplanten Vereinigung sprechen?

- Äußerlich betrachtet könnte der Prozeß der Wiedervereinigung so erscheinen, als ob die Regierenden immer nur das vollzogen, was "das Volk" wollte. Das kann nach linken Vorstellungen über die Politik aber nicht sein. Läßt sich daraus schließen, daß politische Rationalität und "Wille des Volkes" im Widerspruch standen und letzterer sich durchsetzte und die deutsche Politik damit - zumindest vorübergehend - eine irrationale Komponente bekam, und was folgt daraus?

→

Arbeitskonferenz

B. Ökonomie.

Prophezeihungen über die ökonomische Zukunft des neuen Deutschland sagten eine wirtschaftliche Supermacht mit weiter ausgebauter hegemonialer Stellung in Europa voraus. Das ist bislang - und wohl auch zumindest mittelfristig - offenlichtlich nicht der Fall. Im Gegenteil stellt die ökonomische Bewältigung der Vereinigung die BRD vor große Probleme. Die zusammenfassende Frage lautet hier sicher: Hat sich die Einheit gelohnt? Genauer gefragt:

- Die Hoffnung, die DDR-Wirtschaft produktiv in Besitz zu nehmen, hat sich nicht erfüllt. Ebenso sind Fantasien einer modernen Infrastruktur auf dem Gebiet der blühenden neuen Bundesländer diskreditiert. Die Notwendigkeit, die dortigen Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf Weststandard zu bringen, wird immense Kosten verursachen. Maschinen können verrotten oder durch effektivere ersetzt werden, Arbeitskräfte müssen aber nach Maßgabe der Sozialgesetzgebung erhalten werden. Wie wird die Einheit angesichts dieser Probleme finanziert werden?

- Ein, in letzter Zeit immer wieder erwarteter Weg führt durch die Notenpresse mit der daraus resultierenden inflationären Entwicklung. Konsequenzen wären: Ein durch die Hochzinspolitik (um der Geldentwertung gegenzusteuern) verstärkter Konkurrenzdruck auf den (inter-)nationalen Kapitalmärkten und Kaufkraftverluste der Bevölkerung.

- Mit dem Anschluß der DDR waren große, ideologisch unterfütterte Hoffnungen verbunden, die osteuropäischen Märkte zu erschließen. In dieser Hinsicht leitete die "Währungsunion" die letzte Runde des Endes der DDR-Ökonomie ein, indem sie die DDR aus dem sozialistischen Wirtschaftsraum ausgliederte und kapitalistischen Verwertungsbedingungen unterwarf. Unter diesen Bedingungen entpuppte sich ihr Produktionsapparat als Schrotthaufen. Hinzu kam das Ende des RGW und das daraus folgende Ende der osteuropäischen Nationalökonomien unter Weltmarktbedingungen.

- Wie unter dem Punkt Staat stellt sich also auch bei der Ökonomie die Frage, inwieweit Staat und Kapital rational im Sinne des Systems handelten. Die Linke erwartete das Schlimmste, unterstellte mit der These vom machtpolitischen und ökonomischen Koloß, der da kommen werde, eine durchdachte strategische Planung. Nun stellt sich aber die Frage, wer und ob überhaupt jemand als Subjekt in diesem Prozeß agierte bzw. welchen Gesetzmäßigkeiten der Anschlußprozeß zuwiderlief.

C. Gesellschaft

Auf gesellschaftlicher Ebene ließ sich u.a. die Radikale Linke durch die Welle nationaler Begeisterung im Herbst 1989 dazu verleiten, aufstrebenden Nationalismus, Chauvinismus oder gar Faschismus vorauszusagen. Nach völkisch-nationaler Begeisterung für Großdeutschland muß Ende 1991 bereits etwas länger gefahndet werden. Was gegenwärtig abläuft, geschieht nicht mit Pauken und Trompeten, sondern vollzieht sich alltäglich. Die Vorhersagen der Radikalen Linken trafen nicht ein. Westler mosern fast lieber über die dummen Ossis als über Ausländer, während sich Ostler von den Besserwessis genervt fühlen. Grob vereinfacht läßt sich außerdem feststellen, daß der Ex-DDRler eher zu völkisch-nationaler Abgrenzung neigt, während der Alt-BRDler von der Angst um den Besitzstand durchdrungen ist. Lassen wir uns vom Alltag verleiten, wenn wir fragen?:

➔

- Wird das Massenbewußtsein der vereinigten Deutschen eher von der "deutsch-nationalen Identität" oder von dem aus der BRD überliefertem demokratisch-sozialstaatlichem Integrationsmodell bestimmt sein? Inwieweit ergänzen sich beide Varianten über die Ideologie des nationalen Wohlfahrtsstaates. Interessant scheint uns, diesen Punkt an der unsäglichen Berlin-Bonn-Farce zu rekonstruieren, denn dort sind die "Argumente" vom üblen Bonner Geldrechner bis zur "Vision deutsche Metropole" zu haben. Im übrigen halten wir es für ein Versäumnis, daß sich die Linke gerade hier herausgehalten hat, denn wo sonst strozten in letzter Zeit ideologische Bekenntnisse vergleichbarer Art?

- Ist Nationalismus eigentlich funktional für die "Zivilgesell-schaft"? Wie ist in diesem Zusammenhang der massenhafte militante Rechtsradikalismus und Rassismus im Anschlußgebiet zu werten?

- Ist der 1989er Nationalismus mit dem von 1914 identisch? Wie läßt es sich erklären, daß die Öffentlichkeit auf den Rechtstrend im Anschlußgebiet eher tolerant, verständnisvoll und letztlich affirmativ reagiert?

- Kann davon gesprochen werden, daß der neue deutsche Großstaat seit einem Jahr auf dem Weg in die Faschisierung ist?

- Auffällig ist auf jeden Fall, daß die Sensibilität gegenüber der deutschen Geschichte - soweit sie vorhanden war - im Begriff ist, zu schwinden. Preußische Könige ausgraben, geht wieder. Kritik daran gibt es nur an der Art und Weise der Vollstreckung, die der König so nicht gewollt hat. Angesichts der Kranzniederlegung für die Opfer des Stalinismus in Buchenwald und der vollkommen ausgebliebenen öffentlichen Reaktion darauf darf getrost von einer Bitburgisierung der Vergangenheitsverdrängung gesprochen werden.

- Dazu paßt auch die (neu-?)erwachte Kommunistenhatz, die zwar ohne die eigentlichen Haß-Objekte auskommen muß, dafür aber umso so ersprießlicher gegen alles hetzen kann, was nach links riecht. Dazu dient auch die StaSi-Hetze, die außerdem auch noch für die Ex-DDR-Bevölkerung die Möglichkeit schafft, ihre DDR-Vergangenheit zu entsorgen. (Am Punkt der Indienstnahme der StaSi-Hetze des Staates für seine höchst eigenen Interessen gibt es einen i.A. nicht zu kittenden Dissenz in der Berliner RL-Gruppe, der sich exemplarisch an der Frage verdeutlichen läßt, ob die Veröffentlichung der StaSi-Listen auf dem Alexanderplatz durch "taz" und andere einer notwendigen linksradikalen Auseinandersetzung mit dem StaSi-Komplex dient oder vielmehr der Funktionalisierung des Themas seitens der Herrschenden in die Hände arbeitet.)

- Klar scheint für Ost und West und auch Rechts und Links zu sein, daß es aufwärts gehen muß in Deutschland. Antikapitalistische Opposition scheint es nicht mehr zu geben, bestenfalls bessere Marktmodelle. Alle überlegen, wie der Ossi mehr in die Lohntüte kriegt und der Wessi nicht weniger. Die CDU weiß wie's geht, die SPD weiß, daß es die CDU weiß, die FDP wünscht einen Schluck weniger Dirigismus, die Grünen wissen, daß alle, aber nur irgendwie recht oder unrecht haben - die Radikale Linke ... lacht?

→

Arbeitskonferenz

Organisatorisches

Der Termin für die Arbeitskonferenz wurde festgelegt auf:

Freitag, 22.11.1991 (abends) bis Sonntag, 24.11.1991 (mittags)

Zur weiteren Vorbereitung erwarten wir nicht nur zahlreiche Beiträge und Vorschläge, sondern auch die Teilnahme an einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe, die über die endgültige Form und den Inhalt der Tagung entscheiden soll. Ein erstes Treffen soll auf jeden Fall noch in der ersten Hälfte des Septembers stattfinden. Wir haben dafür bewußt keinen Termin festgelegt; wir erwarten stattdessen Eure telefonischen Interessensbekundungen bis Ende August. Danach werden wir mit Euch einen möglichst günstigen Termin absprechen.

Kontaktadresse: Gabi Buck, Werftstraße 3, W-1000 Berlin 21

Kontakttelefone: Gabi Tel. 030/3931633 und
Klaus Tel. 030/7912678 (nicht vom 14. bis 28.9.)

Bericht vom Treffen der „Radikalen Linken" am 22./23.06.

Am 22.6. fand in Frankfurt ein Beratungstreffen der „Radikalen Linken" (RL) statt. 80 Leute aus dem RL-Spektrum hatten sich eingefunden, um über die Zukunft des Projektes zu diskutieren.

Am Anfang wurde ein kurzer Überblick gegeben, woraus die RL noch besteht. Demnach gibt es in ca. 15 Städten und Orten RL-Gruppen oder Zusammenhänge, die sich im Kontext von der RL begreifen, sowie den Rundbrief, der ca. 400 Adressen erreicht. Finanziell sieht es mager aus, das Projekt muß sich seit einiger Zeit aus Beiträgen und Spenden selber finanzieren, eine Reihe von Projekten der Vergangenheit haben erhebliche Verluste eingebracht.

Danach begann eine politische Bestandsaufnahme. Diese anfangs zähflüssige Debatte will ich hier nicht im einzelnen wiedergeben, da sie sehr verästelt verlief, sondern einige Aspekte herausgreifen, die mir wichtig erscheinen. Die meisten Anwesenden waren der Meinung, daß die RL sich in der Vergangenheit zu wenig inhaltlich mit den verschiedenen anstehenden Problemen (wie die Wiedervereinigung, die Reichstagswahlen, der Golfkrieg) auseinandergesetzt hat, daß aber gerade in der Erarbeitung und Auseinandersetzung von inhaltlichen Positionen die Stärke eines solchen Projektes liegen könnte. Das es erheblichen Diskussionsbedarf unter den Beteiligten gibt, wurde bei einer Reihe von Beiträgen zu inhaltlichen Fragen auf dem Treffen deutlich.

Desweiteren fand ich erfreulich, daß es endlich gelungen ist, öffentlich das Scheitern des Koordinierungsrates zu erklären. Dies war von einigen eingeklagt worden. Der tiefgehende Streit um das Verhalten der RL bezüglich der Reichstagswahlen, die nicht geführte Diskussion um die dahinter stehenden strategischen Widersprüche hat die „menschlichen Unzulänglichkeiten" (O-Ton T. Ebermann) zum Tragen kommen lassen. Unterstellungen und Verdächtigungen im persönlichen Bereich statt inhaltlicher Auseinandersetzung führten zum Scheitern des Koordinierungsrates. Diese Erklärung fanden die meisten Anwesenden plausibel.

Angesichts der eher bescheidenen Lage gab es gegen Ende dieser Debatte bei einigen wenigen die Stimmung, die RL ganz aufzulösen. Begründet wurde dies damit, daß sich die RL doch nur weiter zerstreite, und daß es nur immer weniger würden. Die RL habe zudem einen schlechten Ruf, sie sollte neuen Initiativen von „vor Ort" nicht weiter im Wege stehen. Dem wurde entgegengehalten, daß inhaltliche Auseinandersetzung nicht automatisch immer zur Trennung führen muß, sondern erstmal die gemeinsame Erarbeitung von Positionen bedeutet. Und wenn dann das Trennende im Vordergrund stehen sollte, weiß mensch wenigstens, warum die Leute nicht mehr mitmachen. Die Alternative zur inhaltlichen Auseinandersetzung ist das langsame Entschlafen dieses Projektes, wie seit längerem zu beobachten. Und das es sinnvoll ist, einen bundesweiten Zusammenhang zu haben, der versucht, die Diskussionen, die regional stattfinden, zusammenzuführen, steht außer Frage. Dies war die Meinung der meisten Anwesenden.

Das Treffen beschloß, daß der Rundbrief als Bindeglied zwischen den diversen Gruppen, Menschen und Arbeitszusammenhängen und zur Entwicklung der Diskussion untereinander weitererscheinen soll. Die bestehenden Redaktionsgruppen in Hamburg und Köln wurden bestätigt, sind für weitere Mitarbeit aber offen. Weitere Strukturen gibt es vorläufig nicht. Die Berliner Gruppe schlug als nächstes Projekt eine Konferenz der RL Ende Oktober/Anfang November vor, die eine Bilanz von „1 Jahr Großdeutschland" ziehen soll. Nach einigem Hin und Her wurde dies von der Versammlung so beschlossen. Die Berliner Gruppe, die sich mit diesem Thema schon beschäftigt, übernimmt die Vorbereitung, wobei selbstverständlich auch andere sich (vor allem inhaltlich) beteiligen können. Eine HHer Arbeitsgruppe sitzt an einem Projekt zu dem Bereich Imperialismus/Neue Weltordnung. Dies wird aber erst gegen Jahresende realisiert werden können. Es wird eine Flugschrift und eine Konferenz anvisiert. Zunächst soll von der „HHer Connection" (Selbstbezeichnung) ein Vorschlag vorgelegt werden.

Die RL gibts also noch. Wenn auch formulierte Ansprüche und die Wirklichkeit oft zwei Paar Schuhe sind, habe ich durch den Verlauf des Treffens und die anvisierten Projekte den Eindruck, daß sich dieses RL-Projekt jetzt doch (wieder?) zu einem Zusammenhang entwickeln kann, der einen Beitrag zur Zusammenführung und Weiterentwicklung der allerorten aufgebrochenen Debatte um linke Perspektiven leistet.

(aus AK 332)

Bernd Schulz

Beiträge von der APO-Konferenz

Auf dieser Konferenz aus Anlaß der ersten Reichstagswahlen am 2. Dezember 1990 wurde über die Einschätzung von und den Kampf gegen Nationalismus, Faschismus, Rassismus und Antisemitismus diskutiert. Übereinstimmung bestand bei den Konferenzveranstaltern (Leuten aus der Radikalen Linken, aus dem KB, Unorganisierten), die Vorträge und Diskussionen in einer Broschüre zu veröffentlichen. Dieses Projekt der alten Vorbereitungsgruppe ist am Hader innerhalb der Radikalen Linken und den Aktivitäten gegen den Golfkrieg, die Kräfte absorbiert haben, aber auch den damit verbundenen inhaltlichen Differenzen zum Krieg steckengeblieben. Zahlreiche Beiträge, die angekündigt waren (Antifa, DDR-Entwicklung, Institutionelle Arbeit, Rassismus) sind nicht oder sehr spät gekommen. Im März gab es unsere Vorbereitungsgruppe nicht mehr. Die Verbliebenen wollten zudem das finanzielle Risiko nicht tragen, da die Unterstützungszusagen von Gruppen nicht ausreichten. Wir haben daher die Rundbrief-Redaktion der Radikalen Linken gebeten, die Texte zu veröffentlichen. Das geschieht hiermit.

Die 32-Seiten-Beilage mit Texten der APO-Konferenz kann gesondert zum Preis von DM 4 bestellt werden.

Nicht wiederaufgenommen wurden die Texte, die in den Rundbriefen 1 und 2 der Radikalen Linken veröffentlicht worden sind: M. Wilk, Redebeitrag zum Boykott der Wahlen und Alternativen; Regula Bott, Redebeitrag zu den Perspektiven des Widerstands; Unsere Stimme, Hannover, Antifaschismus in der Krise (Rundbrief 1). Kadriye Baksi, Rassismus und deutsche Linke; Dorothee Piermont, ‚Befreit' sich die Radikale Linke vom Internationalismus? (Rundbrief 2). Diese Texte können gegen DM 2 bestellt werden.

Außerdem verweisen wir auf drei weitere Texte, die in anderen Zeitungen erschienen sind: Jürgen Stuttgart, Nationalismus und Marxismus Aktuelle Notizen zur Kontroverse Lenin-Luxemburg (ak 323, Oktober 1990); Joachim Bruhn, Der ganzheitliche Volksstaat und seine Insassen. Volkssouveränität oder frei Assoziation. Ein Beitrag zur kritischen Theorie der Nation (Kritik und Krise 2/3, 1990), Detlef zum Winkel, Seit Dimitrow nichts Neues (Konkret 4/91).

Bestelladresse: Radikale Linke, PLN 59387, 2000 Hamburg 50

Inhaltsverzeichnis

S. 8 Eckhard Voss — Weiße Haut und bunte Masten

S. 11 Gerlef Gleiss — Kapitalismus heißt Aussonderung

S. 14 Radikale Linke Köln — Thesen zur Nationale Minderheiten und Rassismus in der BRD

S. 15 Gerd Kuhnen — Mythos revolutionäres Subjekt — Wider die Hegelei in der Linken

S. 19 Susanne Schröder — Der schleichende Verlust der Utopie

S. 21 Justus Wertmüller / Clemens Nachtmann — Zwischen Gesundbeterei und Moralismus

S. 26 Eva Groepler — „Zertrampelt die Juden-Kapitalisten!"

S. 28 Bernhard Schmid — Kommunismus und Nationalismus in Deutschland

S. 34 Gruppe Internationalisten Nürnberg: Über Antiimperialismus, Befreiungsinternationalismus und „nationale Identität"

S. 36 Georg Fülberth — Kapitalismus und Nation

S. 38 Yves Dorestal — Thesen zur nationalen Frage

Eckhard Voss

Weiße Haut und bunte Masken

Wem nützt die ‚multikulturelle Gesellschaft'?

„Kultur ist nicht der Zweck des Kampfes. Kultur hilft, den Kampf zu entfachen." (A. Sivanandan)

Vorbemerkung

Wir erleben gegenwärtig in der BRD, aber auch in allen anderen westeuropäischen Ländern, staatlich initiierte und von der Öffentlichkeit bereitwillig aufgegriffene Kampagnen, die das Schreckgespenst einer drohenden Masseneinwanderung von ‚Armuts- und Wirtschaftsflüchtlingen' an die Wand malen. Sie dienen der Rechtfertigung der weiteren Abschottung der europäischen Land-, Luft- und Seegrenzen gegen Einwanderinnen und Einwanderer aus nicht erwünschten Ländern, der Verschärfung bestehender oder der Einführung neuer diskriminierender Sondergesetze.

Gleichzeitig haben wie niemals zuvor seit 1945 rassistische und neofaschistische Parteien und Gruppierungen an Einfluß gewonnen und insgesamt die politischen Kräfteverhältnisse nach rechts verschoben. Hier liegt ein wichtiger Unterschied zu ähnlichen Antiflüchtlingskampagnen in den 70er und 80er Jahren: Rassistische Argumentationsmuster, etwa die von der Unvereinbarkeit unterschiedlicher Kulturen oder von ‚kultureller Überfremdung', sind salonfähig geworden und prägen in zunehmendem Maße hochoffizielle Politik. An die Seite der bekannten „Das Boot ist voll"-Ideologie ist das rassistische Bild der ‚kulturellen Bedrohung' getreten. Nirgentwo sonst wird diese Symbiose so deutlich wie in dem Bild des Islam, das in den letzten Jahren konstruiert wurde und das in den diversen ‚Kopftuchstreits', in Debatten über Schulerziehung, dem Bau von Moscheen, dem Fall Salman Rushdie oder auch in der Diskussion über Betty Mahmoodys Buch zum Ausdruck kommt. Rassistische Vorstellungen und Argumentationsmuster reichen hier bis weit in alle politischen Lager hinein.

Paneuropäischer Rassismus, wachsende rassistische und antisemitische Gewaltbereitschaft und nationaler Taumel in der BRD – welche Rolle spielt angesichts dieser Zustände die Diskussion der ‚multikulturellen Gesellschaft'?

Die Frage „Wem nützt die ‚multikulturelle Gesellschaft'?" muß gestellt werden, schon allein deshalb, weil die Karriere dieses Begriffs in der BRD in die gleiche Dekade fällt, in der der Neorassismus in Theorie und Praxis an Einfluß gewinnt und sich die Lage der Migrantinnen und Migranten beständig verschlechtert. Sind vor diesem Hintergrund multikulturelle Konzepte dazu angetan, dieser Entwicklung gegenzusteuern oder blockieren bzw. verhindern sie gar eine effektivere antirassistische Strategie? Diese Frage zu diskutieren ist in der BRD umso dringlicher, weil die innerhalb der antikapitalistischen Linken gerade erst begonnene Rassismus-Diskussion in weiten Kreisen zu einer ‚Multikulturalismus-Debatte' verflacht ist.

Karriere eines Begriffs

Die ‚multikulturelle Gesellschaft' ist zu einem politischen Schlagwort ersten Ranges geworden und darf in keinem kritischen Beitrag zur ‚Ausländerpolitik' mehr fehlen. Um den Begriff hat sich eine eigentümliche, aber kaum mehr ungewöhnliche Koalition aus Kirchen- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Sozialdemokraten, konservativen Modernisierern, Kapitalvertretern, vor allem aber Initiativgruppen, Grünen und neuerdings auch PDS formiert, deren inoffizielles Motto der Zigarettenkonzern Stuyvesant auf den Punkt gebracht hat: „Come together – and learn to live as friends".

Ein wichtiger Grund für diese bunte Unterstützerschar ist sicherlich, daß die ‚multikulturelle Gesellschaft' ein vor allem multifunktionaler Begriff ist, der für die unterschiedlichsten Zwecke einsetzbar ist. Denn wie bei allen politischen Schlagwörtern steht seine inhaltliche Aussagekraft und Präzision in umgekehrter Proportionalität zur Häufigkeit seiner Verwendung. Dabei fing alles recht einfach an: „Wir leben in einer multikulturellen Gesellschaft" hieß es 1980 auf einem Kirchen-Symposion.[1] Seither wird mit zunehmender Intensität darüber gestritten, ob sich aus der Tatsache, daß in der BRD 4–5 Millionen Menschen ohne einen deutschen Paß leben, darauf schließen lasse, daß dieses Land ein Einwanderungsland sei, ob wir folglich in einer ‚multikulturellen Gesellschaft' leben und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Während die Regierung weiterhin daran festhält, daß die BRD kein Einwanderungsland sei und dies erst neuerdings wieder im neuen Ausländergesetz rechtlich verankerte hat, wachsen auf der anderen Seite die Stimmen derer, die nach den Worten E. Stoibers durch „das Gerede von der multikulturellen Gesellschaft [...] die Axt an die Wurzeln unserer in Jahrhunderten [!] entwickelten nationalen und kulturellen Identität" legen.[2] Spätestens seit CDU-Modernisierer Heiner Geißler sein „Plädoyer für eine ‚multikulturelle Gesellschaft'"[3] veröffentlichte, ist der Begriff in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit in aller Munde.

Lassen wir einmal die Thesen Geißlers und anderer Konservativer beiseite, deren multikulturelles Plädoyer zumeist eines für den Import billiger Arbeitskraft ist, von der auch in Zukunft die ökonomische Effizienz und Pro-

[1] epd-Dokumentation Nr. 48/80, „Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft".

[2] „Und deutsche Richter blättern im Koran", Die Welt, 25. 2. 1989.

[3] Spiegel 13/1990, S. 155 ff.

[4] Siehe „Heiner Geißler und die Schrumpfgermanen", ak Nr. 322, 17. 9. 1990.

fitabilität der BRD abhänge, und die an anderen Stellen bereits genauer vorgestellt und kritisiert wurden,[4] dann sind es vor allem die Grünen und die PDS, die am vehementesten für die ‚multikulturelle Gesellschaft' gleichermaßen als gesellschaftliche Utopie wie als politisches Pogramm eintreten.

Die multikulturelle Utopie

Für beide stellt die ‚multikulturelle Gesellschaft' einen positiven Gegenentwurf zum in der BRD herrschenden völkischen Nationalismus dar, der sich im Abstammungsprinzip der Staatsbürgerschaft ebenso ausdrücke wie in der Sondergesetzgebung für ‚Ausländer' und der insgesamt Nicht-Deutsche als ‚Bürger 2. Klasse' definiere und behandele. In einer von den Bundestagsgrünen herausgegebenen Broschüre heißt es dazu:

„Über ein Einwanderungskonzept, das diejenigen, die kommen, sozial absichert und die Konkurrenzängste der einheimischen Bevölkerung abbaut, verfügen sie [die Bundesregierung und die SPD, E. V.) nicht. Ebensowenig machen sie Anstalten, EinwanderInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit der deutschen Bevölkerung rechtlich gleichzustellen, um so der multikulturellen Realität der Bundesrepublik politisch Rechnung zu tragen."[5]

Demgegenüber ständen die Grünen „für ein Gesellschaftskonzept, das die Umgestaltung aller Lebensbereiche umfaßt. Rechtsgleichheit ist dafür die unverzichtbare Bedingung: Ohne BürgerInnenrechte für alle, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, ist alles Reden von der ‚multikulturellen Gesellschaft' ohne demokratische Substanz."[6]

An anderer Stelle wird der utopische Charakter noch deutlicher. Dort wird von einer Gesellschaft gesprochen, „für die zum Beispiel Volksentscheide selbstverständlich geworden sind; einer neuen demokratischen multikulturellen Gesellschaft, in der alle Menschen mit gleichen Rechten ausgestattet sind, Minderheiten geschützt und gefördert werden und in der eine gleichberechtigte Auseinandersetzung über Politik und Kultur mit dazugehörigen Konflikten und Bereicherungen geführt werden kann."[7] An diesem Gesellschaftsentwurf gibt es nichts zu kritisieren (es sei denn der Passus über die Schutz- und Förderungswürdigkeit von Minderheiten, der etwas an Flora und Fauna erinnert und die Frage aufwirft, wer hier wen schützt und fördert), es ist einfach der Entwurf einer guten und netten Gesellschaft. Aber völlig offen bleibt, wie dieses Ziel erreicht werden soll und was das spezifisch ‚multikulturelle' an dieser Utopie sein soll. Denn einstweilen leben wir noch in einer Einwanderungsgesellschaft, die nicht nur nach wie vor ausgrenzt und diskriminiert, sondern in den letzten Jahren einen mächtigen Schub an Nationalismus, Rassismus und Entdemokratisierung erlebt hat.

Aber nicht nur zum Ziel, sondern auch zum Weg haben die BefürworterInnen der ‚multikulturellen Gesellschaft' einiges zu sagen, und während ersteres abstrakt und formlos bleibt, sind die Vorschläge, die sich eher programmatisch und realpolitisch auf das Hier und Jetzt beziehen, bemerkenswert konkret. Das ist kein Zufall, denn multikulturelle Konzepte verstehen sich nicht nur als Alternative zur herrschenden Politik, sondern auch und wie ich meine in erster Linie zu antirassistischen Strategien und Ansätzen, die nur schwer vermittelbar seien und wegen ihrer kompromißlosen ‚Anti-Haltungen' zur Marginalisierung neigten.

Multikulturelle Realpolitik

Im Zentrum multikultureller Politik, wie sie etwa in dem bereits genannten Reader skizziert oder vom Frankfurter „Dezernat für multikulturelle Angelegenheiten" in ersten Ansätzen umgesetzt wird, steht die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Während antirassistische Ansätze in diesem Punkt von den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Grundlagen und Motivationen rassistischer Politik und Ideologie ausgehen und deren Bekämpfung als ebenso wichtig ansehen wie ihre institutionellen und alltäglichen Auswirkungen, steht bei multikulturellen Konzepten die individuelle Fremdenfeindlichkeit ganz und gar im Mittelpunkt.

„Angst und Abwehr gegenüber Fremden gibt es überall auf der Welt"[8] – es gäbe zwar historische und nationale Besonderheiten, aber Fremdenangst sei ein konstitutives, quasi biologisches Merkmal der menschlichen Psyche. Auffällig ist, daß es in diesem Punkt erstaunliche Parallelen zwischen dem multikulturellen und dem neorassistischen Diskurs gibt. Wenn etwa die Mitarbeiterin im „Dezernat für multikulturelle Angelegenheiten" Rosi Wolf-Almanansreh von den „berechtigten Ängsten vor Überfremdung" innerhalb der Frankfurter Bevölkerung spricht und diese auf einen „Modernisierungsschock" und „Internationalisierungstendenzen" zurückführt, ohne zu erklären, welcher Zusammenhang zwischen Modernisierung bzw. Internationalisierung und wachsender Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremem Denken besteht, dann ähnelt das bis in die Wortwahl hinein den Argumentationsmustern der Reps. Während diese jedoch Fremdenangst und -feindlichkeit als Grundlage negativer Projektionen und ihrer Forderung nach Einwanderungsstopp und Deportation von EinwanderInnen benutzen, versuchen die Vertreter multikultureller Konzepte die Angst vor ‚kultureller Überfremdung' durch positive Projektionen abzubauen. An dieser Stelle wird immer wieder auf die Wichtigkeit von ‚interkultureller Begegnung', ‚Auseinandersetzung' und ‚Zusammentreffen verschiederner Kulturen' in einer Atmosphäre gegenseitiger Toleranz gesprochen. „Die diffuse Angst vor einer ‚Überfremdung' kann nur überwunden werden im Prozeß der konkreten Auseinandersetzung mit dem Fremden und sich selbst. Das erfordert Konfliktfähigkeit."[9] Sätze solcher Art fehlen

[5] „Die multikulturelle Gesellschaft – Für eine demokratische Umgestaltung in der Bundesrepublik", 1. Aufl. 1990.
[6] Ebd., S. 19.
[7] Ebd., S. 62.
[8] Ebd. S. 17. Einmal abgesehen davon, daß diese These in der einschlägigen Forschung äußerst umstritten ist - selbst wenn sie stimmen sollte, fehlt der Hinweis, daß nicht überall auf der Welt, sondern nur in einem kleinen privilegierten Teil die Menschen auch die Machtmittel besitzen, aus „Angst" auch rassistische Unterdrückung, Ausbeutung, Vertreibung und Diskriminierung zu machen.
[9] Ebd., S. 18.

heute in keinem multikulturellem Manifest mehr.

Die Vertreter der ‚multikulturellen Gesellschaft' haben wenig dazu zu sagen, was genau „konkrete Auseinandersetzung mit dem Fremden" heißen soll. Um so redseliger werden sie jedoch, wenn es darum geht, scheinbar unvermittelbare und deshalb ‚unrealistische' Forderungen der antirassistischen Linken zu demontieren. Und überhaupt:

„Die Linke kann dem Rassismus gegenüber fremden Kulturen kaum glaubhaft entgegentreten, solange ihre Haltung gegenüber der realen kulturellen Vielfalt im eigenen Land von Rassismus nicht frei ist. Der freudigen Hinwendung zum Fremden korrespondiert bei der Linken nicht selten eine nicht minder entscheidende Sanktionierung, ja Tabuisierung alles Nicht-Fremden." Nach diesem Bekenntnis zur realen kulturellen Vielfalt der Deutschen und der Erweiterung des Rassismus-Begriffs rechnet der Öko-Libertäre Thomas Schmid[10] ein paar Zeilen weiter mit einem anderen Negativum des „selbstgerechten Antifaschismus" ab: der Forderung nach ‚offenen Grenzen' nämlich. In souveräner Sozialpsychologie weist er nach, daß, „weil wir Unterscheidungen, die der Motor der Vielfalt sind, lieben, brauchen wir Grenzen – um sie überwinden zu können, aber auch um nicht formlos zu werden und nicht zu zerfließen."[11] Eine ähnliche Position wird von den Grünen Udo Knapp und Winfried Kretschmann in einem Aufsatz mit dem durchaus programmatisch gemeinten Titel „Die Republikaner rechts liegen lassen" vertreten. In seltener Verdrehung der Tatsachen erscheint hier die Kritik jeglicher Einwanderungspolitik als diskriminierend und die Forderung nach offenen Grenzen als Ursache des Rassismus.

Es ist kein Zufall, daß grüne VordenkerInnen der ‚multikulturellen Gesellschaft' heute auch die hartnäckigsten VertreterInnen einer quotierten Einwanderung sind. Für die grüne Bundestagsabgeordnete Erika Trenz sind „die Gedanken zur Einwanderungspolitik eine vermittelbarere Utopie als die der ‚offenen Grenzen'".[12] Zwar sei Einwanderungspolitik ein „Denkkonzept, das heute noch nicht umsetzbar ist", weil die demokratischen und infrastrukturellen Voraussetzungen fehlen, gleichwohl macht sie sich sehr konkrete Gedanken darüber, welche Gruppen zukünftig einer Quotierung unterliegen sollten und welche nicht.

„Der Vorwurf, dieses Einwanderungskonzept selektiere, wer kommen darf und wer nicht, trifft nicht allzu schwer. In einer Zeit, in der wir die rassistische Ausgrenzungspolitik der anderen Parteien geißeln und selbst keine Handlungskonzepte vorweisen, geschweige denn irgendeinen konkreten Schritt unternommen haben, den Anwerbestopp von 1973 in Frage zu stellen, haben wir die Selektion den anderen überlassen."[13]

Neben dem Verweis auf staatspolitische Verantwortung taucht auch bei Trenz das Argument auf, fehlende Einwanderungspoltik fördere den Rechtsextremismus: „[...] angesichts der derzeitigen zu befürchtenden weiteren Eskalation rechtsextremen Denkens scheint mir nichts anderes übrig zu bleiben, als in die Offensive zu gehen und vermittelbare Konzepte vorzulegen".[14]

Für den telegenen, mit seiner Feder immer auf der Höhe des Zeitgeistes stehenden Claus Leggewie, neuerdings Berater Cohn-Bendits in dessen Frankfurter Multikultur-Arbeit, liegt in einem Einwanderungsgesetz mit entsprechender Quotierung der Schlüssel zu einer funktionierenden ‚multikulturellen Gesellschaft'. „Zwischen derart kontraproduktivem und autodestruktivem Kalkül ist die Politik bei uns aber eingeklemmt: zwischen dem gesinnungsethischen Postulat der absolut ‚offenen Grenzen' und ängstlich-bornierter Abschottung". Als Lösung fordert er eine „republikanische Einwanderungspolitik" und verweist gleich auf die Vorschläge der Grünen.

Fazit

Das Konzept ‚multikulturelle Gesellschaft' sollte nicht als Ausdruck politischer Naivität von AusländerfreundInnen verharmlost werden, sondern muß als etwas weitaus Gefährlicheres angesehen werden:

- Zum einen bewegt sich der multikulturelle Diskurs auf demselben Terrain wie der neorassistische: Beide gehen aus von der Existenz prinzipiell homogener Kulturnationen, kultureller Identitäten und von der natürlichen Angst allen Fremden gegenüber, was bei ‚Vermischung' und Einwanderung ab einer imaginären ‚Toleranzschwelle' zu Konkurrenzängsten und Fremdenfeindlichkeit führt. Wenn multikulturelle Parolen wie SOS-Racismes vom „droit à la diffé⌣rence" von Rassisten wie Le Pen vereinnahmt und ‚umgedreht' werden, dann sollte das nicht Empörung auslösen, sondern Nachdenken darüber, wieso das so leicht geht.

- Das Reden von der ‚multikulturellen Gesellschaft' stellt eindeutig die kulturellen Aspekte von Migration in den Vordergrund. Neben der Tatsache, daß dem oftmals ein statischer Kulturbegriff zugrundeliegt, wird Migration hier als Kulturmigration verniedlicht und der ökonomische Aspekt der Ausbeutung billiger Arbeitskraft völlig vernachlässigt.

- Die Beispiele Großbritannien seit den späten 60er Jahren und Australien in den 70er Jahren machen deutlich, daß multikulturelle Konzepte weniger dazu angetan sind, den Rassismus in der Gesellschaft zu bekämpfen, als vielmehr zum Zwecke der sozialen Kontrolle, Integration und Befriedung eingesetzt wurden. In beiden Ländern wurden multikulturelle Konzepte von staatlicher Seite als Ersatz für mehr und mehr auf Widerstand stoßende Assimilationsstrategien entwickelt. Die Betonung des kulturellen Pluralismus und des Rechts auf die eigene Kultur diente dabei dem Zweck, ethnische Unterschiede gegen gemeinsame Klasseninteressen auszuspielen, soziale und ökonomische Konflikte auf kul-

[10] Multikulturelle Gesellschaft – goßer linker Ringelpiez zum Anfassen", Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Juni 1989, S. 541 ff.
[11] Ebd., S. 545.
[12] Siehe Anm. 5, S. 63.
[13] Ebd., S. 62.
[14] Ebd.

turelle herunterzuspielen, der Forderung nach politischer Machtbeteiligung mit ‚ethnischen Projekten und Programmen' zu begegnen und nicht zuletzt den Rassismus auf individuelles Fehlverhalten zu reduzieren.

- Neben den bekannten Floskeln von ‚interkultureller' Begegnung und Auseinandersetzung, ‚Gleichheit in Vielfalt', ‚ethnisch-kulturelle Koexistenz', ‚Integration und Autonomie' oder ‚Vielvölkerrepublik', die schön klingen, aber nichts aussagen, entpuppen sich viele multikulturellen Manifeste bei näherem Hinsehen als Plädoyer für Einwanderungsquoten und als Rechtfertigung einer wie auch immer gearteten Abschottung, da die multikulturelle Gesellschaft nur eine bestimmte Zahl ‚Fremder' absorbieren könne. Gleichzeitig werden antirassistische Forderungen als naiv, unvermittelbar und sektiererisch diffamiert.

Wem nützt also die ‚multikulturelle Gesellschaft'? Ich meine, in erster Linie denen, die so beflügelt über sie reden und schreiben, nicht aber denen, die von rassistischer Diskriminierung und Bedrohung in immer stärkerem Ausmaße betroffen sind. Wer hierzulande von ‚Multikultur' redet, meint zumeist sich selbst. Ein Claus Leggewie will sagen: „Seht her! Ich bearbeite ein Thema, das *das* ‚Megaprojekt des ausgehenden 20. Jahrhunderts' darstellt, wie ich erst kürzlich schlüssig nachgewiesen habe[16]." Er macht sich damit nicht nur zu einem Denker mit interessantem Fachgebiet, sondern auch zum ersten Anwärter, wenn in Frankfurt oder anderswo einmal ein „Lehrstuhl für Multikulturelles" eingerichtet werden sollte. Für die Grünen, vor allem deren rechten Flügel, ermöglichen vermeintliche Einsichten in die Funktionsweise der ‚multikulturellen Gesellschaft', ihre radikalen Altlasten in der Ausländer- und Einwanderungspolitik über Bord zu werfen und sich auch in diesem Bereich als koalitionstauglich und regierungsfähig zu erweisen. Und nicht zuletzt, darauf weist uns Thomas Schmid hin, ermöglicht der Rückgriff auf die ‚multikulturelle Gesellschaft', daß wir uns der deutschen Kultur in ihrer ganzen realen Vielfalt hinwenden können und uns gleichzeitig noch als fortschrittlich empfinden dürfen. Über einige Umwege kann die ‚multikulturelle Gesellschaft' also durchaus etwas scheinbar völlig Gegensätzlichem dienen: der Konstruktion der (deutschen) Volksgemeinschaft.

[15] taz, 24.12.1990. [16] In der taz vom 24.12.1990.

Gerlef Gleiss

kapitalismus heißt aussonderung

daß auf kongressen von radikalen linken zum thema antifaschismus, anti-nationalismus eine arbeitsgruppe mit dem wort „behinderte" im arbeitstitel angeboten wird, ist noch nicht lange üblich und schon gar nicht selbstverständlich. daß ich hier sitze, liegt – neben der vielleicht besonderen politischen sensibilität der veranstalter – vor allem an den veränderten zeiten. was sich in den letzten jahren geändert hat, zunächst schleichend, heute aber für alle, die wollen, unüberseh- und unüberhörbar – dazu gleich ein paar thesen zum diskutieren und weiterdenken.

zuvor nur dies: daß ich hier auf so einem kongreß nicht nur als zuhörender linker sitze, liegt auch daran, daß es einer kleinen gruppe behinderter gelang, die eugenik, die euthanasie, die zunehmende „biologisierung" und „medizinierung" sozialer fragen, mit einem wort: die tödliche normalität auch zu einem thema der radikalen linken zu machen, daß es gelang, zumindest teile der radikalen frauenbewegung als bündnispartnerinnen zu gewinnen. daß wir dabei erst am anfang stehen, zeigt ein blick auf die vielen linken publikationen: es sind nur rühmliche ausnahmen, die diesen genannten themen den raum geben, der der bedrohung angemessen ist. und es bleibt daher eine forderung an die linken, nicht nur an die radikale linke, daß in zukunft kein politisch-programmatischer kongreß und keine diskussion über die herausforderungen und aufgaben der linken mehr stattfinden kann ohne eine genügende einbeziehung dieser nicht nur für behinderte tödlichen bedrohung.

nun einige thesen:

1. ich möchte mit einem etwas längeren zitat von hermann simon beginnen. hermann simon war ein konservativer psychiater. das zitat stammt aus dem stichwortartigen manuskript einer rede, die er im oktober 1931 vor evangelischen akademikern gehalten hat. ich zitiere aus dem buch „Tödliches Mitleid" von klaus dörner:

„Der Einzelne ist für die Gemeinschaft das wert, was er für sie leistet, und zwar über seinen eigenen unmittelbaren Unterhalt hinaus. Gleichgültig sind für die Gemeinschaft die Zahlreichen, die gerade noch für sich selbst sorgen, der Allgemeinheit aber keinen Nutzen bringen. Ballastexistenzen sind die ‚minderwertigen' aller Art, welche die Lasten ihres eigenen Daseins mehr oder weniger der Gemeinschaft überlassen, an den Rechten der Gemeinschaft aber teilnehmen. Die Ausdrücke ‚Ballastexistenzen' und ‚Minderwertigkeit' dürfen in diesem Zusammenhang nicht mit einem moralisierenden Beiklang gebraucht werden; sie bezeichnen nur eine objektiv vorhandene, sachliche Bewertung, gewissermaßen im kaufmännischen Sinne als ‚Passivum' der Gemeinschaftsbilanz zu buchen, dem ein entsprechendes ‚Aktivum' nicht gegenübersteht. ‚Schuld' und ‚Wert' müssen getrennt werden. Sie haben es hier nur mit dem sachlichen Wert zu tun."

hermann simon unterscheidet dann die leistungsbilanzen von kindern, volles leistungsalter und greisenalter und fährt dann fort: „Ausgeglichen wird die Bilanz nur bei vollwertigen, tüchtigen Leistungen über ein langes, werktätiges Leben. Und da gibt es doch schon sehr große individuelle Unterschiede im Gesamtwert. Im übrigen sind für die Allgemeinheit minderwertig: alle, die – sei es in Folge ungenügender Veranlagung oder fehlerhafter Entwicklung – zu einer vollwertigen Leistung nie gelangt sind oder – bei Kindern – nie gelangen können: die Idioten, Schwachsinnigen erheblichen Grades, die Krüppel, die Körperschwachen, Kränklichen, die Schwächlinge, die immer wieder sofort versagen, sobald eine ernstere Leistung von ihnen verlangt wird. Dann aber auch alle wirklich Kranken für die Dauer ihrer Krankheit. Der Gemeinschaftwert dieser Menschen wird umso geringer, je ‚anfälliger' sie für alle Arten von Krankheiten sind und je mehr ihre Gesamtleistung durch Krankheit eingeschränkt wird, [auch durch] die seelische Komponente des Krankseins. Dann die wirklichen Taugenichtse, Schädlinge, Verbrecher, alle die an Zahl dauernd zunehmenden Menschen, die sich den Pflichten des Gemeinschaftslebens nicht einfügen wollen oder nicht können – wobei das ‚können' auch nur eine sehr relative Sache ist. Denn fast alle können, wenn sie müssen. Das ‚müssen' aber hat die moderne Civilisation in großem Umfange ausgeschaltet. [...] Tüchtigkeit und Fleiß werden entwertet durch die Gleichmacherei in den Rechten und die Bevorzugung der Tüchtigen bei der Zuteilung der Pflichten: er trägt die Lasten allein. Noch nicht einmal die Rechte sind gleichmäßig verteilt: der Schwache und Untüchtige wird hier sogar bevorzugt. Schon der Hilfsschüler kostet mehr als das Doppelte des Normalschülers. Der Mensch im Krankenhaus, in der Irrenanstalt, im Krüppelheim, im Zuchthaus, im Altenheim kostet mehr, oft viel mehr, als der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes in gesunden Tagen zur Verfügung steht. [...] Unsere ganze soziale und gesetzgeberische Entwicklung fördert die Vermehrung der Schwachen ... zusammen über 12 Millionen Minderwertige oder ein Fünftel der Bevölkerung (Grotjahn schätzt sogar ein Drittel). [...] Der Staat will alles erhalten, kann aber die Bedingungen gar nicht schaffen, um alles zu erhalten. Daher alles hoffnungslose Elend. Es wird wieder gestorben werden müssen. Es fragt sich nur, welche Millionen sterben müssen. Der Tod kann auch Erlösung sein. Humanität kann auch Dummheit bedeuten." soweit das zitat.

ich hätte auch ein zitat aus heutiger zeit nehmen können (z.b.: dr. günter hirsch und dr. wolfram eberbach in ihrem buch „Auf dem Weg zum künstlichen Leben": „Sollte der erst jüngst in einer Doktorarbeit errechnete Betrag richtig sein, könnte der Staat an jedem nicht geborenen Behinderten durchschnittlich 7,3 Millionen DM sparen, eingerechnet Pflegeheime, Sonderschulen usw.: bei 100 000 genetisch Geschädigten also 730 millionen DM. [...] Wie lange kann sich ein unter der Diktatur der Kostendämpfungspolitik ächzender Gesundheitsminister diesen Verlockungen verschließen?" – die erwähnte doktorarbeit ist von hans-heinrich freiherr von stackelberg und wurde 1981 vom spd-gesundheitsminister mit dem gesundheitsökonomiepreis ausgezeichnet).

solche äußerungen sind auch kein privileg konservativer. der von hermann simon erwähnte grotjahn war sozialdemokrat. (ebenfalls im oktober 1931 schrieb der sozialdemokratische sozialsenator hamburgs, paul neumann, nach dem ein hamburger behindertenheim und ein städtischer preis für besonderes behindertenengagement benannt sind: „Der Gegensatz in der Versorgung der breiten Masse der erwerbslosen Menschen, die mit ihren Familien in Not und dumpfer Verzweiflung dahinleben und politisch zunehmend radikalisiert werden, und der vielfach geistig oder körperlich durchaus minderwertigen, für deren Unterbringung, Bekleidung und vielfach hoffnungslose Heilversuche noch immer weit höhere Mittel aufgewendet werden, als der Staat jemals für eine notleidende, noch gesunde Familie geben kann, wird immer unerträglicher.")

ich habe dieses lange zitat von hermann simon deshalb ausgewählt, weil es treffend meine erste these in ihrer ganzen konsequenz illustriert. diese lautet: die bereitschaft zur tatsächlichen vernichtung behinderter, kranker, alter und sozial abweichender ist unausrottbar in der kapitalistischen normalität angelegt. die bewertung menschlichen lebens und die entwertung behinderten lebens ist objektive realität und insoweit unabhängig von der konkreten moral, denk- und verhaltensweise einzelner. das menschliche leben wird zur ware und alle die verkäuflichkeit dieser ware beeinträchtigenden eigenschaften – schmerz, leid, häßlichkeit, alter, krankheit, unproduktivität und unbrauchbarkeit – werden verdrängt, kaschiert oder beseitigt. und zwar möglichst billig. auf individueller ebene heißt das: angst, die gesundheit zu verlieren oder alt zu werden, die verinnerlichung dieser dinge als störend, die verdrängung dieser angst und damit auch die verdrängung und verachtung behinderter und alter, bis hin zur bereitschaft, sich von diesem leiden zu befreien. auf sozialer ebene heißt das: aussonderung von menschen. eine wachsende zahl menschen wird zur „sozialen frage", die buchhalterisch verwaltet und irgendwie „gelöst" werden muß. und die lösung heißt heilen oder vernichten, wobei die grenzen zwischen heilen und vernichten fließend sind. welcher teil der „sozialen frage" durch heilen, durch rehabilitation, wohltaten oder therapie geheilt und welcher teil vernichtet wird, seinem schicksal überlassen oder eben ermordet wird, hängt nur noch ab von der wirtschaftlichen konjunktur und politischen kräfteverhältnissen.

beides, heilen und vernichten, integrieren und aussondern bedeutet, daß ein teil der menschen als sache betrachtet wird, die behandelt oder bearbeitet werden muß. diese „objektiv vorhandene", in den auf allgemeiner warenproduktion beruhenden produktionsverhältnissen begründete, rein „sachliche bewertung" von menschen ist nur aufzuheben, wenn diese produktionsverhältnisse aufgehoben und gerade die „minderwertigen", die ausgesonderten zu einem handelnden subjekt geworden sind. aber davon sind wir weiter denn je entfernt. allerorten wird das hohelied der marktwirtschaft neu gesungen ...

2. meine zweite these lautet: noch nie waren heilen und vernichten so eng beieinander wie heute. einer der wich-

tigsten gründe für den erfolg und die beständigkeit des kapitalismus liegt darin, daß es ihm gelungen ist, die menschen denken und meinen zu lassen, er sei „natürlich"; daß menschen vergessen haben, wie grausam und brutal ihnen der kapitalismus aufgezwungen wurde. (sie haben es nicht ganz vergessen, und das ist immer wieder anlaß zur hoffnung.)

zu dieser erfolgreichen manipulation gehört, daß immer wieder ganze heerscharen von wissenschaftlern und experten „beweisen", daß die unliebsamen folgen des kapitalismus – elend, armut, arbeitslosigkeit, aussonderung von menschen – „unnatürlich" oder „krankhaft" sind. hier liegt der grund für die immer wiederkehrenden versuche einer „biologisierung" und „medizinierung" der „sozialen frage". auf die vielen versuche einer biologischen erklärung und medizinischen therapie sozialer prozesse kann ich hier nicht näher eingehen. nur soviel: die diagnose „krank" ist grenzenlos. ein fünftel, ein drittel der bevölkerung, je nach belieben. und die therapie unterscheidet zwischen noch heilbaren und einem unheilbaren rest, der irgendwie beseitigt werden muß, der sterben muß, wie hermann simon verlangte. aufgrund der medizinisch-technischen möglichkeiten verlagert sich heute die diagnose (abweichung vom gewünschten oder verlangten ideal – wer kann das schon unterscheiden?), aber auch zunehmend die therapie in vorgeburtliche zeiten. therapie heißt heute: abtreibung bei vermuteter krankheit des werdenden menschen und bewußte auswahl von samen- und eizellen oder embryonen in der reproduktionsmedizin. in absehbarer zeit wird therapie aber auch genmanipulation und bewußte menschenzucht heißen.

das „es wird wieder gestorben werden müssen" wird heute für einen wachsenden teil der „sozialen frage" ergänzt oder ersetzt durch ein „es darf nicht länger geboren werden". das heißt aber auch, daß die moderne medizin zwangsläufig eugenik bedeutet – daß menschen, in der regel hundertprozentige vertreter der herrschenden normalität, entscheiden, wie die zukünftigen menschen zu sein haben. jede und jeder kann sich ausmalen, was das für schreckliche folgen für das menschliche zusammenleben oder für das leben aller von der norm abweichenden oder das gesellschaftliche tempo nicht mehr mithaltenden hat.

dieses zusammenfallen von heilen und vernichten, von bekämpfung von krankheit und behinderung mit der beseitigung, dem gar-nicht-erst-zulassen von behinderten, hat noch eine weitere bedrohliche dimension: die verhängnisvollen folgen werden erst dann für die große masse der bevölkerung sichtbar, wenn es zu spät ist, wenn sie sich gesellschaftlich durchgesetzt haben. denn das gar-nicht-erst-zulassen von behinderten knüpft bruchlos an die herkömmlichen methoden der medizin und an den tiefsitzenden individuellen wunsch nach gesundheit und gesundem nachwuchs an. diese saubere form der vernichtung abweichenden lebens setzt keine nennenswerte verschiebung des kräfteverhältnisses der sozialen klassen und keine qualitative veränderung der politischen herrschaftsverhältnisse voraus.

das von hermann simon leicht ausgesprochene sterbenmüssen von millionen konnten die nazis erst nach zerschlagung aller demokratischen strukturen durchsetzen, und selbst dann gab es noch massiven protest aus der bevölkerung. der kapitalismus ist zum glück nicht nur verdinglichung des menschen, sondern natürlich auch soziale auseinandersetzung und lebendiger interessenkonflikt. er muß sich trotz aller oberflächlichen akzeptanz tagtäglich neu durchsetzen.

die tatsache des sich schleichend durchsetzenden „es darf gar nicht erst geboren werden" bedeutet allerdings nicht, daß das „es wird wieder gestorben werden müssen" nicht mehr länger aktuell ist. die dreisten forderungen eines peter singer und anderer „bioethiker" nach euthanasie an behinderten kindern und schwerkranken erwachsenen, die forderung nach sterbehilfe für „leidende" menschen durch breite teile der bevölkerung, die gesetzliche freigabe von sterilisation „einsichtsunfähiger" oder die praxis des unbehandelt liegenlassens schwerbehinderter neugeborener belegen das gegenteil. und es ist eine schlichte lüge, wenn die heutigen anhänger und propagandisten der euthanasie behaupten, ihre ziele und argumente unterschieden sich von denen der nazis, da sie lediglich das wohl des individuums und nicht das volkswohl im auge hätten. bis hin zu formulierungen sind ihre äußerungen identisch mit äußerungen von wissenschaftlern und politikern vom ende des 19. jahrhunderts und vor allem aus der zeit der weimarer republik.

3. meine dritte these lautet: die linke steht dieser neuen bedrohung sehr hilflos, fast ohnmächtig gegenüber.

über die banale feststellung hinaus, daß auch die linken bestandteil der herrschenden normalität sind und sich deren zwängen nur begrenzt entziehen können, will ich kurz auf zwei wichtige gründe für diese hilflosigkeit eingehen. der eine grund ist, daß auch die fortschrittlichen und die linken, eigentlich gerade die, nach einer lösung der „sozialen frage", einer heilung suchen. gerade in ihren utopien und gesellschaftsentwürfen ist kein platz für schmerz, leid, schmutz, unglück. das berühmte „dann scheint die sonn' ohn' unterlaß" der internationale verdrängt eben die dann steigenden zahlen von hautkrebs. ich will dazu ein zitat von leo trotzki bringen. nicht weil es besonders schrecklich ist, da gab es viel entsetzlicheres, wie das buch „Die Träume der Genetik" belegt. ich zitiere trotzki, weil ich seit jahren zu einer politischen strömung gehöre, die seinen namen trägt, und um zu zeigen, daß selbst die besten köpfe der linken bedenkenlos bei der geistigen ausmerze von leid, schmerz oder bloß schwäche waren. hier das zitat:

„Nein, physisch wie geistig ist er [der Mensch] sehr weit von Vollkommenheit entfernt, diese biologische Frühgeburt, deren Denken erkrankt ist und die sich kein neues organisches Gleichgewicht geschaffen hat. [...] Das Menschengeschlecht hat ein Recht, auf Aristoteles, Shakespeare, Darwin, Beethoven, Goethe, Marx, Edison, Lenin stolz zu sein. Warum sind sie aber so selten? Vor allem darum, weil sie fast ausnahmslos aus höheren und mittleren Klassen hervorgegangen simd. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, sind die Funken der Genialität in den nie-

dergehaltenen Tiefen des Volkes, ehe sie noch auflodern konnten, erstickt. Aber auch deshalb, weil der Prozeß der Zeugung, der Entwicklung und Erziehung der Menschen im Wesen eine Sache des Zufalls blieb und bleibt: nicht durchleuchtet von Theorie und Praxis, nicht dem Bewußtsein und dem Willen untergeordnet. [...] Indem der menschliche Gedanke auf dem Boden seines eigenseelischen Brunnens hinabsteigt, muß er die geheimnisvollen Triebkräfte der Psyche beleuchten und sie der Vernunft und dem Willen unterwerfen. Ist er einmal mit den anarchischen Kräften der eigenen Gesellschaft fertiggeworden, wird der Mensch sich selbst in Arbeit nehmen, in den Mörser, in die Retorte des Chemikers. Die Menschheit wird zum ersten Male sich selbst als Rohmaterial, bestenfalls als physisches und psychisches Halbfabrikat betrachten. Der Sozialismus wird einen Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit auch in dem Sinne bedeuten, daß der gegenwärtige, widerspruchsvolle und unharmonische Mensch einer neuen und glücklicheren Rasse den Weg ebnen wird."

soweit trotzki in kopenhagen 1932. für so was wie mich scheint in dieser zukunftsvision kein platz zu sein.

ein zweiter wichtiger grund liegt im folgenden: die umweltkatastrophen und alltagsgefahren nehmen ständig zu. man kommt kaum zum nachdenken, buchstäblich kaum zum luftholen, und schon ist die nächste katastrophe, die nächste ökologische horrormeldung da. erfolgreicher kollektiver widerstand bleibt hoffnungslos zurück oder ganz aus. auf der anderen seite veröffentlichen wissenschaft und medizin immer mehr detailinformationen über krankheitsursachen und folgen der umweltvergiftung und versprechen individuelle lösungsmöglichkeiten. gerade der fortschrittliche, aufgeklärte linke mensch weiß immer mehr details, manchmal auch zusammenhänge, und verbleibt dennoch immer handlungsunfähiger, immer ohnmächtiger, um wirklich etwas zu ändern. was bleibt, ist, um überhaupt etwas zu tun, das individuelle, gesundheitsbewußte, ökologische verhalten. zumal ein solches verhalten zwar teurer ist, aber doch, zumindest für einige, gesellschaftlich belohnt wird. die fitten und schönen machen karriere. in allen sozialen bereichen.

je konsequenter und intensiver dieses individuelle gesundheitsbewußte verhalten praktiziert wird, umso mehr wird die gesundheit zum fetisch, umso mehr wird der individuelle wunsch nach gesundheit zu einem gesellschaftlichen zwang, gesund zu sein. wir behinderten bleiben auf der strecke.

ich weiß kein rezept gegen diese offensichtliche hilflosigkeit der linken angesichts der drohenden neo-eugenik, euthanasie, der drohenden auslöschung abweichenden lebens. ich weiß nur, daß die linke sich dieser herausforderung stellen muß. denn sonst bekommen wir sie vielleicht doch eines tages, die schöne neue welt: ohne leiden, krankheit, alter, häßlichkeit – aber dann auch ohne menschlichkeit, solidarität, würde, vielfalt, liebe, haß, trauer und freude, kurzum: ohne all das, wofür sich einzig lohnt zu leben und zu kämpfen.

Radikale Linke Köln

Thesen zu
Nationale Minderheiten und Rassismus in der BRD

BRD – Vielvölkerstaat

1. Die BRD ist ein Staat, in dem verschiedene Nationalitäten dauerhaft leben, *insofern* ein multinationaler Staat.

Gleichzeitig gilt nur eine Nationalität als Staatsvolk, nämlich die deutsche: Die BRD ist *insofern* kein multinationaler oder Vielvölkerstaat.

2. Es gibt in der BRD eine herrschende nationale Mehrheit und unterdrückte nationale Minderheiten. Es geht also um die Befreiung nationaler Minderheiten von nationaler Unterdrückung.

3. Dabei sind ‚Nation', ‚Kultur', etc. und die ‚Zugehörigkeiten' dazu keine einheitlichen und keine feststehenden Eigenschaften, sondern unterliegen einem ständigen Veränderungsprozeß. Dies macht es selbstverständlich, daß es in dieser Frage ein Recht auf *Eigendefinition* geben muß. Weder gibt es *die* türkische Kultur, noch kann irgendjemand außer dem/der Betreffenden selbst festlegen, ob er/sie nun TürkIn oder DeutscheR oder beides oder keins von beiden ist.

Die Prägung durch national-kulturelle Besonderheiten ist *eine* der Kategorien, die – ob bewußt oder unbewußt – zur Identitätsbildung von Individuen beitragen (neben Geschlechts-, Klassen- u.a. Zugehörigkeiten).

4. Wir treten ein für die vollständige *politische*, *soziale* und *kulturelle* Gleichberechtigung aller Nationalitäten der BRD.

Das heißt politisch: absolute rechtliche Gleichstellung aller EinwohnerInnen der BRD.

Das heißt sozial: verschiedene Bevorzugungen, z.B. Quotierungen, bis Gleichberechtigung erreicht ist.

Das heißt kulturell: kulturelle Autonomie. – Was ist darunter zu verstehen? „Die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft BRD, in der die Entwicklung von Interkultur möglich ist, bedeutet, daß die *Reproduktion der Minderheiten und ihrer Kulturen* gewährleistet sein muß, dies erscheint unter den heutigen Umständen nur

Fortsetzung auf Seite 25

Gerd Kuhnen

Mythos revolutionäres Subjekt – Wider die Hegelei in der Linken

Ist im Zusammenhang mit dem Marxismus von Hegel die Rede, so fällt jedem Linken, wenn ihm überhaupt etwas dazu einfällt, das Bild vom von Marx auf die Füße gestellten Idealisten ein, der, solchermaßen „materialistisch gewendet", zum materialistischen Inhalt des Marxismus die revolutionäre, nämlich dialektische Methode beisteuerte. Daß dieses „auf die Füße stellen" vielleicht Marx gelungen ist, dem Marxismus in nahezu allen seinen Ausprägungen jedoch nicht, wird hier im folgenden behauptet.

Anhand der gängigen marxistischen Bestimmung des „revolutionären Subjekts" wollen wir zeigen, daß, um beim Bild zu bleiben, der Hegelsche Idealismus tatsächlich Boden unter die Füße bekam und damit praktisch wurde, dabei aber seinen idealistischen Kopf keineswegs verlor; somit also als Idealismus praktisch wurde. Noch der Mitte 1989 von Erich Honecker kreierte Kindervers „Den Sozialismus hält in seinem Lauf / weder Ochs' noch Esel auf", der nicht nur auf der bürgerlichen Seite höhnisches Gelächter erntete, deutet in kindischer Senilität auf diese idealistischen Wurzeln eines in die Jahre gekommenen Marxismus hin.

Sicherlich wäre es sehr interessant, den Versuch zu unternehmen, die Schriften von Marx selbst dahingehend zu analysieren, inwiefern er die im folgenden noch genauer zu bestimmende idealistische Hegelei selbst gefördert, ignoriert oder bekämpft hat. Abgesehen davon, daß der Versuch diesen Rahmen sprengen würde, ist seine Durchführung auch alles andere als einfach. Leichter auszumachen sind dagegen starke Einflüsse idealistischer Hegelei beim späten Engels. Als Episode, die auf einen unterschiedlichen Umgang der beiden mit der sich verfestigenden Hegelei in der deutschen Sozialdemokratie hindeutet, mag hier das Verhältnis zum (in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Sozialdemokratie gefeierten) „Arbeiterphilosophen" Josef Dietzgen erwähnt werden. 1882 schreibt Marx an Engels: „Aus beiliegendem Brief von Dietzgen wirst du ersehen, daß der Unglückliche rückwärts ‚vorangegangen' und richtig bei der Phänomenologie [des Geistes, also bei Hegel] angekommen ist. Ich halte den casus für unheilbar."[1] Sechs Jahre später (Marx ist bereits fünf Jahre tot) schreibt der Empfänger dieses Briefes in der *Neuen Zeit*: „Und diese materialistische Dialektik, die seit Jahren unser bestes Arbeitsmittel und unsere schärfste Waffe war, wurde merkwürdigerweise nicht nur von uns, sondern außerdem noch, unabhängig von uns und selbst von Hegel, wiederentdeckt von einem deutschen Arbeiter, Josef Dietzgen".[2]

Woraus besteht aber nun diese von Engels ‚gefeierte' revolutionäre Seite Hegels, seine „dialektische Methode"[3]? Laut Engels ist es „der große Grundgedanke, daß die Welt nicht als ein Komplex von fertigen *Dingen* zu fassen ist, sondern als ein Komplex von *Prozessen*, worin die scheinbar stabilen Dinge nicht minder wie ihre Gedankenbilder in unserem Kopf, die Begriffe, eine ununterbrochene Veränderung des Werdens und Vergehens durchmachen, in der bei aller scheinbaren Zufälligkeit und trotz aller momentanen Rückläufigkeit schließlich eine fortschreitende Entwicklung sich durchsetzt".[4] Bei Hegel liest sich das so: „Der oben angedeutete Zusammenhang enthält ferner dies, daß in der Weltgeschichte durch die Handlungen der Menschen noch etwas anderes überhaupt herauskomme, als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen; sie vollbringen ihr Interesse, aber es wird noch ein Ferneres damit zustande gebracht, *das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag.*"[5]

Wenn nun keiner weiß, was er da eigentlich tut, stellt sich natürlich die Frage, wie denn dann die Richtung des bewußtlosen Prozesses zustande kommen soll, zumal diese Entwicklung eine „fortschreitende", also zu einer höheren Qualität sich hinbewegende sein soll. Bei Hegel steckt bekanntlich der Weltgeist dahinter: „Die Weltgeschichte fängt mit ihrem allgemeinen Zwecke, daß der Begriff des Geistes befriedigt werde, nur *an sich* an, d.h. als Natur; er ist der innere, der innerste bewußtlose Trieb, und das ganze Geschäft der Weltgeschichte ist [...] die Arbeit, ihn zum Bewußtsein zu bringen. [...] Diese unermeßliche Masse von Wollen, Interessen und Tätigkeiten sind die Werkzeuge und Mittel des Weltgeistes, seinen Zweck zu vollbringen, ihn zum Bewußtsein zu erheben und zu verwirklichen; und dieser ist nur, sich zu finden, zu sich selbst zu kommen und sich als Wirklichkeit anzuschauen."[6] Wird diese idealistische Anschauung „auf die Füße gestellt", was gleich im folgenden Marxzitat passiert, zeigt sich, daß Hegels Idealismus das idealistische begreifende Selbstbewußtsein der bürgerlichen Gesellschaft auf der Höhe ihrer Zeit war: „In der bisherigen Geschichte ist es allerdings [...] eine empirische Tatsache, daß die einzelnen Individuen mit der Ausdehnung der Tätigkeit zur weltgeschichtlichen immer mehr unter einer ihnen fremden Macht geknechtet worden sind (welchen Druck sie sich denn auch als Schikane des sogenannten Weltgeistes etc. vorstellten), einer Macht, die immer massenhafter geworden ist und sich in letzter Instanz als *Weltmarkt* ausweist."[7]

[1] MEW 35, S. 31.

[2] *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, MEW 21, S. 293.

[3] Ebd., S. 292.

[4] Ebd., S. 293.

[5] *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Werke in 20 Bänden (Suhrkamp-Ausg.), Bd. 12, S. 42f. (Hervorh. G.K.).

[6] Ebd., S. 39f.

[7] Marx/Engels, *Die deutsche Ideologie*, MEW 3, S. 37.

Indem Marx zeigt, daß sich hinter Hegels Weltgeist in Wirklichkeit der Weltmarkt versteckt, der aber ebenso wie der Weltgeist selbst nur durch die partikularen Interessen und Leidenschaften der Bürger hindurch „zur Wirklichkeit kommt", grenzt er die Bedeutung dieser „fremden Macht" auch schon zeitlich ein. Wenn mit der Ausdehnung des Weltmarktes der Druck dieser die einzelnen Individuen knechtenden Macht zunimmt, muß diese scheinbare „Schikane des sogenannten Weltgeistes" bei einer geringeren Bedeutung des Marktes wesentlich geringer ausfallen. Konkreter: in der mittelalterlichen Ständegesellschaft hatten die Individuen in all ihrer furchtbaren Borniertheit eine wesentliche klarere Vorstellung über die sozialen Inhalte ihrer praktischen Tätigkeiten, als der auf dem Markt konkurrierende Bürger sie hat, dem sich die ganze Wirklichkeit auf die Akkumulationsrate seines eingesetzten Kapitals verdichtet.

Nebenbei bemerkt liegt hier wohl auch der objektive Grund für die seit kurzem wieder etwas abebbende Welle der Begeisterung für das Mittelalter, aus dem auch nicht wenige regredierte Altlinke Sinnstiftendes aus einer barbarischen Zeit zum Gebrauch in einer nicht weniger barbarischen Gegenwart zutage fördern wollen.

Bei Hegel existiert diese qualitative Differenzierung, diese Orientierung auf die bürgerliche Gesellschaft nicht. Hegels Weltgeist existiert *für sich* bereits zu Beginn des geschichtlichen Prozesses, gewinnt in dessen Verlauf die verschiedenen aufeinanderfolgenden Formen seines *an-sich*-Seins, bis er schließlich dazu kommt, sich in der Wirklichkeit ganz darzustellen, indem er im Bewußtsein und Sein der Menschen als das erscheint, was er *an und für sich* ist und immer schon war. Die die bürgerliche Gesellschaft schikanierende Macht ist bei Hegel in allen frühen Gesellschaften gleichermaßen zu Gange.

Interessant ist nun, daß auch Engels in seinen späten Schriften diese Unterscheidung ebenfalls nicht macht. Gegen den Hegelschen Weltgeist setzt er eine quasi naturwissenschaftliche Analyse des gesamten geschichtlichen Prozesses: „Hier galt es also, ganz wie auf dem Gebiet der Natur, diese gemachten künstlichen Zusammenhänge zu beseitigen durch die Auffindung der wirklichen; eine Aufgabe, die schließlich darauf hinausläuft, die allgemeinen Bewegungsgesetze zu entdecken, die sich in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft als herrschende durchsetzen."[8]

Die Bewußtlosigkeit, mit der sich die bürgerliche Gesellschaft stürmisch entwickelte, resultierte aus dem Umstand, daß der Motor dieser Entwicklung, das partikulare Interesse des Kapitalisten an der Verwertung seines Kapitals, sich als allgemeines Interesse der gesamten Gesellschaft setzte. Daß daher der Wert alles gesellschaftliche Dasein bestimmt, so wie alle Dinge auf der Erde durch die Schwerkraft gewichtet werden, hat tatsächlich etwas sehr Naturwüchsiges. Dennoch ist es falsch zu glauben, man hätte mit der Entdeckung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft die allgemeinen Bewegungsgesetze entdeckt, „die sich in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft durchsetzen", und zwar einfach deshalb, weil es solche Gesetze nicht gibt.

Auch hierzu gibt es ein schönes Zitat von Marx, das im Rohentwurf zum „Kapital" zu finden ist: „Wenn daher wahr ist, daß die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie eine Wahrheit für alle andren Gesellschaftsformen besitzen, so ist das nur cum grano salis zu nehmen. Sie können dieselben entwickelt, verkümmert, karikiert etc. enthalten, immer in wesentlichem Unterschied. Die sog. historische Entwicklung beruht überhaupt darauf, daß die letzte Form die vergangnen als Stufen zu sich selbst betrachtet und, da sie selten und nur unter ganz bestimmten Bedingungen fähig ist, sich selbst zu kritisieren [...], sie immer einseitig auffaßt."[9]

Indem Engels den Hegelschen Weltgeist in allgemeine Bewegungsgesetze der Gesellschaft verwandelt, deren notwendige Wirksamkeit er mit der Notwendigkeit wirkender Naturgesetze gleichsetzt,[10] übernimmt er dessen Wirken durch alle historischen Phasen hindurch und interpretiert alle „vergangnen Stufen" vermittels der Kategorien der bürgerlichen Ökonomie. Für das Engelssche Denken und mit ihm das Denken der deutschen Sozialdemokratie hat dieses Erbe Hegels aber noch eine weitere, weit fatalere Konsequenz: Existieren allgemeine Bewegungsgesetze der menschlichen Geschichte und sind diese erst einmal erkannt, dann muß es auch möglich sein, den weiteren Gang der Dinge einigermaßen genau vorauszusagen, oder doch wenigstens das Wesen der kommenden Ereignisse im Voraus zu bestimmen. Daß die Zukunft dem Sozialismus gehört, ist dann nicht mehr alleine die Hoffnung geknechteter Kreaturen, sondern Resultat einer höchst wissenschaftlichen Beweisführung. Ebenso wie Hegel sieht der in diese Wissenschaft Eingeweihte im Wirken der gesellschaftlichen Interessen und Leidenschaften, um mit Hegel zu reden, „das Besondere, das sich aneinander abkämpft und wovon ein Teil zugrundegerichtet wird"[11]. Und ebenso gilt für ihn: „Es ist aus dem Besonderen und Bestimmten und aus dessen Negation, daß das Allgemeine resultiert. [...] Nicht die allgemeine Idee ist es, welche sich in Gegenwart und Kampf, welche sich in Gefahr begibt; sie hält sich unangegriffen und unbeschädigt im Hintergrund. Das ist die *List der Vernunft* zu nennen, daß sie die Leidenschaften für sich wirken läßt, wobei das, durch was sie sich in Existenz setzt, einbüßt und Schaden leidet".[12]

Dem materialistisch gewendeten Hegelianer, der die allgemeinen Bewegungsgesetze der Geschichte kennt, fällt demnach nichts leichter, als Optimist zu sein. Denn nicht nur, daß sich durch die partikularen Interessen der proletarischen Klasse hindurch das Allgemeine, der Sozialismus, mit Notwendigkeit siegreich durchsetzen wird, stimmt ihn zuversichtlich; er hat darüberhinaus noch die Gewißheit, daß auch die partikularen Anstrengungen des

[8] MEW 21, S. 296.

[9] *Einleitung [zu den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie"]*, MEW 42, S. 40 [auch: MEW 13, S. 636 f.].

[10] S.a. *Anti-Dühring*, MEW 20, S. 106.

[11] HW 12, S. 49.

[12] Ebda.

[13] Zum 15. Jahrestag der Pariser Kommune, MEW 21, S. 257.

Klassenfeindes letztlich dem Allgemeinen dienen, daß dieser immer wieder zwangsläufig der „List der Vernunft" auf den Leim geht. So erklärt sich, daß Engels zum 15. Jahrestag der Pariser Kommune jubelt: „Wir sind an dem Punkt angelangt, wo alle unsere Gegner, was sie auch tun mögen, wider ihren Willen für uns arbeiten."[13]

Der „List der Vernunft", die die partikularen Interessen sich am Hervorbringen der allgemeinen Idee blind abrackern läßt, gehen aber nicht nur die reaktionären Klassen auf den Leim, sondern auch die revolutionäre Klasse arbeitet, auch ohne daß sie davon weiß, für deren Triumph. Nach den allgemeinen Bewegungsgesetzen der Geschichte ist diese Klasse dazu bestimmt, das Subjekt, der Vollstrecker der objektiven Gesetzmäßigkeit zu sein, und diese Aufgabe ist ihr innerstes Wesen, dessen sie sich erst nach vielen Kämpfen um ihre partikularen Interessen bewußt wird. Hier haben wir exakt das Hegelsche Auseinanderfallen des „an sich" und „für sich", wobei das „für sich", die noch nicht gewußte, eigentliche historische Bestimmung, von Anfang an Kern des sichtbaren, agierenden „Ansichseins" ist, der, wie Hegel sagt, „auch innerlich darin liegt, aber nicht in Bewußtsein und Absicht" der Kämpfenden zum Ausdruck kommt.

Diese Vorstellung konkretisiert sich beispielsweise auch da, wo Engels, um ihn ein letztes Mal zu bemühen, die Arbeiterklasse sieht als „ein zwar noch halb im Traum befangnes, aber doch allmählich erwachendes, *seiner innersten Natur nach* revolutionäres Proletariat"[14]. Wird das Wesen dieser „innersten Natur" dann aus einem gesellschaftlichen Verhältnis, der Stellung im Produktionsprozeß, hergeleitet, ist die idealistische Hegelei noch keineswegs überwunden, wenn damit zwar der idealistische Charakter der „inneren Natur", des noch nicht gewußten „Fürsichseins", materialistisch gewendet ist, diese Stellung im Produktionsprozeß aber erst durch die allgemeinen Bewegungsgesetze der Geschichte ihre revolutionäre Qualität erhält.

Die ökonomische Kategorie, Produzent des Mehrwerts zu sein, die innerhalb des Kapitalismus unter völlig unterschiedlichen Lebensbedingungen vollzogen wird, kann als revolutionäre Bestimmung dieser Produzenten nur verstanden werden, wenn die Existenz dieser objektiven allgemeinen Bewegungsgesetze vorausgesetzt wird. Das revolutionäre Subjekt ist dann nichts weiter als ein Werkzeug der Weltgeschichte. Eine von den Produzenten nicht gewußte Vernunft, die im Gang der geschichtlichen Ereignisse steckt, läßt dann auch noch den letzten Postlerstreik um 5 % mehr Lohn zum objektiv revolutionären Akt werden, da die „List der Vernunft" eben gerade darin besteht, durch das Partikulare hindurch das Allgemeine zu verwirklichen. Auf diese Art entsteht dann bei vielen Linken das seltsame Konstrukt einer Klasse, die zwar objektiv revolutionär ist, subjektiv davon aber nicht den leisesten Schimmer zu haben braucht.[15]

Die „List der Vernunft" arbeitet aber nur für die Durchsetzung des Kapitalverhältnisses, für die Allgegenwärtigkeit des Weltmarktes, und keinen Schritt weiter. Sie arbeitet nicht in Richtung einer befreiten Gesellschaft, die sich aus dem Kapitalismus, wenn auch nicht friedlich, sondern durch verlustreiche Kämpfe, zwangsläufig entwickeln müßte, wie aus dem Ei bei günstigen Umständen nur ein Küken kommen kann. Der Glaube an das historische Ziel Sozialismus, das objektiv bereits im Gang der historischen Entwicklung angelegt sei, und der Glaube an eine objektiv revolutionäre Klasse, die durch fleißige, partikulare Interessenvertretung zu ihrer innersten, revolutionären Natur findet, bedingen sich. Gegen die Sozialdemokratie, die vor dem 1. Weltkrieg der deutschen Arbeiterklasse jahrzehntelang predigte, mit der Erfüllung ihrer Klasseninteressen sei das geschichtliche Kontinuum gewährleistet, ihre historische Mission sei, Werkzeug der kommenden Gesellschaft zu sein, polemisierte Walter Benjamin: „Sie gefiel sich darin, der Arbeiterklasse die Rolle einer Erlöserin künftiger Generationen zuzuspielen. Sie durchschnitt ihr damit die Sehne der besten Kraft. Die Klasse verlernte in dieser Schule gleich sehr den Haß wie den Opferwillen. Denn beide nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel."[16]

Mit dem Abschied vom Proletariat, der bei vielen Linken erstaunlich schnell und schmerzlos über die Bühne ging, verabschiedete sich ein großer Teil auch von dem Gedanken an eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse. Nicht wenige aber, die auch weiterhin die notwendige Abschaffung des Kapitalverhältnisses herbeisehnen, suchen sich ihren Halt an neu kreierten „objektiv revolutionären Subjekten", die dann aber je nach Konjunktur rasch wechseln können, ob es sich nun um die Marginalisierten, die Subsistenzbauern, die Welthausfrau, die Jugend, besondere nationale Befreiungsbewegungen oder wen auch immer handelte und handelt.

Wir können dem Inhalt dieser einzelnen besonderen Vorstellungen im Rahmen dieses Referats nicht gerecht werden. Wichtig erscheint uns aber der Umstand, daß bei vielen Anhängern der unterschiedlichen revolutionären Subjekte der Abschied vom Proletariat nicht den Abschied von der alten liebgewordenen Hegelei mit einschloß. Oft genug begegnet man der alten Methode, daß einer bestimmten Gruppe, deren Besonderheit (ob als biologische oder ihre besondere Produktionsweise oder Stellung in der Gesellschaft betreffend verstanden) als ihre „innere Natur", ihr eigentliches Wesen definiert wird, demzufolge diese Gruppe sich über kurz oder lang zur revolutionären Avantgarde entwickeln muß. Die partikularen Kämpfe dieser Gruppen werden nicht betrachtet als das, was sie sind, und weiter als das, was daraus möglicherweise werden könnte, sondern gelten als das unsichere Tasten eines erwachenden Wesens, das seine Mission und Bestimmung zwar in sich trägt, aber noch nicht bewußt erfaßt hat.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir wenden uns hier keinesfalls gegen die Berechtigung von Kämpfen um partikulare Interessen. Der Begriff Partikularität sagt

[14] *Die Rolle der Gewalt in der Geschichte*, MEW 21, S. 424 (Hervorh. G.K.).

[15] Siehe dazu auch: H. Marcuse, Versuch über die Befreiung, S. 33.

[16] *Zur Kritik der Gewalt*, Ffm (ed. Suhrkamp) 1965, S. 88.

auch nichts aus über die Intensität, den Willen, die Leidenschaft, mit denen die so bezeichneten Kämpfe geführt werden. Der Kampf eines Volkes gegen seine physische Vernichtung beispielsweise kann von keinem Menschen in Frage gestellt werden, ohne daß er sich dabei als zynischer Unmensch bloßstellt. Dennoch ist auch ein solcher Überlebenskampf mit dem Begriff partikular richtig erfaßt.

Partikularität – wie wir sie hier im Hegelschen Sinn gebrauchen – kann richtig nur verstanden werden im Verhältnis zu ihrem Gegenteil: dem Allgemeinen. Das Allgemeine in diesem Sinne wäre die vom Diktat des partikularen Interesses – der Verwertung des Wertes – befreite Menschheit; positiv: das Setzen der Dinge als Gebrauchswerte. Es ist natürlich mehr als naiv, wenn man annimmt, daß nun große Menschenmassen unabhängig von ihren partikularen, selbstsüchtigen Interessen, die sie innerhalb der bestehenden Verhältnisse entwickeln, plötzlich bereit wären, sich über diese Interessen hinwegzusetzen und für dieses nun wirklich sehr allgemeine Ziel, das sich konkreter auch schwerlich darstellen läßt, Kopf und Kragen zu riskieren.

Die Einsicht in die Notwendigkeit des „Allgemeinen", der Wille, sich dafür einzusetzen und alles zu riskieren, wird durch die partikularen Interessen hindurch vermittelt – nicht aber so, daß diese Auseinandersetzungen das erste Tasten ihrer inneren Natur nach revolutionären Menschen darstellten; vielmehr kann sich diese Einsicht nur aus ihrem konkreten gesellschaftlichen Sein entwickeln, und zwar am ehesten dort, wo ihre partikularen gesellschaftlichen Interessen nicht mehr gewährleistet, sondern mit Füßen getreten werden. Deshalb ist purer Voluntarismus die falsche Konsequenz aus dem negierten Hegelschen Determinismus. Die Parole „Jeder kann anfangen. Er braucht auf niemanden zu warten." war so konsequent, wie sie falsch war. Zwar ist nicht erst die befreite Gesellschaft, sondern bereits die Konstitution des revolutionären Subjekts ein äußerst voluntaristischer Akt, insofern diese Menschen mit der Entscheidung für das Allgemeine diesem das Partikulare unterordnen und sich somit gegen das gesellschaftliche Ganze auflehnen, obwohl doch nichts Besseres greifbar ist. Damit aber der „Tigersprung unter dem freien Himmel der Geschichte", wie Walter Benjamin die Revolution genannt hat, auch nur von vielen gewollt wird, müssen die konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse dieser Menschen ihnen selbst unerträglich geworden sein, und das ist längst nicht überall der Fall. Weiterhin – und damit kommen wir zum letzten Punkt – muß, damit dieser Sprung gelingt, die Zeit dafür reif sein. Bei Hegel ist die Zeit reif für eine neue Gesellschaft, wenn sich der Weltgeist in der alten Gesellschaft auf einer Stufe realisiert hat, über die diese Gesellschaft nicht mehr hinauskann. Dem gewöhnlichen Marxismus wurde daraus: Stand der Produktivkräfte und Entwicklung des Proletariats. Er glaubte damit eine halbwegs exakte Meßlatte zu haben, ab wann der Kapitalismus überholt sei, etwa in der Art, daß das Aufkommen der Elektrizität die Götterdämmerung des Kapitals einleitete. Richtig daran ist, daß eine bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte für eine befreite Gesellschaft, um es mit Marx zu sagen, „auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung [ist], weil ohne sie nur der *Mangel* verallgemeinert, also mit der *Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich [wieder] herstellen müßte"[17].

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage heute eher umgekehrt: ob bei all dem Dreck und Müll, den das Kapital weltweit mit seinen Destruktivkräften angehäuft hat, eine befreite Gesellschaft, also eine Gesellschaft ohne Mangel, überhaupt noch machbar ist. Wenn es falsch ist, daß die befreite Gesellschaft ein Werk der „List der Vernunft" sein kann, also hinter dem Rücken der Agierenden allmählich heranreift, und nicht Resultat einer Arbeit sein muß, die genau diese Gesellschaft will, indem sie die alte gänzlich negiert, so ist es umgekehrt nicht richtig, daß jede Bewegung, die gegen das Kapitalverhältnis antrat und das Bessere wollte, mit ihrer erfolgreichen Revolution auch das Kapital überwunden hätte. Im Gegenteil: in keiner der Nationen, die sich sozialistisch nennen und nannten und die vorwiegend aus antikolonialen Befreiungskriegen entstanden sind, ist es gelungen, sich dauerhaft dem Diktat des Weltmarkts zu entziehen und das Wertgesetz abzuschaffen. Diese Aufgabe ist, wenn überhaupt, im nationalen Rahmen offenbar nicht lösbar; die nationalen Befreiungsbewegungen konnten sich von den allgemeinen Bewegungsgesetzen des Kapitals nicht emanzipieren. Auch sie unterlagen der „List der Vernunft", indem sie durch ihren antifeudalen Charakter letztlich der sachlichen Herrschaft des Wertgesetzes zum Durchbruch verhalfen. Die Zeit war wohl noch nicht reif für sie. Wann aber die Zeit reif ist, ist keine theoretisch zu beantwortende Frage. Dazu zum Abschluß das Zitat eines Philosophen, der sich als Hegelianer bezeichnete, jedoch damals haushoch über der oben kritisierten Hegelei stand.

Horkheimer schreibt 1942: „Von geschichtlichen Unternehmungen, die vergangen sind, mag sich sagen lassen, daß die Zeit nicht reif für sie gewesen sei. In der Gegenwart verklärt die Rede von der mangelnden Reife das Einverständnis mit dem Schlechten. Für den Revolutionär ist die Welt schon immer reif gewesen. Was im Rückblick als Vorstufe, als unreife Verhältnisse erscheint, galt ihm einmal als letzte Chance der Veränderung. Er ist mit den Verzweifelten, die ein Urteil zum Richtplatz schickt, nicht mit denen, die Zeit haben. Die Berufung auf ein Schema von gesellschaftlichen Stufen, das die Ohnmacht einer vergangenen Epoche post festum demonstriert, war im betroffenen Augenblick verkehrt in der Theorie und niederträchtig in der Politik."[18]

[17] MEW 3, S. 34f.

[18] *Autoritärer Staat*, Gesammelte Schriften, Bd. 5, S. 305.

Susanne Schröter

Der schleichende Verlust der Utopie

Reflexionen über die Krise der Linken oder Aufruf zur Rettung unserer Träume (Fragmente)

Bilanz nach 20 Jahren außerparlamentarischer Linker: gesiegt haben wir nicht!

Die Revolution ist noch immer in weiter Ferne und wir haben uns längst auf die Revolte als Handlungsperspektive heruntergeschraubt. Doch auch die schlägt sich, als papiergewordener Tagtraum, eher in Prognosen, Einschätzungen und Analysen nieder, als im wirklichen Leben. Und so bleiben uns: eine Nacht Putz im Ghetto, eine militante Demo – Highlights im trüben Politalltag, auf wenige Stunden begrenzte ZwergInnenaufstände statt der Randale unterpriviligierter Massen.

Die Linke in der BRD: eher Exoten im Goldfischglas als Fische im Wasser. Die viel beschworene Massenbasis läßt auch nach 20 Jahren zu wünschen übrig. Soziale Bewegungen, gern als unsere Ausweitung begriffen, schrumpften meist so schnell, wie sie sich konstituierten. Die Linke und ‚das Volk': schon fast ein antagonistisches Verhältnis, geprägt von Argwohn und Abgrenzung. Wir haben nicht ‚den Fuß in der Tür', weder in den Betrieben, noch beim ‚unteren Drittel', bei den EmigrantInnen oder sonstwo. Unsere Positionen sind marginal wie der soziale Status der von uns ausgemachten revolutionären Subjekte.

Bilanzziehen öffnet den Blick nach hinten: warum haben wir nicht gesiegt, trotz langjähriger aufopferungsvoller Tätigkeiten verdienter GenossInnen? Die Klärung der Ursachen geht uns in der Regel leicht von den Lippen, avanciert gern zur Schuldfrage. Schuldig sind: 1. die Verhältnisse, konkret der staatliche Repressionsapparat, 2. VerräterInnen, die uns an Parlamente und Institutionen verkauften, 3. die korrumpierten Massen, die von Zweitwagen und der Einbauküche träumen, statt von der Revolution, 4. jetzt, neu dazu gekommen: der Zusammenbruch der Länder Osteuropas und die damit verbundene Diskreditierung sozialistischer Ideen. Die Welt ist voller Widrigkeiten und wir waschen unsere Hände in Unschuld.

Selten fragen wir uns, warum die ‚revolutionären Subjekte' denn so wenig Begeisterung verspüren, mit uns den Schulterschluß gegen Kapital und Staat zu vollziehen. Unsere scharfsinnigen Analysen der Klassenverhältnisse und unsere theoretische Einsicht in die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen haben die Massen bis dato nicht befähigt, ihr Schicksal im Sinn unserer Utopien in die Hand zu nehmen und die soziale Revolution durchzuführen.

Offensichtlich waren wir wenig mitreißend für das Volk, als dessen AnwältInnen wir uns oft genug verstanden. Und das trotz unserer viel bekundeten eigenen Begeisterung für unseren Weg: „Wo wir kämpfen, da tobt das Leben" – Parolen aus unserem Lebensgefühl heraus? Wenn wir genauer hinsehen, stellen wir fest, daß das, was da tobt, oft nicht mehr ist, als der Spaltpilz und eventuell noch der Staatsapparat. Das Leben ist der Alltags-Polit-Routine gewichen, statt Lebensgefühl ist das Vermögen gefragt, die Zeit mit endlosen, sich wiederholenden, oft beklemmend unwesentlichen Mammutdiskussionen zu verbringen oder sich in tagelangen Verschiebungen von Halbsätzen auf Flugblättern zu ergehen.

Ob wir sie selber glauben, unsere Parolen und Theorien, ob wir uns wahrhaft als ‚neue Menschen' fühlen und unsere Strukturen für ein Stück gelebte Utopie halten? Viele Fakten sprechen eine deutliche Sprache dagegen:

- Wir erfüllen auch unter uns – entgegen vieler Beteuerungen – die Leistungsnormen dieser Gesellschaft: nur wer optimal funktioniert, allzeit bereit ist zu Höchstleistungen und universell belastbar, kann mit Anerkennung in den eigenen Reihen rechnen.

- Wir sind, auch nach 20 Jahren, dem Stadium der Jugendbewegung nicht entwachsen. In unseren Reihen gibt es keinen Platz für Alte, für Kinder, für Mütter, für Leute anderer Generationen, Lebenssituationen und Kulturen.

- Das Klima unter uns ist so rauh und entfremdet, daß sich die meisten GenossInnen nach einigen Jahren ausgebrannt und enttäuscht in die Privatheit zurückziehen.

Kurz, wir reproduzieren oft unreflektiert die Strukturen, gegen die wir vorgeben anzugehen, und sind dabei, aller Militanz und verbalen Radikalität zum Trotze, eher ein Rädchen als Sand im Getriebe der Macht.

Doch genug gejammert!

Dem realen Scheitern im grauen politischen Alltag stehen die Ideen entgegen, die uns selbst motiviert haben, zu kämpfen, unsere Träume, die wir weiterspinnen in Zeiten, in denen die Ereignisse weniger turbulent sind – den sogenannten Flauten – und auch einige zarte Ansätze, die leider allzuoft niedergetrampelt, der viel beschworenen Notwendigkeit, sich zu allem und jedem zu verhalten, geopfert werden.

Entgegen derzeit im Trend liegender Postulate für die „verrottete Gegenwart"[1] plädiere ich immer noch für unsere Utopien, für unsere Spinnereien vom Paradies auf Erden.

[1] Christa Thürmer-Rohr: Vagabundinnen, Berlin 1987.

APO-Konferenz

In aller Maßlosigkeit plädiere ich sogar dafür, diese unsere Träume als Parameter zu nehmen, an denen wir unsere Strukturen messen. Nicht, um uns in flagellantischer Absicht täglich unser Scheitern vor Augen zu führen, sondern, um uns nicht vergessen zu lassen, wohin wir eigentlich wollen, um unser eigenes Anliegen inmitten aktueller Turbulenzen präsent zu halten. Manche ‚Sachzwänge', die wir uns selber unermüdlich konstruieren, würden angesichts der Utopie von übermächtigen Hindernissen zu bedeutungslosen Zwergen schrumpfen. Den Kopf frei kriegen für das, was wirklich Sache ist – dabei kann die Utopie eine wertvolle Helferin sein.

Das bedeutet konkret, unsere Strukturen zum Mittelpunkt unseres Handelns zu machen; weniger der Tagespolitik hinterher zu hecheln, in ewig gleichen Ritualen unseren Protest und unsere Opposition auszudrücken und uns dabei letztendlich als unendlich Ohnmächtige zu erfahren, anstatt dort anzusetzen, wo wir verantwortlich eingreifen können. Damit ist nicht der Rückzug aufs Land gemeint, wie SkeptikerInnen auf dem Kongreß argwöhnten, sondern im Gegenteil die reale Intervention, anstelle des symbolischen Widerstandes, bei dem wir uns gegenseitig immer wieder gleichzeitig unserer Unzulänglichkeit und unserer Aufrichtigkeit versichern. Ich plädiere hiermit gegen das masochistische Ritual des „ein Häuflein Aufrechter gegen den Rest der Welt", gegen das muffige Selbstmitleid der ewig Zukurzgekommenen.

Das muß auch bedeuten, die Lust zurück zu holen in unsere Zusammenhänge und die pflichtgetreue politische Märtyrerseele auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erst, wenn wir aufhören, uns in der Rolle des ewigen Opfers zu gefallen, werden wir fähig sein, an einer neuen Gesellschaft zu bauen.

Wenn wir Platz schaffen für Menschen aller Generationen, für Menschen mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen und in ganz verschiedenen Lebensphasen, werden wir auch Platz haben für unsere eigene Entwicklung. Wenn wir die Befriedigung unserer Bedürfnisse ins Zentrum unserer Politik stellen, wenn wir Leben und Politik nicht länger trennen, werden wir fähig sein, wahrzunehmen, woran die westliche metropolitane Gesellschaft wirklich krankt.

Nicht nur motivieren Lohnkürzung und soziale Verelendung allein die Menschen hier nicht zum Widerstand oder gar zur Entwicklung sozialistischer Alternativen, auch Umweltsauereien und Naturzerstörung haben sich nicht als Hebel erwiesen, alte Muster zu verlassen. Das Leiden der Menschen in den Metropolen läßt sich nur zu einem geringen Teil in ökonomischen Kategorien fassen. Überstülpungen von Analysen, die anhand der Verhältnisse im Trikont entwickelt wurden, müssen zwangsläufig hinken. Lebensqualität findet hier ihre Grenzen in tristen Beziehungsstrukturen, Gewalt gegen Frauen und Kinder, alltäglichem Stumpfsinn der Arbeit, Langeweile und Sinnentleerung der sogenannten Freizeit. Die Entfremdung der Menschen von sich selbst und ihrem Nächsten, die psychische und soziale Verelendung hat in den Metropolen die Wirkung, die das ökonomische Elend für die Bevölkerung der anderen Kontinente hat: sie hält die Menschen nieder.

Die Strukturen zu knacken, dem bürgerlichen Glück genauso eine Absage erteilen wie politischem Strebertum und revolutionärem Mackergehabe, bedeutet auch, der Perspektive der Sinnfindung, die diese Gesellschaft für uns wie für andere bereithält, eine Absage zu erteilen. Eine Absage nicht aus dem Geist von Verzicht und Askese geboren, sondern aus der Gewißheit, auf die Vehikel gängiger Glücksproduktion verzichten zu können und die eigene Lebenslust selbst befreien zu können. Eine Absage nicht nur an die Spiele einer spätkapitalistischen Metropole, sondern auch an die Nekrophilie des Patriarchats, an 3000 Jahre Herrschaft des Menschen über den Menschen und des Mannes über die Frau.

Wir können nicht stehen bleiben bei der Überwindung kapitalistischer Ausbeutungs- und Aneignungsverhältnisse, die Wurzeln unserer Misere liegen tiefer. Die verhängnisvolle Dynamik der Vernutzung von Mensch und Natur, die Entfremdung und Entseelung von Täter und Opfer ist so alt wie die Herrschaft des Mannes über die Frau, die Modell stand für alle Herrschaftsverhältnisse seitdem. Wenn wir an den Grundlagen der Macht rütteln wollen, werden wir nicht umhin können, auch das Patriarchat zu stürzen – vor allem in uns.

Wenn wir in der Tat die Idee einer neuen Gesellschaft auf unsere Fahnen geschrieben haben, und nicht nur den Neuaufguß der alten Ordnung, wird das Verhältniss der Geschlechter im Zentrum der Überlegungen stehen müssen. Patriarchale Gewalt und patriarchale Deformationen der Männer und der Frauen werden dabei die größten Hindernisse sein. Von daher wird der Kampf in erster Linie ein antipatriarchaler sein – in der gesamten Dimension der Bedeutung von ‚Patriarchat': der Gewalt-, Aneignungs- und Ausbeutungsverhältnisse und der psycho-sozialen Zurichtung der Menschen. Der Kampf richtet sich gegen die *Herr*schaft an sich. Die Utopie hingegen kann nicht stehen bleiben bei der Verneinung des Bestehenden, beim antipatriarchalen, gegen die HERRschaft gerichteten. Die neue Gesellschaft wird eine feministische und eine anarchistische Gesellschaft sein müssen – denn, schließlich geht es uns doch um nichts geringeres als das Paradies auf Erden.

Justus Wertmüller / Clemens Nachtmann

Zwischen Gesundbeterei und Moralismus

Zur Kritik des hilflosen Anti-Nationalismus

I.

Das Motto „Nie wieder Deutschland!“ steht im Zentrum eines innerlinken Streits, der die Radikale Linke zunehmend zu isolieren droht. Weil es niemanden gibt, der nicht irgendwie gegen Nationalismus wäre oder die Gefahren beschwören würde, die vom vereinigten Deutschland ausgingen, ist es notwendig, zu untersuchen, worum es eigentlich geht in diesem Streit um den Nationalismus.

In einem anonymen Beitrag in der autonomen Zeitschrift *interim* aus Westberlin heißt es anläßlich der Demonstration vom 3.11. beispielhaft: „Vielleicht besteht die Anziehungskraft dieser letztlich nichtssagenden Parole (gemeint ist „Nie wieder Deutschland!“; Anm. d. Verf.) in der prickelnden Atmosphäre, sich mit Hilfe purer Ideologie jenseits von Realitäten radikal und originell in moralischen Wolkenkuckuksheimen einrichten zu können.“[1] Zwei zentrale Vorwürfe gegen die antideutsche oder antinationale ‚Linie‘ der Radikalen Linken, die ähnlich immer wiederkehren, sind in diesem Zitat benannt: Antinationale Positionen seien rein ideologischer Natur, also von einer wissenschaftlich-materialistischen Analyse der Lage abgelöst und damit nur moralisch und realitätsblind. In der Tat gibt es Beispiele aus der Deutschlanddebatte, die solche Vorwürfe teilweise bestätigen. Wenn im Frühjahr dieses Jahres Jürgen aus Stuttgart einen *ak*-Artikel mit dem Bekenntnis „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein!“ beendet oder im ersten Entwurf zum Demo-Aufruf für den 3.11. in Berlin Überschriften wie „Deutschland marschiert – wir widerstehen!“ auftauchen, dann ist eher eine ideologische Nähe zur bekennenden Kirche eines Martin Niemöller zu konstatieren als zur kritischen Tradition von Karl Marx.

Das macht allerdings die Analyseversuche der Kritiker nicht besser. Aus der Sicht der traditionellen Linken, die bis weit ins autonome Lager hinein geteilt wird, stellt sich das Problem etwa so dar, wie es ein anonymer Gewerkschafter im „Antifa-Info“ aus Westberlin darlegt: „Doch statt – wie in der *konkret* monatlich praktiziert – sich endlos über die Schlechtigkeit der Deutschen auszulassen, muß eine sinnvolle Arbeit von Linken doch vor allem darin bestehen, Ansätze zu unterstützen und weiterzuentwickeln, in denen das Klasseninteressse der Opfer der kapitalistischen Offensive zum Ausdruck kommt.“ Die Radikale Linke ist nach Ansicht des Autors nicht in der Lage, sich vorzustellen, daß „sich diese Deutschen entlang ihrer besonderen sozialen Interessen organisieren und die Volksgemeinschaft so ganz praktisch auflösen könnten.“ Zu dieser werktätigen Auflösung des Nationalismus kommt der Genosse, indem er tief in den Fundus vulgärmarxistischer Glaubensartikel greift. Bei ihm klingt das so: „Der Begriff der Nation dient der Ideologie des Nationalismus dazu, die Klassenverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft zu verschleiern. Den Menschen soll vorgegaukelt werden, sie alle gehörten zu einer Volksgemeinschaft, in der alle Klassen- und Standesunterschiede zweitrangig seien.“[2] Also: Nationalismus wird auf bloße Ideologie reduziert, wobei unter Ideologie – frei nach den frühbürgerlich-aufklärerischen Thesen vom Priesterbetrug – ein besonders ausgekochtes Manöver der Herrschenden verstanden wird, die Beherrschten von ihren wahren Interessen abzulenken. Der mechanistische Charakter dieses Erklärungsansatzes steckt schon im Verb ‚vorgaukeln‘, also einer Variante von ‚verhetzen‘ oder ‚verblenden‘, das die Herrschaftsverhältnisse im bürgerlichen Staat als eine Art Marionettentheater begreift. Das Proletariat braucht die dünnen Fäden, an denen die ideologischen Gespenster hängen, nur durchzuschneiden, also sich dem Klassenkampf zu widmen, und schon ist der Spuk vorbei.

Bezeichnend für die kritische Relativierung eines unverstandenen Problems ist auch die übliche Trennung von Nation und Nationalismus, jene feinsinnige Unterscheidung zwischen ‚gesundem Nationalgefühl‘ einerseits und ‚übersteigertem Nationalismus‘ andererseits, die Adorno schon vor über 20 Jahren als Kennzeichen des Spießbürgers ausgemacht hatte. Der oft positive Bezug aufs nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, der in weiten Teilen auch der revolutionär sich nennenden Linken geteilt wird, ist eine Variante dieser Ausdifferenzierung von Nation und Nationalismus – einer Ausdifferenzierung, die gerne unter dem Verweis erfolgt, daß Begriffe wie ‚Volk‘ und ‚Nation‘ von ihrem Ursprung her fortschrittliche, humane und demokratische Inhalte transportiert hätten, die es wiederzubeleben gelte.

Wir wollen versuchen, ein wenig Licht ins Dunkel einer Diskussion zu werfen, die hauptsächlich deshalb so seltsam verläuft, weil der Mehrheit der Kontrahenten zu den zentralen Begriffen Nation und Nationalismus recht wenig einfällt. Wir teilen die Einschätzung von großen Teilen der Radikalen Linken, daß es sich beim deutschen Nationalismus um einen besonders gefährlichen handle, glauben aber nicht, daß eine bloß abwehrende Haltung diesem Phänomen gegenüber sein Verständnis ersetzen kann, geschweige denn revolutionäre Strategien im vereinigten Deutschland befördern hilft. Und soviel sei vorausgeschickt: Antinationalismus ist kein eigenständiger Politikansatz und für sich genommen auch keine Begründung für die Abkehr von lange hochgehaltenen politischen Strategien.

Im Hauptteil dieser Arbeit sollen die beiden Begriffe ‚Nation‘ und ‚Nationalismus‘ analysiert werden, und zwar nicht als ideologische Gespinste, sondern als zentrale Ka-

[1] *interim*, Nr. 123, Nov. 1990.

[2] *Antifa-Info*, Nr. 12, Sept./Okt. 1990.

tegorien des bürgerlichen Staats. Daran anschließend soll der Frage nachgegangen werden, ob und wie sich in Deutschland ein besonders gefährlicher Nationalismus herausgebildet hat. Zum Abschluß soll kurz beleuchtet werden, welche Bedeutung derartige Erkenntnisse für die Beurteilung linker Politik in den letzten 20 Jahren haben.

II.

Der Begriff ‚Nation' findet sich als politische Kategorie in den Kampfschriften der Aufklärung, namentlich im Vorfeld und Verlauf der französischen Revolution. Die exemplarische Bestimmung von ‚Nation' wird zum Beispiel in den Schriften von Abbé Joseph Emmanuel Sieyes geliefert: Er setzt Nation als ein unteilbares, souveränes Subjekt, dessen wesentliches Charakteristikum der Wille darstellt. „Eine Nation", so Sieyes, „ist von jeder Form unabhängig; und auf welche Weise sie auch will, die bloße Äußerung ihres Willens genügt, um gleichsam angesichts der Quelle und des obersten Herrn jedes positiven Rechts alles positive Recht außer Kraft zu setzen."[3] Nach Sieyes gibt es also nichts, was dem Willen der Nation entzogen wäre; an keine bestimmte Verfassung, keine bestimmte Staatsform gebunden, ist sie vielmehr der unbedingte Ursprung jeglicher Staatsform und allen positiven Rechts. Für Sieyes hat jedoch der uneingeschränkte Wille der Nation keine selbständige Existenz jenseits der Individuen, sondern stellt das in Gesetzesform gegossene gemeinschaftliche Interesse der im Parlament, der Nationalversammlung zusammengekommenen Staatsbürger dar. Das gemeinschaftliche Interesse wiederum ist kein Produkt von Willkür oder autoritärer Anordnung, sondern das jeweils beste Argument, das sich im Wettbewerb der Meinungen im Parlament schließlich herausschält. ‚Nation' meint also Sieyes zufolge nichts anderes als das durch ein bestimmtes (parlamentarisches) Verfahren sich selbst bestimmende Volk.

Sowohl der Begriff nationaler Selbstbestimmung in eben dieser Form als auch der Kampf um dieselbe wurde von den Aufklärern universell und grenzüberschreitend gefaßt, und an die allgemeine Durchsetzung von nationaler Selbstbestimmung bzw. Volkssouveränität wurden sehr weitgehende Hoffnungen geknüpft. Hätten sich – so die Annahme – erst einmal alle Völker ihrer Tyrannen, das heißt des Adels und des Klerus entledigt, wären auch sämtliche Existenzbedingungen des Krieges aus der Welt geschafft; nicht nur der innergesellschaftliche Verkehr der einzelnen Gemeinwesen, sondern auch das Verhältnis der Völker untereinander könnte dann auf der allgemeinen Vernunft entsprechende Rechtsbeziehungen zurückgeführt werden. Wie im Inneren der einzelnen Staaten aus dem nur durch allgemein-vernünftige, selbstauferlegte Gesetze garantierten, friedlichen Wettbewerb der Privatbürger vermittels des Wirkens der ‚invisible hand' der allgemeine Wohlstand hervorgehen würde, so würden internationaler Handel sowie ein auf Prinzipien der Gleichheit, Brüderlichkeit und Nicht-Einmischung beruhendes Völkerrecht Garanten einer kosmopolitischen Friedensordnung sein.

[3] Sieyes, *Was ist der dritte Stand?*, zit. nach: Stefan Breuer, *Aspekte totaler Vergesellschaftung*, Freiburg 1985.

Es sind genau diese Idealvorstellungen nationaler Selbstbestimmung, auf die die Linken heutzutage so gerne sich berufen; und diese idealen Verpflichtungen der bürgerlichen Gesellschaft gegen ihre ‚schlechte' Realisierung einzuklagen, ist mittlerweile zu einem regelrechten Breitensport geworden. Dabei ist gar kein besonderer Scharfsinn vonnöten, um zu begreifen, daß diese Ideale vor der Realität sich zwangsläufig blamieren mußten. Keineswegs nämlich war das als Nation sich selbst bestimmende Volk jene homogene, unteilbare Einheit, die Sieyes und andere sich dachten, sondern ein antifeudales Bündnis von drittem und viertem Stand, und selbstverständlich war und ist auch die bürgerliche Klasse kein über alle Grenzen hinweg einheitliches Subjekt mit einheitlichen Interessen, sondern als jeweils im Rahmen von Nationalstaaten handelnde von jeweils besonderen Interessen geleitet. In dem Maße nun, in dem die antifeudale Kampfeinheit zerfällt, der Klassenantagonismus an der gesellschaftlichen Basis zur unabweisbaren Tatsache sowie die Einheit der Nation angesichts der Gewährung des allgemeinen Wahlrechts und des Einzugs nicht-bürgerlicher Kräfte ins Parlament zur Fiktion wird; in dem Maße ferner, in dem das allgemein durchgesetzte Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zu einem ewigen Frieden führt, sondern den Konkurrenzkampf der einzelnen Nationen um Absatzgebiete, Rohstoffe etc. und als ultima ratio den Krieg auf die Tagesordnung setzt – in dem Maße wird notwendig aus dem politischen Verfahrensbegriff ‚Nation' ein zumindest romantischer, tendenziell völkischer bzw. rassistischer Substanzbegriff. Ob diese einheitliche Substanz nun als besondere Affinität zu Egerländer Blasmusik, zum Verzehr von Sauerkraut mit Wurst oder als besondere Verbundenheit aller mit der Natur definiert wird, ist dabei völlig unerheblich; entscheidend ist, daß ‚Nation' bzw. ‚Volk' nicht mehr, wie bei Sieyes, als Resultat der vernünftigen Diskussion vieler Einzelner aufgefaßt wird, sondern, was bei Sieyes allerdings auch schon angelegt ist, als für sich bestehendes, absolutes, widerspruchsfreies Kollektivsubjekt, dessen ‚Identität' bzw. ‚Substanz' eben nur ex negativo, in der Fahndung nach dem angeblich ‚Wesensfremden' bestimmt werden kann. Die Bereitschaft, sich vorbehaltlos mit solch einem nationalen Kollektiv zu identifizieren, und das heißt praktisch, sich nationalistisch gegen andere auszuagieren, entspringt unter anderem dem, was Adorno in der „Negativen Dialektik" einmal das „ontologische Bedürfnis" nannte: ein allgemein vorhandenes, diffuses Bedürfnis des Einzelnen, von als zwanghaft und undurchschaubar empfundenen Verhältnissen sich loszureißen und einer auserwählten, großen, sinnstiftenden Gemeinschaft anzugehören, ein Bedürfnis, das, nebenbei bemerkt, seit geraumer Zeit auch unter schwärmerisch veranlagten Linken als vermeintlich ‚natürliche' Sehnsucht ‚der' Menschen nach Harmonie, Wärme, Nähe, Geborgenheit und Kameradschaft fungiert, an der man zu allem Überfluß auch noch politisch ‚anknüpfen' will, anstatt sie als notwendig falsches Bedürfnis zu kritisieren. Weil nun aber die bürgerliche Gesellschaft, die die substantialisierte Vorstellung von ‚Nation' notwendig aus sich hervor-

bringt, kein widerspruchsfreies Ganzes darstellt, wie im Substanzbegriff der Nation suggeriert, wird es namentlich in Krisenzeiten zur Aufgabe des bürgerlichen Staates, ‚nationale Einheit' aus eigener Machtvollkommenheit zu setzen, oder, wie Horkheimer sich ausdrückte, „die Bevölkerung in ein für zivile und militärische Zwecke einsatzbereites Kollektiv umzumodeln"[4], das sich behaupten kann nur, indem es die sogenannten Minderwertigen, Überwertigen, Unproduktiven und Quertreiber ausgrenzt und potentiell der Vernichtung anheimgibt.

III.

Diese Tendenz zur Barbarei ist in Begriff und Sache der Nation im allgemeinen potentiell angelegt; daß sie nicht überall und gleichmäßig zum Tragen kam, dürfte daran liegen, daß in den meisten bürgerlichen Gesellschaften die Erinnerung daran, bürgerliche Freiheiten revolutionär erkämpft zu haben, nie ganz verblaßte. Quasi in Reinform durchgesetzt hat sich diese Tendenz zur Barbarei nur dort, wo es die politische, rationale Begründung von ‚Nation' entweder nur auf literarischem Gebiet oder in gescheiterten praktischen Ansätzen gegeben hat: in Deutschland. Seit es in deutschen Landen ein Bürgertum und eine nationale Bewegung gab, also seit den sogenannten nationalen ‚Befreiungs'-Kriegen, stellte man sich unter ‚Nation' bzw. ‚nationaler Einheit' etwas Konkret-Substantielles vor, in Abgrenzung zu angeblich ‚abstrakten', ‚blutleeren', ‚welschen' Ideen wie Freiheit, Gleichheit, allgemeines Gesetz, die man kurzerhand als ‚den' Deutschen ‚wesensfremd' denunzierte. Was das ‚deutsche Volk' vielmehr auszeichne, so wurde behauptet, sei die auf Gefühl, Gemüt, gemeinsame Sprache und Abstammung gegründete Verbundenheit aller mit allen. Die deutsche Nation sei also nichts, was bewußt und willentlich hergestellt oder gar revolutionär erkämpft werden könne, sondern etwas ‚organisch Gewachsenes'. Folglich könne es nur darum gehen, dem ‚deutschen Wesen' Geltung zu verschaffen, und das wiederum bedeutete, es von allen zersetzenden und verderblichen Fremdeinflüssen zu ‚befreien', seien es nun fremde Truppen, fremdes, d.h. abstraktes Denken oder fremde Lebensweise. Nicht zufällig erinnert die Rede von der Suche nach dem ‚wahren Selbst', dem ‚eigentlichen Wesen' an die linksalternative Ausgabe von Robert Lembkes heiterem Ratespiel mit dem Titel „Wer bin ich, was ist meine Identität?", und rückblickend wird man daher die damalige nationale Bewegung in Deutschland als die erste militant agierende Selbsterfahrungsgruppe bezeichnen müssen, zumindest als volkspädagogisch-lebensreformerische Bewegung, die in Turnerbünden, Burschenschaften und Gesangsvereinen das Sporteln, Biergesaufe und Gegröhle als Gemeinschaftserlebnis organisierte, weil die politische Selbstbestimmung zu erkämpfen man entweder unfähig oder zu feige war. Das eklatante Auseinanderklaffen von Idee und Realität – denn selbstverständlich waren die deutschen Bürger keine blonden Kraftnaturen aus germanischer Vorzeit, sondern Charaktermasken der kapitalistischen Ökonomie wie ihre französischen und englischen Kollegen – konstituiert den deutschen Nationalismus als tendenzielles Wahngebilde und die deutsche Ausgabe der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als eine, die sich unter permanenter Verleugnung ihrer eigenen Triebkräfte am Leben erhält und, durch keinerlei revolutionär-demokratische Tradition gezügelt, besonders rücksichtslos und unberechenbar ihren ‚Platz an der Sonne' durchsetzen wollte und will. Diesen Sachverhalt beschrieb Marx bereits 1845 wie folgt: „Der deutsche Bürger ist selbst religiös, wo er industriell ist. Er scheut sich, von schlechten Tauschwerten, nach denen er lungert, zu sprechen, und spricht von Produktivkräften, er scheut sich, von Konkurrenz zu sprechen, und spricht von einer nationalen Konföderation der nationalen Produktivkräfte, er scheut sich, von seinen Privatinteressen zu sprechen, und spricht von Nationalinteresse. [...] Die Sache läßt er überall bestehen, den Ausdruck aber idealisiert er. [...] Eben diese hohle idealistische Phraseologie gibt ihm darum auch die Fähigkeit, die realen Schranken, die sich seinen frommen Wünschen entgegensetzen, zu verkennen."[5]

Während nun die bürgerliche Klasse – um diesen Gedanken fortzuführen – beispielsweise in England oder Frankreich den Klassenkampf als konstituierendes Merkmal der von ihr beherrschten Gesellschaftsordnung auffaßte, als etwas, dem man zwar notfalls mit aller Härte begegnen würde, das aber andererseits zum Tagesgeschäft nun einmal gehöre und mit dem man sich zu arrangieren habe, war für die bürgerliche Klasse in Deutschland der Klassenkampf, überhaupt die Tauschförmigkeit gesellschaftlicher Organisation und die damit verbundenen Interessengegensätze etwas, was die substantielle Einheit der Nation zersetze und dieselbe in eine Agglomeration selbstsüchtiger Individuen verwandle. Die Sehnsucht der deutschen Bürger nach einer Stillegung des Klassenkampfs zielte dementsprechend – von ihrem Resultat, dem Nationalsozialismus her betrachtet – auf die gewaltförmige Aufhebung des Tausches, namentlich zwischen Lohnarbeit und Kapital, zugunsten eines einheitlich ausgerichteten Kooperationsdiktats, d.h. auf die Installierung eines in sich zwar hierarchisch gegliederten, aber produktiven, homogenen Volkskörpers. Sich verwirklichen und Bestand haben konnte diese Gemeinschaft nur durch Ausschluß, systematische Entrechtung und schließlich Vernichtung derer, die als vermeintliche Repräsentanten von ‚Wucher', d.h. unproduktiver Aneignung von Reichtum, von Geld als Symbol selbstsüchtigen Gewinnstrebens und ‚entwurzeltem' Geist den Volkskörper zersetzt hätten: der Juden. Am bis dato unbekannten und bis heute einzigartigen Vernichtungsantisemitismus läßt sich ablesen, daß das ‚deutsche Wesen', überhaupt jegliche Form ‚nationaler Identität', etwas rein Negatives, Unbestimmbares darstellt und sich Geltung verschaffen kann nur, indem es tätig – und das heißt terroristisch – sich gegen die Nicht-Identischen und ‚Wesensfremden' definiert.

[4] Max Horkheimer, *Die Juden und Europa* [1939], in: Ges. Schriften, Bd. 4, Frankfurt 1988.

[5] Marx, *Über F. Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie"*, Westberlin 1972.

APO-Konferenz

IV.

Eine schon lange gebräuchliche Formel, die stets von der reformistischen Linken geteilt wurde, behauptet, daß es sich bei der BRD um den freiesten Staat handle, der je auf deutschem Boden bestanden hätte. Mindestens die Verfassung, das Grundgesetz, so heißt es, bedeute einen Bruch mit unseliger deutscher Tradition und verbürge eine Anknüpfung an die originär demokratischen Errungenschaften der bürgerlichen Nation. Aufgabe linker Politik sei es, den Staat auf die Einhaltung der demokratischen Spielregeln zu verpflichten und sich für deren Ausweitung und Ausgestaltung stark zu machen. Demzufolge ist fast jeder Protest von dem hehren Anspruch der Linken gekennzeichnet, den ‚demokratischen Geist' des Grundgesetzes besser erfaßt zu haben als der Staat, dem Gemeinwohl stärker verpflichtet zu sein als die jeweilige Regierung, kurz: es mit der Demokratie ehrlicher und glaubwürdiger zu halten als die Herrschenden.

Nationalistisches wurde dem BRD-Staat von links nur im Hinblick auf die qua Verfassung festgeschriebene Option auf Wiederherstellung des deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 attestiert und anhand der ebenfalls verfassungsmäßig gesicherten beamtenrechtlichen Versorgung von verbeamteten Staatsverbrechern des Faschismus. Das Grundgesetz selbst jedoch tradiert strukturell die im Faschismus in terroristischer Weise durchgesetzte Volksgemeinschaftsideologie; ansatzweise bereits im Grundgesetz festgeschrieben, wird die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung', der ominöse ‚Wesenskern' des Grundgesetzes, in der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts als wert- und substanzhafte Ordnung definiert, die ihre Legitimität daraus bezieht, daß sie den ‚Feinden der Freiheit' dieselbe beschneidet. Nicht der Bestand individueller Freiheitsrechte, die der Einzelne in welchem Fall und in welcher Form auch immer gegen den Staat geltend machen kann, kennzeichnet den BRD-Staat und das Grundgesetz, sondern die Verpflichtung, die Freiheitsrechte wenn schon so wahrzunehmen, daß sie dem Wohl der Gemeinschaft, des Staates und des Volkes zuträglich sind; wer dagegen verstößt, wird als außerhalb der Rechtsgemeinschaft stehender Verfassungsfeind behandelt. Was früher ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz' hieß, legitimiert heute als ‚Gemeinwohlverpflichtung' schier grenzenlose Eingriffsmöglichkeiten des ‚freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats' in individuelle Rechte. Diesen Staat als ‚freiesten Staat auf deutschem Boden' abzufeiern oder, wie Habermas und andere, ‚Verfassungspatriotismus' zu empfehlen, ist also nicht nur blauäugiger Unsinn, sondern beinhaltet immer auch die Bereitschaft zum Mitmachen bei der nationalen Konsenssuche zur Hebung des Volkswohls, bedeutet immer, Partikularinteressen hintanzustellen zugunsten des Volksganzen. So ging es zum Beispiel im Kampf um die 35-Stunden-Woche nicht um ein mehr an bezahlter Freizeit, die die Lohnabhängigen den Unternehmern abtrotzten, sondern um klassenübergreifende Staatszwecke, wie Stärkung der Kleinfamilie und vor allem Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Interesse der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der BRD.

Das ist der volksgemeinschaftliche Hintergrund eines Staates, der sich von Anfang an an den zentralen Begriffen ‚Nation' und ‚Volk' orientiert hat und nie einen Zweifel an seiner Bereitschaft aufkommen ließ, jeden aus der Rechtsgemeinschaft auszuschließen, der sich nicht aufs Mitgestalten einschwören lassen wollte. Vor diesem Hintergrund müssen auch die Aktivitäten der ‚Neuen Linken' in den letzten 20 Jahren gesehen werden, vor allem, soweit es sich um Massen- oder Bewegungspolitik handelt.

Die Ökopax-Bewegung hat der Nach-APO-Linken, die sich in den 70er Jahren in den erstaunlichsten ML-Projekten der Sache der proletarischen Revolution verschrieben hatte, einen willkommenen Ausweg aus den gescheiterten Kleinstparteien geboten. Bürger, die sich wegen Kernkraftwerken mit dem Staat anlegten und selbst vor Regelverletzungen nicht Halt machten, ersetzten die Massen, die sich im Proletariat nicht auffinden lassen wollten. Die Faszination, die die störrischen Bauern aus Wyhl und noch die filzhuttragenden Oberpfälzer bei Wackersdorf ausübten, ließ Hoffnungen ins Kraut schießen, die einer kritischen Überprüfung kaum standgehalten hätten. Der Erfolg dieser Bewegungen wurde denn schließlich nicht so sehr nach Inhalten und Diskussionsprozessen gemessen, sondern nach der Anzahl von Köpfen bei Demonstrationen oder von Namen auf Unterschriftenlisten. Dieser Massenbeteiligung wurde geopfert, was ursprünglich als Konzept angedacht war, die Radikalisierung der Betroffenen gegen den Staat und für eine andere, sozialistische Gesellschaft. In Kauf genommen wurde stattdessen der Heimatbezug der Bürgerinitiativen, der wahrhaft klassenübergreifende Gedanke vom ‚einen Boot', in dem man angesicht ökologischer und atomarer Bedrohung sitze, Herr wie Knecht. Im gemeinsamen Kampf für saubere Umwelt und das Überleben Deutschlands, das man von den Waffen der ‚Besatzer in Ost und West' bedroht wähnte, lag aber längst der Keim für die Rekonstruktion des nationalen Kollektivs, das sich bedroht sieht und Widerstand leisten muß. Die radikale Attitüde der Ökopaxe war gespeist aus jener Mischung von wirklicher Angst und kollektiver Paranoia, die sich der Vernunft zunehmend verschloß. Was als Emanzipationsbewegung angepriesen wurde, wurde ganz im Sinne Rudolf Bahros zur ‚Refomationsbewegung', die auf der Suche nach Identität die Nation wiederentdeckte. Nicht Selbstbefreiung der Individuen, sondern Selbstfindung derselben als Teile eines ganzheitlichen und selbstverständlich existenziell bedrohten Kollektivs war das Ende eines Prozesses, den Linke erst dann wirklich mitbestimmen konnten, wenn sie die üblichen ‚Tabubrüche' und ‚Paradigmenwechsel' hinter sich gebracht hatten, also keine mehr waren.

Nicht alle Linken und radikalen Linken sind diesen nationalistischen Tönen unbedingt nur aufgesessen. Sie haben es aber unterlassen, die Gefahren ausreichend zu benennen und die notwendige Kritik schonungslos zu üben, auch auf die Gefahr hin, aus den jeweiligen Bewegungen ausgegrenzt zu werden. Stattdessen wurden Kompromisse gemacht und auf den Erfolg zäher Kleinarbeit vertraut oder, was noch fataler ist, Nationalistisches in

die eigene Konzeption eingebaut und ‚revolutionär' gewendet, etwa durch den typisch autonomen Bezug auf die Probleme der Menschen im eigenen unmittelbaren Lebensumfeld. In Berlin und anderswo ist das zum Beispiel der unvermeidliche Kiez, und so ein Kiez ist schnell die Volksgemeinschaft en miniature. Wenn ‚wir' uns in ‚unseren' Kämpfen hier und jetzt etwa gegen zu hohe Mieten oder gar für Mietboykott einsetzen, dann wird allzu willig in den ‚Widerstand' aufgenommen, wem da die Miete auch zu hoch ist. Das Feindbild ist, klar aber falsch, der ‚Spekulant', der es ja auch schon vor 60 Jahren war, und wenn sich unter denen, die mit Wohnraum handeln, mal ein Jude befindet, wie seinerzeit in Frankfurt, dann ist die Traditionslinie perfekt, die nicht zum Klassenkampf, sondern zum Pogrom führt. Solange jeder als Kämpfer gegen das ‚Schweinesystem' recht ist, der im Kaufhaus klaut, dauerarbeitslos ist, weil er nicht mehr arbeiten will, schwarzfährt oder auf die Bullen schimpft, weil sie ihn mal beim Falschparken erwischt haben, kurz: solange solche partikularen Äußerungen von Unmut als Formen der ‚Verweigerung' oder gar des ‚Widerstands' in die Bewegung einfach eingemeindet werden, entsteht keine Klasse und keine revolutionäre Perspektive, sondern wird ein konturloses Kollektiv von Unzufriedenen geschmiedet, egal wo sie der Schuh drückt. Indem jede Meckerei zum Akt des Widerstands aufgewertet wird, wird bewußt unterschlagen, was den marginalisierten Bildzeitungsleser und St.-Pauli-Fan vom klassenbewußten Proleten trennt. Angerührt wird ein diffuses ‚Wir-da-unten'- Gefühl, das nicht durch politische Intervention zustandekommt, sondern durch konsequente Neuinterpretation des Bestehenden. Und wenn der marginalisierte Vollalkoholiker von um die Ecke dann in unser Wirtshaus kommt, das nicht zufällig ‚Volxküche' heißt, dann ist wieder eine Schlacht geschlagen für die Verankerung in den gewachsenen Kiezstrukturen.

Thesen zu

Nationale Minderheiten und Rassismus in der BRD

Fortsetzung von Seite 14

durch *kulturelle Autonomie* realisierbar. [...] *Das akkumulierte Wissen einer Kultur wird durch ihre Sprache vermittelt: Träger der Kultur* sind die aus ihr hervorgegangenen *Institutionen* im Sinne gesellschaftlicher Apparate, wie Familie, Schule, Kaffeehäuser usw. Vor diesem Hintergrund bedeutet *kulturelle Autonomie* die Schaffung eigenkultureller Handlungsräume, den Aufbau eines *Netzwerks autonomer, eigenkultureller Institutionen* der Minderheiten. Dies geht vom Lebensmittelhändler bis zum Videoverleih, beinhaltet Kultur- und Bildungszentren, Bibliotheken, Volkshäuser, Schulen, Massenmedien, religiöse Stätten, autonome Frauenhäuser, Beratungsstätten, Kaffeehäuser, Teegärten, Lokale, Vereine, Gesundheitsfürsorge usw." (A. Öktem)

5. Die *weltweite* imperialistische Herrschaft, die sich nicht nur als Herrschaft von Banken und Konzernen äußert, sondern auch als Aufteilung der Welt in herrschende und unterdrückte Nationen oder arme und reiche Länder (aus der *jedes* Mitglied der herrschenden Nationen psychologische und materielle Vorteile zieht), findet sich wieder in den einzelnen Ländern. Trotz Abschottungsversuchen wird „die Dritte Welt in den Metropolen" eher anwachsen.

Nationale Befreiungskämpfe in den Neokolonien und Kämpfe von nationalen Minderheiten in der BRD müssen daher im Zusammenhang betrachtet werden.

Rassismus

1. Die deutsche Gesellschaft ist – indem sie a) Teil des weltweiten weißen Imperialismus ist und b) durch die spezifische deutsche Geschichte – rassistisch strukturiert. Das heißt: *alle* Deutschen haben rassistische Denk- und Verhaltensmuster, die es bewußtzumachen und abzubauen gilt. Auch die deutschen AntirassistInnen sind Angehörige der herrschenden Nation. Sie müssen lernen, was von den um Befreiung aus rassistischer Unterdrückung kämpfenden EinwanderInnen als rassistisch definiert wird.

2. Daß alle Deutschen rassistisch sind, heißt nicht, daß der Rassismus etwa der REPs und der SPD oder der radikalen Linken (der sich meist durch universalistische Ignoranz ausdrückt) einfach das Gleiche wäre. Der faschistische Rassismus ist für die EinwanderInnen existenzbedrohender – aber auch die Hamburger SPD rühmt sich, am meisten abzuschieben.

Rassismus ist nicht teilbar. Ein gemäßigter Rassismus wie: kommunales Wahlrecht – ja; allgemeines – nein (SPD) oder: Gleiche Rechte – ja; aber muttersprachliche Schulen nur für Deutsche (viele Linke) ist immer noch Rassismus.

3. Vorgehen: Gegen den reaktionärsten Rassismus gemeinsam vorgehen, ohne den ‚gemäßigten Rassismus' unkritisiert zu lassen. Wir unterschreiben keine ‚gemäßigt rassistischen' Aufrufe und begründen dies, beteiligen uns aber eigenständig an evtl. Kampagnen.

4. Der *latente Rassismus* war und ist *Grundlage* reaktionärer und faschistischer Ideologie- und Parteibildung. Die Neue Rechte ist weit fortgeschritten darin, Rassismus salonfähig zu machen, indem sie ihn humanistisch begründet. Diese Grundlage ist nicht bekämpfbar durch ein bißchen weniger Rassismus (= Rassismus).

5. Der von MarxistInnen gerne propagierte Slogan „Eine Klasse – eine Kampffront" ist als politische Aussage falsch. Der Rassismus der Deutschen ist so virulent, daß er für die EinwanderInnen bewußtseinsbestimmend wird. Einen gemeinsamen Kampf gegen den Klassenfeind kann es erst geben, wenn wir glaubhaft im Kampf gegen den Rassismus und für konkrete Anliegen der nationalen Minderheiten geworden sind. Davon kann auch heute in der Radikalen Linken noch keine Rede sein. Gleichzeitig zur antinationalen Mobilisierung für die „Nie-wieder-Deutschland"-Demo im April/Mai wurden die neuen Ausländergesetze durchgezogen – und die deutsche radikale Linke glänzte durch Abwesenheit.

APO-Konferenz

Hinweis: Dieser Beitrag ist als Artikel in der Konkret 1/91 erschienen. Er wurde so dem Inhalt nach auf der Konferenz vorgetragen.

Eva Groepler

„Zertrampelt die Judenkapitalisten!“

Ihre Fixierung auf nationale Interessen und die Sache des Volkes hinderte die organisierte deutsche Arbeiterbewegung vor 1933 nicht nur daran, die Konsequenzen antisemitischer Aktivitäten zu begreifen — sie versuchte auch ihrerseits, antijüdische Ressentiments für die eigenen politischen Ziele zu nutzen

Selbstredend lehnte die frühe deutsche sozialistische Arbeiterbewegung Antisemitismus ab. Genauso selbstverständlich war für sie, daß allein der Sozialismus die sogenannte Judenfrage lösen könne und werde, wie all die vielen anderen Fragen auch. Antisemitismus schien ihr ein irregeleiteter Antikapitalismus zu sein. Zwischen dem »Sozialismus der dummen Kerle«, wie Bebel das gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts wütende völkische Phänomen nannte, und der gesellschaftlichen Position einiger weniger Juden in Deutschland bestand für die Sozialdemokratie ein ganz direkter Zusammenhang. Im Gegensatz zu den schlauen würden die dummen Sozialisten die eigentliche Ursache des Übels, das kapitalistische Wirtschaftssystem insgesamt, verkennen und nur das jüdische Ausbeutertum, selektiv sozusagen, wahrnehmen. Aber: Alles wird gut, da diese »gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung ... trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgehetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann« (Beschluß des Kölner Parteitages, 1893). Als deutscher Sozialdemokrat war man nicht allzu schlechten Mutes, kein Wunder bei diesem Potential künftiger Genossen.

»Was uns als der unübersehbare Rassengegensatz zwischen dem 'Arier' und dem 'Semiten' erscheint«, interpretierte der Chefideologe Kautsky als den »in Wahrheit nur durch besondere Verhältnisse ins Extrem getriebenen Gegensatz zwischen dem Bauern und dem Städter«. »Erst durch das einseitige städtische Leben hat der Typus des semitischen Bergvolkes seine spezifischen sogenannten jüdischen Züge erhalten«[1]: die spezifische Nervosität, die Redegewandtheit, den unübersehbaren schwächlichen Körperbau. Sowas mag der Bauer nicht.

Die zwischen 1881 und 1903 in Rußland wütenden Pogrome zwangen die deutschen Sozialdemokraten zu einer Korrektur ihrer Auffassungen: Angesichts der gesellschaftlichen Situation der Betroffenen — kleine Handwerker, Proletarier und Lädchenbesitzer — konnte schlecht von Antikapitalismus, sei es auch in degenerierter Form, die Rede sein. Als wesentliche Ursache des russischen Antisemitismus bezeichnete Kautsky die Absonderung der Juden von ihrer Umgebung; ihre Religion, Sitten, Kleidung und Sprache erzeugten Fremdenfeindlichkeit. Die Aufhebung ihrer Absonderung, die Assimilation, schien demzufolge die Lösung. Sie war es nicht nur für Kautsky, sondern auch für zahlreiche jüdische Sozialisten. Keine Differenz mehr, kein Antisemitismus mehr, so hofften sie, freilich ohne die Gegnerschaft der Antisemiten gegen eine Gleichstellung der Juden völlig zu übersehen.

Je älter sie wurde, desto patriotischer wurde die SPD. Emphatisch bekannte Bebel: »Wenn wir wirklich einmal das Vaterland verteidigen müssen, so verteidigen wir es, weil es unser Vaterland ist, als den Boden, auf dem wir leben, dessen Sprache wir sprechen, dessen Sitten wir besitzen, weil wir dieses unser Vaterland zu einem Land machen wollen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht« (Essener Parteitag 1907). Für die Vaterlandsliebe wurde die SPD bei der letzten Reichstagswahl vor dem 1. Weltkrieg mit der Verdreifachung ihrer Mandate belohnt. Bekanntlich billigte sie nahezu einstimmig die Kriegskredite, um nach der Niederlage die Empörung über den Versailler Vertrag zu teilen. Noch 1932 legte sie bei der Wahl des Reichspräsidenten Wert auf die Feststellung, die NSDAP lehne derzeit die Verteidigung der deutschen Grenzen ab, während doch Bebel bereits im März 1903 die Wehrbereitschaft der SPD erklärt habe.

Je älter sie wurde, desto seltener befaßte sich auch die SPD-Presse mit dem deutschen Antisemitismus. Zwischen 1903 und 1908 erschien ein einziger Artikel in der »Neuen Zeit«: »Nun mag man den Antisemitismus noch so hart verurteilen, ein Verdienst hat er sich dennoch erworben: Er hat es verstanden, Schichten unserer Bevölkerung politisch zu interessieren, die in Bewegung zu setzen zuvor keiner anderen Partei gelungen war...« Zwei weitere Male tauchte das Thema in den nächsten fünf Jahren auf — wieder ging es um Pogrome in Rußland. Wie die meisten europäischen Sozialisten stimmten die deutschen Sozialdemokraten mit Engels überein, der 1890 geschrieben hatte: »Der Antisemitismus ist das Markenzeichen einer zurückgebliebenen Kultur und findet sich deshalb auch nur in Preußen und Österreich, respektive Rußland.« So eine »mittelalterliche Reaktion« sei in einem »Kulturland« nicht möglich. Engels selbst zählte in seinem Brief Amerika, England und Frankreich auf. Bebel meinte Deutschland, so daß sich Grass und Lafontaine mit ihrer Propaganda für die 'Kulturnation' auf ihn berufen können: »Tröstlich ist, daß er in Deutschland nie Aussicht hat, irgendeinen maßgebenden Einfluß auf das staatliche und soziale Leben auszuüben« (Parteitag in Köln, 1906).

Als offizielle Richtschnur der Haltung zum Zionismus galt Kautskys Broschüre »Rasse und Judentum«. Von ihm stammt die Definition des Judentums als Kaste, die zur Grundlage der sozialistischen Assimilationstheorie wurde. Der Zionismus sei ein Literatenprojekt und eine rückwärtsgewandte Utopie. Nichtsdestoweniger arbeiteten nach 1918 verschiedene prominente Sozialdemokraten wie Eduard Bernstein in Hilfsorganisationen für die Ansiedlung der Juden in Palästina mit.

Bei der KPD sind die Ausgangspunkte zunächst dieselben: Sozialismus der dummen Kerle, jüdische Bankiers und jüdische Eigenheit verursachen Antisemitismus

— ohne Differenz kein Antisemitismus — dagegen hilft nur Assimilation. Weiter agitierte die KPD gegen den Antisemitismus, weil er die Arbeiterklasse spalte. In diesem bis heute wiederkehrenden einfachen Muster ist eine Menge impliziert: Es gab Antisemitismus in der Arbeiterklasse und nicht nur unter Kleinbürgern; die Einheit mit diesen Arbeitern war der KPD wichtiger als die Bekämpfung ihres antijüdischen Ressentiments, das heißt, es war wichtiger, um die irregeleiteten Proletarier zu werben, als sich mit denjenigen zusammenzuschließen, denen der Haß galt.

Mindestens in drei Schüben nahm sich die KPD die nationale Sache zu Herzen: in der nationalbolschewistischen Phase 1919, während des Schlageter-Kurses 1923 und bei der Ausrufung der Volksrevolution von 1930 bis 1932 (vgl. dazu den Beitrag von Heiner Möller in KONKRET 12/90).

Da Nationalismus schlecht auf Rassismus und Antisemitismus verzichten kann, paßte sich die KPD auch den antisemitischen Tendenzen an. Die Judenfrage sei zwischen Nationalisten und Kommunisten kein Trennungsgrund: Beide bekämpften sie das jüdische Kapital, allerdings wirke die KPD umfassender, indem sie konsequent das christliche Kapital mit einbeziehe. In diesem Sinne äußerte sich das ZK-Mitglied Ruth Fischer (Berliner Rede 1923): »Wer gegen das Judenkapital aufruft ..., ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß... Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie! Der französische Imperialismus ist jetzt die größte Gefahr der Welt, Frankreich ist das Land der Reaktion ... Nur im Bunde mit Rußland kann das deutsche Volk den französischen Kapitalismus aus dem Ruhrgebiet hinausjagen...«[2].

Mit der »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« begann im August 1930 die dritte Nationalismus-Welle der KPD. Die Begriffe Klasse und proletarische Revolution wurden durch Volk und Volksrevolution ersetzt: »Wir werden den räuberischen Versailler Friedensvertrag und den Young Plan, der Deutschland knechtet, wir werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen annullieren«[3]. Messerscharf griff die KPD Hitler an: Seine Agitation gegen Versailles sei unehrlich, und die unterdrückten Bauern von Südtirol habe er an Mussolini verkauft. Bedeutendster Erfolg dieser Kampagne war 1931 der Übertritt des ehemaligen Reichswehrleutnants Richard Scheringer von der NSDAP zur KPD. In einer für seine vormaligen Volksgenossen gedachten Broschüre schrieb er, es sei »immerhin interessant, wenn auch nicht von grundsätzlicher Bedeutung, daß im Zentralkomitee der KPD kein einziger Jude sitzt«.

Als in Berlin die SA gegen ihre Führer rebellierte, appellierte die KPD in der »Roten Fahne« (8.3.1931): »Folgt dem Beispiel Eures früheren Kameraden Scheringer und werdet Soldaten der Volksrevolution unter Führung der KPD.« Scheringer selbst, ebenfalls in der »Roten Fahne« (22.4.1931), versicherte: »Die Volksrevolution wird mit den jüdischen Ausbeutern ebenso Schluß machen wie mit den christlichen.« Diese Linie traf allerdings auf Protest innerhalb und außerhalb der Partei. So schrieb Carl von Ossietzky in der »Weltbühne«, »das nicht ganz wetterfeste Schlagwort der Volksrevolution scheint mehr im Geiste Otto Strassers als dem Lenins empfangen worden zu sein«. Flankiert wurde die Kampagne der volksbewußten Kommunisten von der berüchtigten Sozialfaschismustheorie. So bekräftige Thälmann noch 1932, wie richtig Stalin schon 1924 gelegen habe, als er Faschismus und Sozialdemokratie als Zwillinge ausmachte; »gegenwärtig« sei die SPD der »gemäßigte« Flügel des Faschismus, meinte Thälmann im Jahr vor der Wahl Hitlers und setzte gemäßigt in Anführungszeichen.

Im selben Jahr erschien die einzige offizielle Stellungnahme der KPD zur 'Judenfrage': der Aufsatz »Kommunismus und Judenfrage«, der auf einem Buch des österreichischen jüdischen Kommunisten Otto Heller gründet. Es erschien ebenfalls 1932 unter dem tragischen Titel »Der Untergang des Judentums«. In der KPD-Stellungnahme werden nochmals die kommunistischen Grundsätze zusammengefaßt: Der Kommunist kenne keine Juden, sondern nur jüdische Ausbeuter und jüdische Ausgebeutete. Die Judenfrage in Deutschland sei eine soziale Frage, ein Teil der Gesamtproblematik der werktätigen Massen. Die, gemessen an ihrer Gesamtzahl, »überproportionale« Anwesenheit von Juden in bestimmten Bereichen löse die Konflikte zwischen Juden und Nichtjuden aus. Allerdings habe die kapitalistische Entwicklung in Deutschland die vormalige jüdische Kaste aufgehoben; so habe die Emanzipation des Bürgertums zur Emanzipation, sprich Assimilation, der Juden geführt. Mit dem Antisemitismus wolle die Bourgeoisie die Werktätigen verwirren, um sie vom Klassenkampf abzuhalten. »Die Kommunisten«, heißt es schließlich, »treten mit allen Mitteln der proletarischen Massenaktion jedem Versuch der offenen Pogromhetze entgegen... Pogromhetze ist der Versuch der untergehenden Klasse, von sich auf wehrlose Proletarier abzulenken, die unter ihrem Los, Proletarier zu sein, doppelt seufzen, weil sie Proletarier und Juden sind«[4]. Ihnen allein werde der Antisemitismus gefährlich, während das jüdische Kapital mit dem nichtjüdischen »untrennbar versippt und verquickt« sei.

Der Verfasser skizziert auch die kommunistischen Positionen zum Zionismus: Stalin zufolge kennen Kommunisten keine Nation ohne gemeinsame Sprache, Nationalcharakter und Territorium. Der jüdische Nationalismus sei eine reaktionäre, ausschließlich imperialistische Bewegung. Wie der Faschismus spalte auch der Zionismus, der als Instrument des britischen, amerikanischen, französischen und auch des deutschen Imperialismus ausgemacht wurde, die Arbeiterklasse. Nur die proletarische Revolution könne die Judenfrage lösen, was durch den Anschluß an die Massenorganisationen des deutschen Proletariats, sprich die KPD, erheblich beschleunigt werden könne.

Indessen engagierte sich besonders die Rote Hilfe, die 1931 über 300.000 Mitglieder zählte, zu denen Tucholsky, Buber und Einstein gehörten, gegen Rassismus und Antisemitismus. Zum Ende der Weimarer Republik baute die KPD eine Anti-Nazi-Kommission auf und arbeitete mit einzelnen jüdischen Organisationen wie dem Kultur- und Bildungsverein polnischer Arbeiter in Deutschland und dem jüdischen Kulturverein zusammen. Nach Hitlers Machtübernahme betonte die KPD immer wieder, wie volksfremd die Verfolgung der Juden sei; das Novemberpogrom 1938 wurde als »Fiasko« für die Nazis bezeichnet. Kurz danach veröffentlichte die KPD eine Erklärung »Gegen die Schmach der Judenpogrome«; hierin ist nur noch von braunen Bonzen einerseits und allen anständigen Deutschen sowie allen Juden andererseits die Rede. Namens der deutschen Dichter und Denker verteidigte die KPD die Ehre Deutschlands, die unter Hitlers Judenpogromen Schaden genommen habe; »alle anständigen Deutschen« würden solche Bestialitäten verabscheuen — »das deutsche Volk hat mit den Brandstiftern der Synagogen nichts gemein«.

Die KPD rief dazu auf, den jüdischen Mitbürgern bzw. den jüdischen Volksgenossen, wie es an anderer Stelle heißt, mit allen Mitteln zu helfen. »Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromgesindel von unserem Volke!« In einem anderen Aufruf, ebenfalls vom November 1938, heißt es: »Erinnert euch daran, daß der große deutsche Arbeiterführer Bebel den Antisemitismus als den Sozialismus der dummen Kerle bezeichnet hat ... Der Antisemitismus ist die Waffe, derer sich die Nationalsozialisten gegen die Interessen aller anständigen Deutschen bedienen. Duldet nicht, daß der deutsche Name in den Schmutz gezogen wird.« Anfang 1939 behauptete die Berner Konferenz der KPD, immer breitere Massen versagten der Rassenhetze die Gefolgschaft.

Da fing es erst richtig an mit dem Beschmutzen des geschätzten Namens, und die Beschmutzer profitierten auch noch davon. War nun das Volk nicht so, wie es sich die KPD zurecht gelegt hatte, oder hatte die Partei eine alles in allem zutreffende Meinung von ihren Landsleuten, so daß sie so zu ihnen reden zu müssen glaubte? Im Ernstfall wird die Unterscheidung von Volk und Nation, auf die man in ruhigeren Zeiten so peinlich bedacht ist, immer überflüssig, und man weiß gar nicht mehr, warum man früher mit solchen Spitzfindigkeiten die Zeit vergeudet hat. Der Nationalsozialismus war schlecht zu bekämpfen, nachdem man die Sache des Volkes — *wie reaktionär es auch sein möchte* — zur eigenen gemacht hatte, anstatt die Sache der Juden zur Sache der Kommunisten zu machen. Wer die deutsche Ehre braucht, um

Bernhard Schmid

Kommunismus und Nationalismus in Deutschland

Nationalistische Ideologie ist in der Geschichte der kommunistischen Linken in Deutschland nicht nur nicht unbekannt. Im Gegenteil bildete die ‚nationale Frage' über längere Zeiträume hinweg das zentrale Politikfeld der Kommunistischen Partei Deutschlands. Deutschland wurde als ‚unterdrückte' Nation hingestellt, in der den Kommunisten die Aufgabe zufalle, sich an die Spitze des ‚nationalen Befreiungskampfes' zu setzen.

Was ist der ideologische und psychologische Hintergrund dieses Nationalismus der Kommunisten?

Da wäre erstens der unbedingte Glaube des orthodoxen ‚Marxismus-Leninismus' an die eigene ‚historische Mission', an die eherne Gesetzmäßigkeit der Geschichte, wonach der herannahende Sieg des Sozialismus unverrückbar feststeht (da dieser auf der Tagesordnung der Geschichte steht). Die Ersatzreligion des (stalinistischen) ‚Marxismus-Leninismus' begründet den Klassenkampf mit der Lieferung von Heilsversprechen (die Geschichte werde sich erfüllen und den Sozialismus hervorbringen) statt mit der simplen Notwendigkeit, gegen die Verbrechen des Imperialismus Widerstand zu leisten. Dazu gehört auch der Glaube an ‚die Massen', die vermeintlich ‚nach links wollen'; diese ‚Massen' werden nicht kritisiert, sondern geradezu angebetet. Wenn ‚die Massen' aber gar nicht nach links wollen, beginnt der orthodoxe Kommunismus, von sozialen (Klassenkampf-)Kategorien in ‚nationale' Kategorien abzurutschen. Ist das soziale Subjekt nicht in Sicht oder verhält es sich ganz anders, als die Linke es von ihm erwartet (fühlt sich z. B. die Arbeiterklasse ganz wohl als Teil eines – vom Imperialismus privilegierten – ‚Herrenvolks'), so greift man auf das ominöse ideelle Gesamt-Subjekt, ‚die Nation' und ‚das Volk' zurück. Der Appell an das ‚gesamt-nationale Interesse' – als das eines vermeintlich unterdrückten Volkes – soll ‚die Massen' in den Klassenkampf einbinden und die Widersprüche zu großen Teilen dieser ‚Massen' (die nun mal Teil einer, insgesamt reichen, imperialistischen Gesellschaft sind und sich entsprechend verhalten) zukleistern. So gab KPD-Führer Ernst Thälmann 1930 an, „95 %" (!) des deutschen Volkes hätten gleiche Interessen als Unterdrückte. Nationalismus als Hilfsmotor der Revolution – ein Rezept, das offensichtlich nicht aufgeht (die Nationalsozialisten überflügelten die KPD trotz ihrer extrem nationalistischen Propaganda 1930 ff), aber die Linke ideologisch und politisch-analytisch entwaffnet, blind macht gegenüber den Strukturen des Mitmachens und Mitprofitierens innerhalb einer imperialistischen Gesellschaft. Ein ‚Herrenvolk', vom Imperialismus und durch die eigene nationalsozialistische Geschichte geprägt als eine ‚Tätergesellschaft', kann niemals das Subjekt der Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung darstellen.

Eine weitere Folge des beschriebenen ‚Erlösungs'-hoffens in der orthodox-kommunistischen Ersatzreligion ist die ‚gläubige' Ausrichtung auf die siegreiche sozialistische große ‚Bruderpartei' (wie KPdSU und SED) und die blinde Identifaktion mit dem ‚sozialistischen Vaterland': „Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen" ... Ein solcher ‚sozialistischer' Staat arbeitet dann in seiner Außenpolitik häufig (sei es gezwungen durch die äußeren Bedingungen oder aus einer Großmachtstrategie heraus) mit den Herrschenden im eigenen Land zusammen. Dies brachte eine kommunistische Linke, die sich in ideologischer Abhängigkeit von realsozialistischen Staaten und Parteien befand, häufig in eine ‚Burgfriedens'politik gegenüber den eigenen Herrschenden und eine Identifikation mit der eigenen ‚Nation' hinein. Dabei verstärkten sich die beschriebenen ideologischen Fehler oft gegenseitig.

1. Die KPD vor 1933

Die Sowjetunion und Deutschland zwischen den Weltkriegen

Nach dem Ersten Weltkrieg existierten in Europa zwei ‚Außenseiter'-Mächte: a) die junge Sowjetunion, aufgrund der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 allen übrigen europäischen Mächten ein Dorn im Auge, den es (ggf. militärisch) ‚unschädlich' zu machen galt; b) das imperialistische Deutsche Reich, das aufgrund der Tatsache, daß es den Ersten Weltkrieg sowohl begonnen als auch verloren hatte, durch die Westmächte eine Eindämmung einfuhr (u.a. Rüstungsbeschränkungen, ‚Verlust' der Kolonien, Abtrennung von – größtenteils von Nicht-Deutschen bewohnten – Randzonen vom Reich).

Diese Situation trieb die Sowjetunion und den deutschen Imperialismus in eine taktische Allianz.

Fortsetzung von vorheriger Seite

sich für den Schutz von Verfolgten zu motivieren, dem ist die Nation allerdings schon ins Rückenmark übergegangen, ein Gehirn braucht man dafür bekanntlich nicht.

Hellers Buch »Der Untergang des Judentums«, das auch ins Französische und ins Polnische übersetzt wurde, besteht aus drei Teilen: Der erste — Anfang und Ende — behandelt die Geschichte der Juden und deren vorausgesagten Untergang. Der zweite — das große Werk — beschreibt die Errungenschaften der Bolschewiki auf dem Gebiet der Produktivierung der Juden. Der dritte — Protokoll einer Reise — schildert die jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen in der Sowjetunion. Nach der Oktoberrevolution wurden in der SU ein Judenkommissariat gebildet und in der Ukraine und an der Krim teilweise autonome jüdische Siedlungen errichtet. 1928 wurde beschlossen, ein weiteres Gebiet, Birobidschan, zu besiedeln. Bis 1937 sollten dort 150.000 Juden leben. Kalinin, Präsident der SU, prophezeite, binnen zehn Jahren würde Birobidschan das kulturelle und geistige Zentrum der jüdischen Massen werden. Hellers Buch muß in diesem Zusammenhang verstanden werden. Die Politik der SU rief bei vielen jüdischen Kommunisten größte Begeisterung hervor. Hellers Darstellung gründet auf der Behauptung, die Juden seien seit den Anfängen der Geschichte ein Handelsvolk gewesen. Die Besonderheit des Judentums sei, daß dieses letzte Handelsvolk der Antike als Kaste die Geschichte überdauert habe, zunächst als Geldmonopolisten, dann als Geldverleiher seit dem dreißigjährigen Krieg, »die tragischste Periode«, schließlich als durch den Kapitalismus emanzipierte, assimilierte Bürger. Nur dort, wo noch halb-feudale Barbarei herrsche, bestehe die Unterdrückung fort. Die bürgerliche Assimilation im Westen einerseits und die Lösung der Judenfrage durch die proletarische Revolution im Osten andererseits würden jedoch beide die sozialen Voraussetzungen des Antisemitismus wie auch des Zionismus beseitigen.

Otto Heller starb in Mauthausen.

1) Paul W. Massing, Geschichte des politischen Antisemitismus
2) H.-H. Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik
3) Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik
4) Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage

Die Sowjetunion ging dieses Bündnis zunächst gezwungenermaßen und aus purer Not ein, war sie doch existenziell durch die übrigen Imperialisten bedroht: 1918 landeten Truppen der Entente (Westmächte) in Murmansk und Archangelsk an der russischen Nordküste und in den Schwarzmeerhäfen, die britische Flotte landete 1919 im Baltikum, west-alliierte Truppen drangen 1919 von Norden (Murmansk und Archangelsk) und Süden (vom Schwarzen Meer her) tief in die Sowjetunion ein. Der japanische Imperialismus fiel in Sibirien ein, noch bis 1922 hielten japanische Invasionstruppen Süd-Ostsibirien besetzt. Die Imperialisten beabsichtigten, die Oktoberrevolution von 1917 rückgängig zu machen und die Bolschewiki zu stürzen. In dieser Situation brauchte die junge Sowjetmacht einen Verbündeten, um zu überleben. (In späteren Zeiten allerdings, unter Stalin, beruhte die sowjetische Außenpolitik gegenüber Deutschland weniger auf Not als vielmehr auf kalkulierter Großmachtstrategie. Die ‚deutsche Karte' war zum Faktor sowjetischer Großmachtpolitik geworden.)

Der deutsche Imperialismus hingegen wollte mit Hilfe dieses taktischen Bündnisses vor allem die ihm auferlegten Rüstungsbeschränkungen abschütteln. Die (illegale) ‚Schwarze Reichswehr' konnte in der Sowjetunion Waffensysteme erproben und heimlich aufrüsten. In Zusammenarbeit mit der Roten Armee wurden Panzer, Flugzeuge und Giftgas getestet. C-Waffen wie Lost/Senfgas, Blaukreuz und Grünkreuz (Giftgase) wurden in der Sowjetunion erforscht und erprobt. Zum deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo (vom April 1922) wurden geheime Zusatzklauseln über Rüstungszusammenarbeit geschlossen. Noch bis 1934 wurde so für den deutschen Imperialismus in der Sowjetunion heimlich aufgerüstet – die Grundlage für die spätere Hochrüstung unter Hitler.

Die Rückwirkungen des deutsch-sowjetischen Bündnisses auf die KPD

Lenin konstatierte 1922, das deutsch-sowjetische Bündnis führe dazu, „daß sich die deutschen Schwarzhundertschaften [Faschisten] in ihrer Sympathie für die russischen Bolschewiki mit den Spartakus-Leuten [Kommunisten] trafen". Und tatsächlich propagierten Mitte der 20er Jahre die Jung-Nazis Josef Goebbels und Rudolf Hess eine außenpolitische Orientierung auf die Sowjetunion. Doch bald schon konnte auch die Umkehrung gelten: die Kommunisten in Deutschland trafen sich in ihrer Sympathie für den deutschen Nationalismus mit den Nationalsozialisten und reaktionären Deutschnationalen.

Die Kommunistische Internationale (KI) machte aus dem taktischen Notbündnis der Sowjetunion mit dem deutschen Imperialismus eine ideologische Leitlinie und stellte fortan Deutschland als „unterdrückte Nation" hin, deren „Befreiung" es anzustreben gelte. So wurde aus der Not eine Tugend, die Niederlage zum Sieg. Die KI sprach sich gegen den Versailler Frieden aus, da er die deutsche Nation unterdrücke. Am 13. Mai 1919 erließ die Kommunistische Internationale den Aufruf: „Nieder mit dem Frieden von Versailles!". Die KPD übernahm die Linie der „nationalen Befreiung" des „unterdrückten Deutschlands".

1919 publizierten die Hamburger KPD-Aktivisten Laufenberg und Wolffheim eine Broschüre mit dem Titel „Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg?". Darin wird erklärt, die Unterzeichnung des Versailler Friedens bedeute „Landesverrat". Laufenberg und Wolffheim propagieren „die nationale Verteidigung gegen den westlichen Imperialismus" und eine „großdeutsche Räterepublik". Ähnliche Vorstellungen vertreten die Bremer um die Zeitung „Arbeiterpolitik": eine bizarre Mischung aus Nationalismus und Sozialismus.

Im Mai 1920 dann wandte sich das ZK der KPD gegen die „alldeutsche" Richtung im sozialistischen Lager. Laufenberg, Wolffheim und andere schlossen sich der 1920 gegründeten KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) an, die sich gleichzeitig super-linkssektiererisch und aufs äußerste nationalistisch gebärdete.

Die Ruhrkrise und der „Schlageter-Kurs"

Doch 1923 (als französische Truppen das Ruhrgebiet okkupierten) kam es zur KPD-‚offiziellen' Neuauflage des nationalbolschewistischen Kurses.

Am 20. 6. 1923 hielt Karl Radek (Verbindungsmann der KPD zur Kommunistischen Internationale) die berüchtigte „Schlageter-Rede". Leo Schlageter war Mitglied der NSDAP und der paramilitärischen ‚Freikorps' gewesen und durch die Franzosen wegen Saboteakten und Sprengstoffanschlägen erschossen worden. „Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer abwertenden Phrase erledigt werden. [...] Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns Soldaten der Revolution männlich-ehrlich gewürdigt zu werden. [...] Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes."

Diese Rede bildete den Auftakt für die „Schlageterkampagne" der KPD im Sommer 1923. In deren Verlauf kam es zum Austausch der Publikationen zwischen der KPD und rechtsextremen nationalistischen Kräften. Die Spalten des KPD-Organs „Rote Fahne" wurden dem völkischen Grafen Reventlow geöffnet. Eine gemeinsame nationalistisch/kommunistische Broschüre über Schlageter wurde veröffentlicht. Karl Radek begründete das Werben um die Nationalisten in der „Roten Fahne" vom 2. 8. 1923. Er betonte, es handele sich „nicht um kleinliche List, deren Zweck es wäre, die Faschistenbewegung zeitweilig zu zersplittern." Die Offiziere würden benötigt, „um Deutschland mit geringen Opfern aus seinem Elend zu erlösen."

Das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes"

Die dritte Auflage des nationalistischen Kurses erfolgte 1930. Im Jahre 1930 erreichte die NSDAP ihren wahlpo-

litischen Durchbruch und versechsfachte bei den Reichstagswahlen ihren Stimmenanteil auf 6,4 Millionen (circa 18 %). Die KPD versuchte, durch äußerst nationalistische Agitation den Nationalsozialisten das Wasser abzugraben und gleichzeitig etwas von der Dynamik der NS-‚Bewegung' abzubekommen. Die KPD-nahe Presse bediente sich nationalistischer Propagandabegriffe wie „Kolonialdeutschland" und „Young-Sklaverei". In einer Erklärung der KPD zu den Wahlerfolgen der NSDAP hieß es: „In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden [...] versuchen die Faschisten durch schreiend radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan bedeutende Schichten [...] für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch [...] völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat." Deutschland war demnach nicht imperialistisch, wohl aber Polen, das jahrhundertelang zwischen Deutschland/Preußen und dessen östlichen Nachbarn aufgeteilt war und es 1918 gewagt hatte, die polnischsprachigen Provinzen Preußens zur polnischen Staatsgründung hinzuzuziehen.

In den Wahlkampf für die Reichstagswahlen 1930 zog die KPD mit einem Programm, in dem die „nationale Befreiung" vor der sozialen rangierte und in dem es vor nationalistischer Demagogie nur so troff. „Die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft. Die sozialdemokratischen Führer [...] sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus. Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands. Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarnovertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden. Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslands, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden [...]. Wir werden den räuberischen Versailler ‚Friedens-Vertrag' und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, wir werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen annullieren" (aus dem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" vom 24. August 1930).

„Deutschnationale und Nationalsozialisten national übertreffen!"

Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten bekämpfte man ideologisch, indem man versuchte, sie ‚national' zu überholen: „Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher [?] Gebiete von Deutschland. [...] Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seine Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimmen gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. [...] Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen, auf Grund dessen sie die deutschen [!] Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen [!] Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Siegermächte verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unausgesetzt getan hat. [...] Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands" (aus dem „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" der KPD von 1930).

KPD und Antisemitismus

Ruth Fischer, von Mai 1923 bis 1925 in der KPD-Führung (später in die CDU eingetreten), führte auf einer nationalistischen Studentenversammlung aus: „Das Deutsche Reich kann nur gerettet werden, wenn Sie, meine Herren von der deutsch-völkischen Seite, erkennen, daß Sie gemeinsam mit den Massen kämpfen müssen, die in der KPD organisiert sind. [...] Wer gegen das Judenkapital aufruft, [...] ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. [...] Tretet die Juden-Kapitalisten nieder, hängt sie an die Laternen, zertrampelt sie!" In der „Roten Fahne", der Zeitung der KPD, tauchten des Öfteren Artikel auf, die zum Kampf gegen das „jüdische" Kapital aufstachelten. Die Grenzen zwischen Klassenkampf und Pogrom wurden verwischt.

Nicht nur im Kampf gegen den Versailler Vertrag versuchte die KPD die aufkommenden Nationalsozialisten zu übertreffen, sondern bisweilen sogar im Antisemitismus. Im Oktober 1931 wies der KPD-Reichstagsabgeordnete Neubauer darauf hin, daß „nicht nur die Offiziere der Schwerindustrie vom Schlage der Arier Brandi, Schlenker, Pönsgen, von Gilsa [am Harzburger Treffen] teilnahmen, sondern auch Vertreter des von den Hakenkreuzlern angeblich [!] bekämpften sogenannten jüdischen und ausländischen Kapitals" („Rote Fahne" vom 17. 10. 1931). Das Treffen in Bad Harzburg diente übrigens der Herstellung des Bündnisses zwischen der NSDAP und der DNVP (Deutschnationale Volkspartei) sowie dem militaristischen Kampfbund „Stahlhelm".

Doch diese Agitations-Linie bildete bei der KPD keine Ausnahme. Immer wieder taucht die Argumentation auf, die Nazis seien doch lax und träten nicht konsequent

genug gegen das ‚jüdische Kapital' auf, da sie von diesem korrumpiert wären. Einer solchen Inkonsequenz Hitlers, dem es im Grunde genommen nur ums Geld (des ‚jüdischen Kapitals') gehe, wurde quasi ein ‚ehrlicher', ‚proletarischer' Antisemitismus positiv entgegengesetzt. Im November 1931 behauptete der führende KPD-Mann Hermann Remmele auf einer Massenversammlung in Berlin, die Nationalsozialisten hätten inzwischen den zweiten Teil ihrer Parole „Deutschland erwache – Juda verrecke!" fallen gelassen, weil der NSDAP-Propagandaleiter Goebbels vom jüdischen Bankier Goldschmidt Geld erhalten hätte. (Die Nazis benutzten die Hetzparole „Juda verrecke!" auch später noch.) Das KPD-Organ „Rote Fahne" vom 15.11.1931 machte unter der Überschrift „Hitler proklamiert Rettung der reichen Juden" folgende Ausführungen: „Es gibt keinen Geldschrankbesitzer, bei dem Hitler sich nicht anbiedert. Jetzt ist der Hakenkreuzler und Patentantisemit schon bei den Juden angelangt, [...] die er ebenso vor dem Bolschewismus retten will wie die arischen Schlotbarone West- und die Großagrarier Ostelbiens." Der Ausdruck „Patentantisemit" verrät, daß man Hitler den ‚richtigen' Antisemitismus (als etwas Positives) absprechen will.

2. SED und KPD nach 1945

Die sowjetische Deutschlandpolitik nach 1945

Während des Zweiten Weltkriegs waren sich alle Mitglieder der Anti-Hitler-Koalition darin einig: Deutschland sollte für immer daran gehindert werden, noch einmal zu einer Gefahr für die Welt zu werden. Auf der Teheraner Konferenz 1943 einigte sich die Anti-Hitler-Koalition auf die Zerstückelung Deutschlands. Doch nach 1945 rückten sowohl die Westalliierten als auch die UdSSR immer rascher von dem Ziel der Niederhaltung Deutschlands ab, da jede Seite Deutschland im aufkommenden ‚Kalten Krieg' zwischen dem imperialistischen und dem realsozialistischen Lager zu sich hinüberziehen wollte. In dieser Konstellation begann die sowjetische Außenpolitik unter Stalin erneut, die ‚deutsche Karte' auszuspielen (wie schon mit Rapallo 1922 und mit dem Hitler-Stalin-Pakt 1939).

Den West-Alliierten ging es darum, in den Westzonen Deutschlands möglichst rasch kapitalistische Verhältnisse zu restaurieren. Das Ziel der Wiederherstellung dieses Gesellschaftssystems war nämlich gefährdet, da in der Bevölkerung nach der faschistischen Katastrophe der Wunsch nach einem wirklichen Neuanfang unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen überwog. Die herrschenden kapitalistischen Eliten hatten sich durch ihr Wirken im Faschismus und als Kriegsverbrecher (z.B. IG Farben) diskreditiert. Auch im übrigen Europa schien die Restauration des Kapitalismus ernsthaft gefährdet. In Frankreich und Italien wurden die kommunistischen Parteien zu den stärksten Parteien. Bei Volksabstimmungen über die Sozialisierung u.a. in Hessen und Nordrhein-Westfalen stimmten Mehrheiten um 70% für die Vergesellschaftung. Daher war es vorrangiges Ziel sowohl der deutschen herrschenden Eliten als auch der Westmächte, den Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft möglichst rasch – unter kapitalistischen Vorzeichen – durchzuziehen und abzuschließen, um die Wünsche nach Veränderung des Gesellschaftssystems abzuwürgen. Dieses Programm nahm vorläufig die Spaltung zwischen den Westzonen und der sowjetischen Zone in Kauf, da eine eigenständige kapitalistische Entwicklung in den Westzonen ohne störende gesellschaftspolitische Einflüsse aus der sowjetischen Zone erwünscht war. Dies stand jedoch keineswegs im Widerspruch zum grundsätzlich auch angestrebten Ziel der Wiederherstellung des Deutschen Reiches. Vielmehr war es das Konzept, nach Abschluß der Restauration in den Westzonen sich die übrigen Gebiete (sowjetische Zone, an Polen gefallene Gebiete) zurückzuholen im Rahmen der militärischen ‚roll back'-Politik gegen das realsozialistische Lager insgesamt. Diese Konzeption (erst vollständige gesellschaftspolitische Restauration, dann Zurückdrängung des Realsozialismus in Osteuropa und ‚Wiedervereinigung Deutschlands') ging denn ja auch langfristig auf.

Die UdSSR hingegen war an einer Teilung zwischen den westlichen Zonen und der sowjetischen Zone nicht interessiert. Für die UdSSR wäre Westdeutschland als entfernter Partner oder als neutrales Land (und Handelspartner) sehr viel interessanter gewesen als die sowjetische Zone als enger Partner bzw. als Bestandteil des sowjetisch dominierten Paktsystems. Der westliche Teil Deutschlands war nämlich (u.a. mit dem Ruhrgebiet) wirtschaftlich sehr viel potenter als die spätere DDR; in Westdeutschland befanden sich 93% der Schwerindustrie, in der sowjetischen Zone nur 7%. Also zog die UdSSR ein neutrales Gesamtdeutschland der Einbindung der späteren DDR in das realsozialistische Lager vor. Im Übrigen war die UdSSR, im Gegensatz zur ‚roll back'-Politik der imperialistischen Mächte, bestimmt nicht an einer neuen (militärischen) Konfrontation in Europa interessiert. Die UdSSR hatte unter dem Zweiten Weltkrieg am meisten gelitten, sie war durch die Nationalsozialisten systematisch zerstört und ihre Bevölkerung systematisch dezimiert worden (die Deutschen ermordeten 7–11 Mio. Sowjetbürger/innen). Also wäre der UdSSR ein neutrales Gesamtdeutschland lieber gewesen als gegenläufige und konfrontative Entwicklungen in einem ‚geteilten' Deutschland.

Vor diesem Hintergrund spielte die UdSSR die ‚deutsche Karte' und versuchte, an den deutschen Nationalismus zu appellieren. Die UdSSR und die DDR (bzw. anfangs die sowjetische Zone) spielten sich als Bewahrer der ‚deutschen Einheit' auf und setzten auf die Karte des Deutschnationalismus. SED und KPD übernahmen diese Politik. Auf Initiative der SED hin startete Ende 1947 die ‚Volkskongreßbewegung' für die deutsche Einheit. Drei – gesamtdeutsche – ‚Volkskongresse' wurden abgehalten, die der Forderung nach der deutschen Einheit Gehör verschaffen und eine Verfassung für ein ‚wiedervereinigtes' Deutschland ausarbeiten sollten. Nach Gründung der BRD und der DDR im Jahr 1949 steigerte sich die Flut der Wiedervereinigungs-Angebote aus Moskau und Ber-

lin (DDR). Zu Jahresbeginn 1952 präsentierte die UdSSR den Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland (die sog. ‚Stalin-Note'). Darin schlug sie die Wiederherstellung der deutschen Einheit vor. Die Aufstellung eines deutschen Militärs sollte möglich werden, einzige Bedingung: Neutralität. Unter Verweis auf die alten Nazi-Generäle wurde seitens der UdSSR betont, daß allen früheren Nazis, auch den hohen Nazis (mit Ausnahme der wenigen schon verurteilten), die gleichen Rechte wie allen anderen Deutschen zustehen würden. Das wiedervereinigte Deutschland hätte die freie Wahl der Ökonomie, dürfe also auch ein kapitalistisches (und imperialistisches) sein, soweit es gegenüber der UdSSR neutral bleibe und nicht der NATO beitrete. Auch über die Oder-Neiße-Grenze (in der Konsequenz: über die Zwangsumsiedlung von Millionen Polen und Polinnen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten) werde man mit sich reden lassen. SED und KPD begrüßten den Entwurf der UdSSR. Die DDR-Volkskammer richtete insgesamt über 100 Angebote zur Wiedervereinigung an die BRD.

Die KPD und die „Spaltung Deutschlands"

Die KPD bekämpfte in ihrer Politik stets die Bildung eines westdeutschen Staates aus den drei westlichen Zonen und propagierte die „Einheit der Nation". Dabei stellte sie die „Spaltung Deutschlands" stets als Ergebnis imperialistischer Politik der Westmächte und des ‚Kalten Krieges' hin. Dies war und ist eine objektiv falsche Behauptung. Die Teilung Deutschlands ist das Ergebnis des (von Deutschland vom Zaun gebrochenen, vom deutschen Imperialismus und Faschismus gewollten und begonnenen) Zweiten Weltkriegs. Als Antwort auf die historisch einmaligen Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus sollte Deutschland zerstückelt werden; darüber waren sich während des Krieges alle Alliierten (Westmächte und UdSSR) einig. Die Spaltung der Anti-Hitler-Koalition und, in deren Folge, der ‚Kalte Krieg' verhinderten gerade die Durchführung dieser Zerstückelung und führten zu einem Wettlauf der beiden Seiten um die deutsche Einheit. Halten wir fest: die deutsche Teilung ist Produkt des Bestehens der Anti-Hitler-Koalition und gerade nicht der Spaltung der Anti-Hitler-Koalition. Somit hat die Teilung Deutschlands vom Ursprung her eine antifaschistische Funktion und ist die Konsequenz der deutschen NS-Verbechen. Die nationalistische Propaganda der KPD wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg (und nach Auschwitz) verdrehte diese Tatsache in ihr Gegenteil. Dies brachte eine enorme Verdrängungsleistung gegenüber den deutschen Verbechen mit sich. So wenige Jahre nach Auschwitz Deutschland als „unterdrücktes Volk" und die Täternation als Subjekt eines „nationalen Befreiungskampfs" zu begreifen, kann ich nur politisch kriminell nennen.

Für die KPD stellte sich der westliche Teil Deutschlands gar als „koloniales Ausbeutungsprojekt" der Westmächte dar (so die „Solinger Entschließung" der Delegiertenkonferenz der KPD in Solingen im März 1949). Die KPD sieht sich in der „Solinger Entschließung" als die „einzige wirklich nationale Partei". Im März 1949 spricht KPD-Chef Max Reimann von der Errichtung eines „Kolonialregimes über Westdeutschland".

Reimann wollte den Kampf um die sozialen Interessen (der Arbeiterklasse) dem „Kampf um die Einheit der Nation" untergeordnet wissen. In den ersten Bundestagswahlkampf 1949 zog die KPD mit hauptsächlich ‚nationaler' Agitation. Im Bundestagswahlprogramm von 1949 heißt es: „Wir sind das nationale Gewissen, wir sind die wirklichen Patrioten".

Auf der 13. Parteivorstands-Sitzung im September 1949 behauptete KPD-Chef Reimann, daß „auf den westdeutschen Staat die wesentlichen Merkmale einer Kolonie zutreffen". Ende 1949 erläuterte er: „Einem kolonial unterdrückten Volk ist das Recht auf Selbstbestimmung genommen. Ist das in Westdeutschland der Fall? Ja, das Besatzungsstatut nimmt der Bevölkerung des westdeutschen Staats das Recht auf seine nationale Selbstbestimmung."

1952 entdeckte der Parteivorstand der KPD dann gar „Sklaverei der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten" und erklärte die Adenauer-Regierung zum „Regime des hundertfachen nationalen Verrats".

Die KPD und die Oder-Neiße-Grenze

Nicht nur die „Wiedervereinigung" von BRD und DDR wird durch die KPD nach 1945 propagiert, sondern auch die „Wiedergewinnung der Ostgebiete" (so ihr Vorsitzender Max Reimann), also jener Gebiete, die 1945 an Polen fielen und sofort von Menschen aus dem durch die Nazis verwüsteten Polen (und aus dem an die UdSSR gefallenen Ostpolen) besiedelt wurden. Jegliche Wieder-Angliederung dieser Gebiete an Deutschland hätte die Zwangsumsiedlung von Millionen Polen und Polinnen bedeutet. In der KPD-nahen „Hamburger Volkszeitung" (HVZ) vom 11.9.1946 vertrat der damalige Vorsitzende der KPD in der britischen Zone, Max Reimann, folgende Position zur Oder-Neiße-Grenze: „Wir erklären offen, daß wir sie nicht als endgültig anerkennen können." Und zwar, weil „das deutsche Volk und wir [...] bei der vorläufigen Festlegung der Ostgrenze nicht gefragt worden [sind]." Am gleichen Ort propagierte Max Reimann die „Wiedergewinnung der Ostgebiete", wofür die Alliierten davon zu überzeugen seien, „daß das deutsche Volk einen dicken Strich unter seine Vergangenheit gezogen hat" (ebenda). („Schlußstrich" und „aus dem Schatten Hitlers heraustreten" schon 1946 ...!) In der „Hamburger Volkszeitung" vom 1.3.1947 erklärte Max Reimann abermals, daß die KPD die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennen könne. Auf einer Tagung des Parteivorstands der SED im Frühjahr 1947 kritisierte der westdeutsche KPD-Vorsitzende die Haltung der SED zur polnischen Westgrenze. Die KPD in der sowjetischen Zone, ab 1946 die SED, anerkannte nämlich bereits ab 1945 die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens. Welche Anmaßung stellt es dar, daß die westdeutsche KPD ihren östlichen Genossen über die Grenze zwischen

der sowjetischen Zone und Polen (die Westdeutschland nicht berührt) dreinreden will! – Erst im Jahr 1949, über vier Jahre nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands, erkennt die KPD in der BRD endlich die Grenze zwischen der DDR und der VR Polen an. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die KPD-Führung bleibt allerdings in der KPD umstritten, und es melden sich auch später noch revanchistische Stimmen zu Wort.

Kampf gegen die Wiederbewaffnung und für die deutsche Einheit

Die KPD bekämpfte von Anfang an (ab 1950/51) die Bestrebungen zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands, opponierte gegen den NATO-Beitritt (1955) und die Wiederbewaffnung (Gründung der Bundeswehr 1956). Dabei verknüpfte sie in ihrer Politik und Propaganda das ‚Nein' zur Bundeswehr und zur NATO-Aufrüstung – scheinbar untrennbar und zwingend – mit dem ‚Ja' zur deutschen Einheit. Der Adenauer-Politik der bewaffneten Westintegration in die NATO setzte die KPD die Propagierung eines neutralen wiedervereinigten Deutschlands entgegen, also „Wiedervereinigung statt [?] Wiederbewaffnung" (wobei das propagierte Gesamtdeutschland zwar außerhalb der NATO, allerdings keineswegs unbewaffnet wäre – siehe unten).

Den Kampf gegen die Wiederaufrüstung in der BRD führte die KPD mit einer ‚nationalen' Argumentation. Die Kriegsgefahr gehe nicht vom Inneren der BRD aus, sondern komme von außen; der US-amerikanische (sowie britische und französische) Imperialismus zwinge dem westdeutschen Staat die Wiederbewaffnung auf, gegen den Willen und gegen die Interessen der gesamten westdeutschen Gesellschaft einschließlich der herrschenden Klasse (mit Ausnahme von ein paar isolierten ‚Verrätern', die mit den westlichen ‚Besatzungsmächten' kollaborierten). Die Westmächte trieben nach Ansicht der KPD ‚ihren' westdeutschen ‚Vasallenstaat' unter Zwang in einen Dritten Weltkrieg hinein. Die gesamte deutsche herrschende Klasse (bis auf ein paar ‚Handlanger' der Westmächte wie den ‚Volksfeind' Adenauer, die außerhalb der deutschen Nation stünden) stünde im Widerspruch zu dieser großen Gefahr, die der BRD von außen aufgezwungen würde. Folglich könne und müsse man mit den Herrschenden und mit allen Klassen innerhalb des ‚deutschen Volkes' ein Bündnis eingehen, um die ‚nationalen Interessen' gegen die ‚Besatzungsmächte' und ihre ‚Kollaborateure' durchzusetzen und um die Gefahr eines Dritten Weltkriegs einzudämmen. Dies sei eine Frage des Überlebens des ganzen ‚deutschen Volkes', die den Klassenkampf überlagere.

In dem Massenflugblatt des Hauptausschusses für Volksbefragung (gegen die Wiederbewaffnung) „Aufruf an alle Deutschen" vom April 1951 hieß es: „Der Krieg bedroht alle Deutschen, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, ohne Unterschied des Standes und Berufes. Daher muß auch das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Glaubens, der Weltanschauung und der Partei in den Ausschüssen für Volksbefragung vertreten sein."

Dem Stalin-Vorschlag vom März 1952 folgend, spricht die KPD sich gleichzeitig für das ‚Recht des deutschen Volkes' aus, ein deutsches Militär aufzustellen. „Zum Schutze seiner Unabhängigkeit, seiner friedlichen Arbeit und der Sicherung seines Territoriums erhält das deutsche Volk das Recht, eigene nationale Streitkräfte aufzustellen, sowie das Recht, für diese Streitkräfte die notwendigen Waffen herzustellen" (aus: „Die Ziele des nationalen Befreiungskampfes in Westdeutschland", Punkt 7, in: „Programm für die nationale Wiedervereinigung Deutschlands"). Deutsches Militär – die Wiederbewaffnung Deutschlands wird so, unter dem Vorzeichen der Neutralität, befürwortet. Die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung für dieses angestrebte wiedervereinigte Deutschland wird durch die KPD übrigens offen gelassen, es könnte sich also durchaus um ein imperialistisches Deutschland (außerhalb der NATO) handeln.

„Nationale Frage", Friedenskampf und die Bündnispolitik der KPD

Umgekehrt proportional zu ihrer zunehmenden Isolierung und dem Schwinden ihres Einflusses (Bundestagswahlen: 1949 5,7 %, 1935 nur noch 2,2 %) phantasierte die KPD von immer breiteren „patriotischen" Bündnissen „aller gutmeinenden und ehrlichen Deutschen". Dafür charakteristisch zwei Zitate:

„42. [...] Immer breitere Schichten der westdeutschen Bourgeosie beginnen die Gefährlichkeit des Weges zu erkennen, auf den Westdeutschland von den amerikanisch-englischen Imperialisten und ihren deutschen Handlangern gestoßen wird. [...] Voraussetzungen für die Einbeziehung dieses Teils der Bourgeoisie in den gesamtnationalen Kampf sind vorhanden. [...] 43. Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß die Frage des Verhältnisses zu den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP auf neue Art gestellt werden. [...] Es ist durchaus möglich und notwendig, mit den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen sowie mit solchen ehemaligen Berufsoffizieren der deutschen Wehrmacht eine Einheitsfront und den gemeinsamen Kampf um den Frieden zu organisieren, die, getragen von patriotischen Gefühlen, heute [...] gegen die Hineinziehung Deutschlands in einen neuen Weltkrieg auftreten" (aus: „Die Volksbewegung gegen die Remilitarisierung, für die Einheit Deutschlands und die Verbesserung der Lage des werktätigen Volkes", in: „Entschließung des Münchner Parteitags vom 3.–5. März 1951").

„Die Arbeiterschaft [...] ist die mächtigste Kraft der deutschen Nation. Die Bauernschaft ist der engste Verbündete der Arbeiterschaft im nationalen Befreiungskampf. [...] Die Ziele des Kampfes für die nationale Wiedervereinigung entsprechen den ureigensten Lebensinteressen auch der anderen Schichten der Bevölkerung Westdeutschlands. Deshalb schließen sich dem Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft die Angestellten und Beamten, die Freischaffenden, die Handwerker und Kleinhändler, die kleineren und mittleren Unterneh-

mer sowie ein bedeutender Teil [!] der westdeutschen Industriellen [!] und Kaufleute an, das heißt, die Mehrheit der nicht am Krieg und an der Kriegsproduktion interessierten Menschen, deren Existenz durch die Maßnahmen der westlichen Besatzungsmächte und Adenauers und durch die Politik der Kriegsvorbereitung bedroht ist. Diesem Bündnis schließt sich die gesamte patriotisch eingestellte Intelligenz an: die Wissenschaftler, die Kultur- und Kunstschaffenden, alle Menschen der geistigen Arbeit. Sie wissen, daß die Entwicklung der deutschen Kultur und das freie, schöpferische Schaffen der Wissenschaft und Kulturschaffenden zum Wohle des Volkes nur in einem einigen und unabhängigen Deutschland möglich sind. Diesem Bündnis schließen sich alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland an, unabhängig von ihrer sozialen Lage und ihrer Weltanschauung [!], denn sie alle wollen Deutschland einig, frei, unabhängig und in wirtschaftlicher und kultureller Blüte sehen. Daher ist es erforderlich, die Verständigung aller Patrioten, aller Deutschen guten Willens in West- und Ostdeutschland herzustellen [...]. Dem Bündnis des Verräters Adenauer mit den amerikanischen Unterdrückern wird das Bündnis aller ehrlichen Deutschen im Westen und Osten unseres Vaterlandes entgegengestellt" (aus: „Der Kampf für die Wiedervereinigung Deutschlands und der unausbleibliche Sieg des Volkes", in: „Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" vom 2. 11. 1952).

Die KPD und die deutsche ‚Kulturnation'

Ihre nationalistische Agitation ergänzte die KPD schließlich noch durch eine wüste chauvinistische Hetze auf der Ebene deutscher ‚Kulturüberlegenheit'. Hierzu zwei Kostproben:

„Wir wollen, daß unser großes Kulturerbe dem deutschen Volke erhalten bleibt, und verlangen den Schutz unseres Kulturerbes gegen alle amerikanischen Zerstörungseinflüsse" (aus: Entschließung des „Münchner Parteitags", März 1951).

„Zugleich führt der amerikanische Imperialismus einen systematischen Kampf gegen die deutsche Nationalkultur. Er möchte sie vernichten, damit die Deutschen vergessen, daß sie Deutsche sind, und daß sie eine große Vergangenheit als selbständige und begabte Nation besitzen. Er möchte das deutsche Volk dazu erziehen, auf einen einheitlichen, deutschen Nationalstaat und auf die deutsche Nationalkultur zu verzichten und die ‚amerikanische Lebensweise' mit ihrer oberflächlichen und primitiven ‚Kultur' anzunehmen" („Negermusik", dürften die meisten Deutschen wohl dazu gedacht haben ... – aus: „Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" vom November 1952).

Gruppe Internationalisten (Nürnberg)

Über Antiimperialismus, Befreiungsinternationalismus und „nationale Identität"

„Alle Völker verfügen über das Selbstbestimmungsrecht. Kraft dieses Rechtes bestimmen sie in freier Weise ihren politischen Status und stellen in freier Weise ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung sicher."
(UN-Charta)

Es gibt kaum jemanden, der diese Übereinkunft der UN nicht als ‚realistische' Geschäftsgrundlage begrüßen würde, und kaum einen, der sich nicht mehr oder weniger radikal hinter diese Formel des ersten ‚Menschenrechts' stellen könnte. Und dies, obwohl doch klar sein müßte, daß erstens die Vereinten Nationen sich nicht daran halten – daß es also schwerwiegendere Interessen und bessere Gründe gegen die ‚naiven' Nationalismen gibt, als es sich die formale UN-Weisheit von der ‚nationalen Unabhängigkeit' träumen läßt; und daß zweitens die *Form* der UN – *United Nations* – schon kundtut, worum es geht: um die Absprache *zwischen* Nationen (welchen?), die sich zusammentun (wie?), um (ja, um was?) zu verwalten.

Denn was bedeutet die Chiffre UN praktisch? Welche Herrschaftszwecke verfolgen die nationalen Direktoren der großen Menschen-Material-Unternehmen? Was ist unter diesem *ersten* Recht zu verstehen, aus dem für die Staaten und Nationen alle staatlichen Rechte hervorgehen? Warum diese Reihenfolge, diese *Vorrang*stellung? Welche Bedeutung hat dieses *Privileg* solcher Größen wie ‚das Volk', ‚der Staat', ‚das Territorium' etc.? Wenn möglich ist, daß ‚das Volk' und ‚der Staat' keine Kontrahenten sind, sondern in gewissen Fällen beide einander besetzt halten (populistischer Staat, Staat in allen Köpfen), hat das Beharren auf dem *Recht* des ‚sein' *Territorium* beherrschenden *Volkes* oder *Staates* vielleicht die *praktische* Bedeutung, die manche Linguisten dem Wort *Territorium* zugestehen: das Recht, dort Terror *souverän* auszuüben?

Wer bei solchen Fragen überrascht und verärgert ist, wird es auch bei unseren Argumenten sein. Die Kritik am ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker' verletzt einige Hochgefühle der Linken. Dabei vergessen wir nicht, daß diejenigen, die dauernd nach ‚Argumenten' verlangen, ihnen deshalb noch lange nicht zugänglicher sind. Zu denunzieren ist jede Art von ‚Identität' (persönlicher, kultureller, nationaler etc.), dieses *psycho*pathogene Prädikat *geistig* Bescheidener, und die Wahrheit jenes *Rechts* auf ‚Identität' – oder ‚Selbstbestimmung des Volkes' – ist, daß es keine ‚bürgerliche', keine ‚soziale' oder ‚politische Freiheit' gibt, die nicht vor dem Glanz und dem Gewaltanspruch der ‚Freiheit und Autonomie des Volksganzen' oder dem ‚Interesse der Nation' verschwinden

müßte. Hinter der Deklaration des ‚Selbstbestimmungsrechts der Völker' verbirgt sich die durchaus realitätsgerechte Lüge über die ‚Autonomie' selbst. Autonomie – oder wie es die Diplomaten und Fortschrittsspezialisten nennen: Unabhängigkeit – setzt immer eine Verstärkung der jeweiligen Staatsgewalt voraus. Die *Souveränität* eines durch Staatlichkeit zusammengehaltenen nationalen oder völkischen Gebildes ist nicht nur die conditio sine qua non für die ‚Sicherheit' und ‚Zufriedenheit' der „kleinen, einfachen Leute" (Vollmer, Grünen-MdB), sondern bedeutet auch ein erschreckendes Axiom: Die Freiheit des sozialen Körpers mit allem, was er an Ausbeutung, Rassismus, Xenophobie, Nationalismus, politischem Infantilismus, militärischer Kampfbereitschaft und polizeilicher Überwachung enthält, soll logisch und chronologisch der Freiheit *innerhalb* des sozialen corpus vorausgehen. Womit man folgern kann: Hunger, Elend, Ausbeutung und all die täglichen Niederträchtigkeiten sind unwesentlich, wenn sich die *Opfer* zu einem ‚*Volk*' zusammenschliessen, das ‚heldenhaft für seine Selbstbestimmung eintritt'. Ohne Anstrengung wird man darin die Phrasen der Herren im Pentagon, in Bonn oder in Moskau wiedererkennen, aber ebenso mühelos den Diskurs der neuen ‚Befreier', die dann als Pol Pots, Idi Amins oder Assads und Ghaddafis zwischen den Kadaverhaufen ihrer ‚Neuen Staaten' herrschen.

Das Ticket ‚nationale Unabhängigkeit' ist so auch das Alibi vieler ‚rechter' und ‚linker' post-kolonialer Diktatoren, denen die Schwierigkeit, sich von einer zu langen Unterdrückung zu befreien, klar ist und die – wenn es darum geht, den sehr konkreten Arbeitern, Bauern und Intellektuellen sehr konkrete Privilegien zuzuteilen – immer auf das ‚Privileg der Nation' hinweisen und die Gedeckelten auf ein Morgen vertrösten, auf einen ‚Sozialismus' im Jahre 4000, auf ein Morgen, das nie kommt. Ein ähnlich eschatologischer Gedankenirrgang liegt in dem seltsamen Maßstab, mit dem unsere ‚linken' Freunde die Verletzungen sehr materieller Menschenkörper in concreto relativieren, wenn es, wie sie sagen, um die ideelle ‚Unabhängigkeit einer ganzen Nation' geht.

Der mörderische Sophismus dieser Canaille läuft also darauf hinaus, daß die Leute sich dem *Willen* der Nation (also dem *Willen* und den Interessen sehr wirklicher Exekutoren des ‚nationalen Willens') unterwerfen müssen, weil sie entweder ‚noch nicht fähig' zur Freiheit sind, weil ‚die Freiheit' ein böser Traum sein könnte, der einen an ‚die Fremdherrschaft' kettet, oder weil die ‚individuelle Freiheit' nicht gemäß der jeweiligen ‚Identität des Volkes' ist.

Wissen diese ‚Linken' eigentlich, daß dieses ‚Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen' neben anderen auch einen ganz *gewissen* Stammbaum hat? Daß sich z.B. die Außenpolitik der National-Sozialisten – die meist banal auf die ‚Suche nach Lebensraum' zurückgeführt wird – wenigstens sieben Jahre auf dieses ‚Recht' berufen hat? Hitlers Leibphilosophen für dieses Thema, Haushofer, Zischka und Backe, haben dieses Prinzip proklamiert,[1] der eine als ethnopluralistischer Volkstümler, der zweite als Theoretiker rassen- oder volksspezifischer Entwicklung, der dritte als germanisierender ‚Großraum'-Experte. Mit einem hohen Aufwand an Subtilität wurden solche Ideen zu einer Strategie verschmolzen und trugen dazu bei, die NS-Weltanschauung aus dem deutsch-nationalen Dünkel zu einem gewissen universellen Weltblick zu führen. Es gibt heute noch in diesem absurden Mosaik, das die in Staaten und Nationen aufgeteilte Welt nun einmal ist, keine Unordnung, die sich *nicht auch* unter einer Variante des ‚geopolitischen' oder ‚ethnisch-nationalen' Zauberstabs der Nazi-Denker ordnen ließe.

Alles ist wieder im Lot, wenn man unter sich ist, d.h. unter ‚Staaten', ‚Völkern', ‚Ethnien', ‚Welten' (1. und 3. z.B.) – und wenn man diese konkreten Störenfriede, die Arbeiter, die Intellektuellen, die ‚Nicht-Ein*heim*ischen' und all ihre Interessen von der Bildfläche verschwinden läßt zugunsten einer beschworenen Volksgemeinschaft oder einer nationalen Einheit oder was auch immer.

Was, denkt ein Linker, könnte ein Nixon dem Gelaber eines Mao antworten, der sein „die *Staaten* wollen die Unabhängigkeit, die *Nationen* die Freiheit, die *Völker* die Revolution" anstimmt – da diese Phrase so gut seinen Ambitionen wie denen Nixons oder Maos entspricht.

Und auch ein Chamberlain und ein sehr pazifistischer Daladier sind damit hereingefallen, als sie aus irgendwelchen Gründen ein ‚selbstbestimmtes Volk' mit einem ‚friedlichen Volk' verwechselten und im Jahre 1938 in München vor einem selbstsicheren Hitler kapitulieren mußten, der doch nur das ‚Selbstbestimmungsrecht für das sudetendeutsche Volk' forderte und genau deshalb auf Krieg setzte.

Die ‚Kontrahenten' in diesen leichenträchtigen Spielen hätten sich nur lächerlich gemacht, wenn sie Verblüffung vorgetäuscht hätten, da sie sich doch als tatsächliche *Führer* ihres ‚Volkes' gegenüberstanden und anerkannten.

Die ‚Pazifisten' in England und Frankreich wußten damals sehr gut, daß die aufkommende Barbarei, mit der sie paktierten, nur der ‚Volkswille' der *souveränen* Deutschen war. Sie wußten auch, daß deren ‚Führer' weniger die diplomatischen Interessen eines von ‚ungerechten Verträgen' gelähmten Landes am Herzen lagen als vielmehr der leidenschaftliche ‚Volkswunsch', geformt aus Plebisziten und Straßenversammlungen, aus Heimat, Scholle und Blut, aus dem Drang nach *deutscher Selbstbestimmung*, aus der Sehnsucht nach ‚Freiheit' von der ‚fremden Herrschaft', aus der animistischen Erinnerung an mystische Offenbarungen und archaische Phantasmen – alles Dinge, die als Versatzstücke jeder ‚Identität' gelten können, und auch Dinge, deren Glorie so viele Romantiker damals und heute besingen, ohne daß ihnen die Theoretiker der *Begriffe* ‚Volk' und ‚Identität' etwas entgegenhalten könnten.

[Die Gruppe hat sich mittlerweile aufgelöst.]

[1] Anton Zischka, *Sieg durch Arbeit*; Paul Backe, *Wirtschaftsgroßraum oder kapitalistische Weltökonomie*; über Karl Haushofer bei: Sigmund Neumann, *Permanent Revolution* und K. D. Bracher, *Die NS-Machtergreifung, Bd. I.*

Georg Fülberth

Kapitalismus und Nation

Der Staat ist so alt wie die Klassengesellschaft, nämlich ca. 10.000 Jahre; die Nation so jung wie der Kapitalismus, also – je nachdem, wie man dessen Beginn datiert – zweihundert bis vierhundert Jahre.

An dieser Einsicht braucht uns die Tatsache nicht irre zu machen, daß auch das klassische Latein schon den Begriff ‚natio' kennt. Das kommt von ‚nasci' = ‚geboren werden' und wird in meinem lateinisch-deutschen Schulwörterbuch („Der kleine Stowasser", München 1956) übersetzt mit: „Geburt; Geburtsgöttin; Volksstamm, Art, Gattung, Klasse, Sippschaft". Hier findet sich also noch nichts vom modernen Nation-Begriff, der dann entsteht, wenn ein großer Menschenhaufen, welcher innerhalb eines Staatsgebiets lebt, der gleichen Staatsgewalt unterworfen ist und sich ‚Staatsvolk' nennt, über diese eher juristischen Übereinstimmungen hinaus überdies soziokulturelle Gemeinsamkeiten an sich zu entdecken meint, welche auch dann zur Legitimierung politischer und ökonomischer Interessenvertretung herangezogen werden, wenn der eigene, ‚nationale' Staat vorerst noch nicht besteht, sondern erst angestrebt wird (z.B. in Deutschland vor 1871).

Die vorkapitalistischen Staaten definierten sich allesamt nicht national, genauer: diese Anwandlung beobachten wir im Feudalismus erst in seiner allerletzten Phase, als er schon den Kapitalismus im Leib hatte. Teilweise waren sie Universal-Reiche – Imperien –, welche mit irgendwelchen ‚nationalen', im Verhältnis zu ihnen partikularen politischen Gewalten nicht vereinbar waren. Im Feudalismus dagegen überwog die dezentrale Organisation des Repressions- und öffentlichen Ausbeutungs-Garantierungsapparates. Sie wurde in dem Maße überwunden, wie sich mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft Marktverdichtungen herausbildeten, die, zunächst unter Beibehaltung der feudalen Gesellschaftsordnung, neue Formen der politischen Organisation erforderlich machten: staatlichen Schutz von Handel und Gewerbe zum Zweck größerer Steuererträge, mit denen der nach innen und außen gerichtete Gewaltapparat zu finanzieren war, fürstliche Privilegien für die Manufakturen (soweit diese nicht unmittelbar vom Staat betrieben wurden), Schutzzölle, Merkantilsystem. Es handelte sich dabei um Maßnahmen, mit denen die Klasse des grundbesitzenden Adels ihre Herrschaft stabilisierte, aber dies ging nur noch dadurch, daß sie die unmittelbaren politischen Funktionen an eine starke Exekutive abtrat: die ‚Krone', welche den absolutistischen Staatsapparat repräsentierte. Diese arbeitete nicht nur mit Repression gegenüber dem entstehenden Bürgertum, sondern auch mit Integration, so daß der spätfeudale Absolutismus auch Züge eines durch Zwang herbeigeführten Klassenkompromisses annahm. Die Unterdrückung mußte zeitweise gegen Teile des grundbesitzenden Adels eingesetzt werden, der seine politische Entmachtung nicht widerspruchslos hinnahm. Der Staat, welcher so entstand, war – anders als im Mittelalter – ein Flächenstaat mit festgelegten Grenzen. Er war an einem ökonomischen Florieren des Bürgertums interessiert, denn nur dadurch kamen die Steuern herein, mit denen die kostspielige Exekutive finanziert werden mußte. In dem Augenblick, in dem die Bourgeoisie selbst nach der politischen Macht griff, definierte sie sich als ‚Nation': in den Niederlanden im sechzehnten Jahrhundert, in Großbritannien im siebzehnten, in Frankreich im achtzehnten und in Deutschland im neunzehnten. Mit diesem Terminus wurde zunächst das gesamte nichtadelige und nichtgeistliche Volk (der ‚dritte Stand') bezeichnet, mochte die Auflehnung in Wirklichkeit auch nur im Interesse einer kleinen Oberschicht desselben erfolgen. Zugleich aber gab es von Anfang an die Abgrenzung nach außen, gegen andere ‚Nationen'. Der Aufstand der Niederlande richtete sich gegen die spanische Fremdherrschaft. Die britische Bourgeoisie bezog einen erheblichen Teil ihres Reichtums aus der Ausbeutung von Kolonien (wie Holland auch). Das revolutionäre Frankreich mußte sich von Anfang an gegen ausländische Intervention wehren und trug die Revolution in einer Gegenoffensive in andere Staaten. Die deutsche ‚Nation' definierte sich im neunzehnten Jahrhundert je länger desto weniger durch ihren Gegensatz gegen die Fürsten, sondern durch ihre Ablehnung der Fremdherrschaft Napoleons I. und der Ansprüche seines Neffen Napoleons III.

Der Kampf des sich als ‚Nation' verstehenden Bürgertums galt in Frankreich und Großbritannien der Macht in einem Staat, dessen Exekutive und territoriale Erstreckung durch die herrschenden Klassen des Feudalismus bereits geschaffen worden waren. In den Niederlanden und in den USA konstituierte er sich erst im Akt der territorialen Ablösung von einem übergreifenden staatlichen Zusammenhang. Deutschland dagegen wurde zum besonderen Fall für eine durch die herrschende Klasse des Feudalismus vollzogene Staatsgründung, in welche die Bourgeoisie erst nachträglich gleichsam hineinwuchs: der Hohenzollern-Staat seit dem 17. Jahrhundert war eine Schöpfung der Junker und ihres obersten Repräsentanten, des Königs. Dem Bürgertum gelang es nicht, die sogenannte deutsche ‚Kultur-Nation' in einem einheitlichen Staat zusammenzufassen, wohl aber – hier allerdings mit Ausschließung Österreichs – Bismarck. Der moderne, mit einer starken Exekutive ausgestattete Flächenstaat ist somit in mehreren Ländern ein Produkt des späten Feudalismus (in Deutschland allerdings erst in dessen Übergang zum modernen Industriekapitalismus). Besonders deutlich wird dies an jenen beiden ersten Flächenstaaten Europas, die zugleich Kolonialpolitik betrieben und damit eine Konstitutionsbedingung des Kapitalismus in seiner Entstehungsphase, die Expansion nach außen, aufwiesen,

nämlich Portugal und Spanien. Sie wandten sich überseeischen Eroberungen zu, nachdem die Mauren vertrieben worden waren und die Krone sich die Herrschaft über ein geschlossenes Territorium gesichert hatte.

Zur ‚Nation-Werdung' gehörte von Anfang an auch die Homogenisierung nach innen. Diese erfolgte zunächst mit religiöser Begründung. Der Grundsatz „cuius regio eius religio" sollte Glaubenseinheit unter einem Fürsten sichern. Parallel, teilweise aber auch zeitlich vorangehend, erfolgte eine verschärfte Ausgrenzung der Juden, die aus religiösen Gründen ohnehin während des gesamten Mittelalters stigmatisiert worden waren. In Deutschland waren sie scharfen Verfolgungen während des sogenannten ‚chaotischen 14. Jahrhunderts' ausgesetzt. Dies war eine Zeit, in der die vorangegangene Aufhebung der ‚ersten Leibeigenschaft' und die dieser folgende Emanzipation der Städte die Stellung des Adels bereits nachhaltig geschwächt hatte und auch aus anderen, heute noch kontrovers diskutierten Gründen (Einschränkung der Ernährungsgrundlage, Pest) das feudale Gesellschaftssystem krisenhaften Erschütterungen ausgesetzt war. In Spanien und Portugal wurden die Juden während des Aufstiegs dieser Staaten zur ‚Weltmacht' verfolgt. Eine solche Homogenisierung war offensichtlich eine Möglichkeit genauerer – in der Regel kirchlich vermittelter – politischer Kontrolle der Untertanen durch die Exekutive. Allerdings war das Resultat auf lange Sicht ambivalent, denn das auf solche Weise zusammengefaßte ‚Volk' konnte sich so später leicht als einheitliches Subjekt in der Auseinandersetzung mit der Krone begreifen. Wo sie nicht erfolgte – wie in Polen, wo die Juden nicht in gleicher Weise ausgegrenzt waren – waren Staat und kapitalistisches Modernisierungspotential schwach. Diese Ergebnisse erscheinen paradox angesichts der Tatsache, daß die Stellung mancher Juden als Geldhandelskapitalisten (die sowohl aus der Stigmatisierung des Zinsnehmens für die Christen als auch aus der Eliminierung der jüdischen Bevölkerung aus vielen Gewerben resultierte) sie eher als ein die kapitalistische Gesellschaftsordnung vorantreibendes Element hätte ausweisen können. Doch gerade dies war eine der Ursachen für ihre Verfolgung: die absolutistische Staatsgewalt war eben nicht bürgerlich, sondern feudal. Ihr Ziel bildete nicht die Förderung des Kapitalismus, sondern die Stabilisierung der alten Ordnung, wenngleich zum Teil unter integrierender Einbeziehung neuer Elemente. Der Haß des ‚gemeinen Mannes' richtete sich immer wieder, bis in den populistischen Antisemitismus der Neuzeit hinein, gegen die Juden als Kapitalisten und fand nach 1900 auch noch historisch-sozialwissenschaftliche Unterstützung, z.B. durch Werner Sombart. Dabei hatte bereits 1905 Max Weber darauf aufmerksam gemacht, daß, falls es einen ‚Geist des Kapitalismus' gibt (wie er zu beweisen suchte), dieser eben gerade nicht jüdisch ist, stattdessen durch den Calvinismus gefördert wurde. Allerdings war die Ausschaltung der Juden – objektiv – nicht nur anti-, sondern zugleich pro-kapitalistisch. Die späte faschistische Rede über den Gegensatz von ‚schaffendem' und ‚raffendem' Kapital gibt dies noch wieder. Nicht nur die feudalen Zunfthandwerker und die Bauern, sondern auch der Verlagskaufmann (welcher Halbzeug oder Rohstoffe an die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen lieferte, das Endprodukt bei ihnen abholte und es dann verkaufte) sowie die Manufakturen hatten ein Interesse daran, ihre Einkünfte frei von Zinsbelastungen zu halten. Deshalb sahen sie „die Juden" – für sie die Verkörperung des zinsnehmenden Kapitals – als „unser Unglück".

Der frühe Antisemitismus gab sich religiös, nicht rassistisch. Dies war erst eine Errungenschaft des ‚wissenschaftlichen' 19. und 20. Jahrhunderts.

Bereits in der Konstituierungsphase des Kapitalismus aber haben wir einen dreifachen Fetisch vor uns: die Ware, die Religion und die Nation. Sie begleiten die Ideologiegeschichte dieser Gesellschaftsformation bis heute, werden aber ständig komplettiert: vor allem in Deutschland durch den Rassismus, in den angelsächsischen Ländern durch die „Civil Society" (John Locke), die nunmehr, seit den siebziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts, teilweise vermittelt über einen gründlich mißverstandenen Antonio Gramsci („Società Civile"), zur Staatsideologie der Bundesrepublik wird.

Die radikale Linke hierzulande ist klein, schwach und vielleicht auch gar nicht so arg schlau. Sie sollte sich auf dem Feld der Ideologiekritik nur die jeweils wichtigste Aufgabe vornehmen, mehr schafft sie eh nicht (und selbst dieses Nötigste ohnehin nur zur Hälfte). Unter den Fetischbildungen des nationalen Selbstverständnisses ist die ‚Zivilgesellschaft' zur Zeit die mächtigste und am meisten vernebelnde. Ihrer theoretischen Destruktion sollte in absehbarer Zeit unsere intellektuelle Energie gelten. Die Auseinandersetzung mit einem angeblich neu drohenden Faschismus und mit der scheinbaren Reprise des *alten* Deutschland ist angesichts der Tatsache, daß das *neue* Deutschland seine Gefährlichkeit ganz woanders hat, dagegen eher etwas für Opas beiderlei Geschlechts und Nostalgiker.

Yves Dorestal

Thesen zur nationalen Frage

In Umbruchperioden verändern sich rasch und radikal nationale und internationale Strukturen – daher die Notwendigkeit, politische Identität neu zu bestimmen (zum Beispiel 1914 oder heute). Das Verhältnis des Internationalismus zu nationaler oder sozialer Befreiung wird heutzutage neu problematisiert.

1. Um diese Frage produktiv zu thematisieren, muß man zwei methodologische Hinweise Lenins beachten: Der Geist des Marxismus kennzeichnet sich dadurch, daß er eine konkrete Analyse einer konkreten Situation bevorzugt, und (in einem Brief an Inès Armand): „Der ganze Geist des Marxismus, sein ganzes System verlangt, daß jede These nur a) historisch, b) nur in Verbindung mit anderen, c) nur in Verbindung mit den konkreten Erfahrungen der Geschichte betrachtet wird".[1]

2. Es ist zuerst notwendig, sich über die wesentlichen Begriffsbestimmungen zu verständigen. Ich verstehe den Internationalismusbegriff wie Lenin, der schrieb, der Internationalismus verlange „erstens, daß die Interessen des proletarischen Kampfes in jedem einzelnen Lande den Interessen des proletarischen Kampfes im Weltmaßstab untergeordnet werden; zweitens, daß die Nation, die den Sieg über die Bourgeoisie erringt, fähig und bereit ist, die größten nationalen Opfer für den Sturz des internationalen Kapitals zu bringen".[2] Nach Lenin ist der Internationalismus auch „das Bündnis von Revolutionären verschiedener Nationen", „die Brüderlichkeit zwischen den Völkern". Daher die Erweiterung der Losung des Kommunistischen Manifests: „Proletarier und unterdrückte Völker, vereinigt euch!"

3. Unter nationaler Befreiung verstehe ich den Prozeß der Bildung des Nationalstaats im Bruch mit dem Kolonialismus bzw. dem Neokolonialismus oder die Erlangung der nationalen Souveränität im Bruch mit der Abhängigkeit vom Imperialismus (Beispiele: Haiti 1804, Kuba 1959, Grenada, Nicaragua 1979).

4. So verstanden steht die soziale Befreiung nicht grundsätzlich im Gegensatz zur nationalen Befreiung. Während die nationale Befreiung mit dem politischen Überbau zu tun hat, umfaßt die soziale Befreiung die ökonomische und soziale Struktur, bedeutet die Macht der vorher am stärksten unterdrückten Klassen (Bauern, Arbeiter, Mittelschichten) und die radikale Beseitigung der ökonomischen Abhängigkeit (Kuba 1959, Nicaragua 1979).

5. Das Verhältnis zwischen Internationalismus, nationaler und sozialer Befreiung kann nicht abstrakt thematisiert werden. Es ist abhängig von
a) dem Platz, der dem Land in der Struktur der internationalen Beziehungen in der Epoche des Imperialismus zukommt: Kolonie, Halbkolonie, abhängiges Land oder imperialistisches Land?
b) der historischen Etappe, in der sich der Nationalstaat bildet – zum Beispiel entstand er in Frankreich im 18. Jahrhundert, während er sich in Deutschland erst 1871 bildete.
c) der Klasse, die den Prozeß der Bildung des Nationalstaates anleitet (Frankreich: die Bourgeoisie im Kampf [1789]; Deutschland: „Revolution von oben" [1871] im Kontext einer Epoche der gescheiterten Revolution [von 1848]).
d) den historischen Umständen – so leitet zum Beispiel in Deutschland die Bildung des Nationalstaats unmittelbar die koloniale Expansion ein. Daher kann man Nationalismus und Rassismus nicht nur als ideologische Rechtfertigung der Kolonisierung nichteuropäischer Völker, sondern auch als die der Aggression gegen bürgerliche Konkurrenten erklären.

6. Der Nationalismus als ideologische Abweichung muß differenziert werden. Es gibt den Nationalismus der Unterdrücker und den Nationalismus der Unterdrückten. Jeder dieser Nationalismen hat einen spezifischen politischen Inhalt und bedarf einer spezifischen Behandlungsmethode. Der Nationalismus der unterdrückten Völker ist eine Reaktion auf lange Jahre nationaler Unterdrückung durch Kolonialismus und Imperialismus und kann nur mit einer konsequenten antinationalistischen Haltung seitens der Mitglieder der imperialistischen Nationen und mit viel Fingerspitzengefühl langfristig überwunden werden.

7. Die nationale Frage muß deswegen immer historisch gestellt werden. Die sozialistische Linke ist die konsequenteste internationalistische Kraft gewesen. Sie muß die nationale Frage sorgfältig beachten, denn jede internationalistische Haltung bleibt abstrakt ohne konkrete Beziehung zur nationalen Frage (siehe Lob von Gramsci an Lenin und Kritik an Trotzki). Die sozialistische Linke muß in dem ideologischen, ökonomischen und politischen Kampf konsequent für internationalistische, antirassistische, multikulturelle, weltkulturelle Positionen eintreten.

[1] Lenin: Werke, Bd. 35, S. 227.
[2] *Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage*, LW 31, S. 136 f.

Der Zionismus und seine Kritiker

I.
Ein sich als links verstehender Antizionismus ist eigentlich schon vom Begriff her unsinnig. Wäre die Linke, wie es ihr grundsätzlich zustünde, vom Wesem her antinational eingestellt, hätte sie ihre selbstverständlichen Schwierigkeiten mit der nationalen Ideologie des Zionismus. Das wäre dann nichts Besonderes.

II.
Interessanterweise gebärden sich gerade jene Linken am heftigsten als Antizionisten, die nationalen Vorstellungen recht aufgeschlossen gegenüberstehen, die Nation als notwendige Stufe historischer Entwicklung oder gar als Element von Emanzipation begreifen. Ihr besonderer, und hier bedingungsloser, Antinationalismus richtet sich gegen das staatliche Projekt der Juden, gegen Israel und den Zionismus.

III.
Die historischen Entstehungsbedingungen des Zionismus und also auch die seines gewalttätigen Verursachers, des Antisemitismus sind für die Antizionisten kein Thema, oder werden als Ausreden abgetan, die zionistisches Unrecht rechtfertigen sollen. Auschwitz ist für sie nicht mehr als ein besonders grausames Massaker und wird durch die Gewalttaten israelischer Siedler und ihrer Armee mindestens aufgewogen.

IV.
Der Zionismus ist aber die ideologische Antwort auf die historische Kontinuität des Antisemitismus und seiner Metamorphosen. Er entstand zu einem Zeitpunkt, Ende des 19. Jahrhunderts, als sich aus dem religiös begründeten Antijudaismus feudaler Gesellschaften der völkisch definierte Antisemitismus entwickelt hatte. Die Phase bürgerlicher Emanzipation, die zwischen diesen Punkten liegt, brachte auch für Juden gleiche Rechte und die Hoffnung einer Integration in die neuentstandene bürgerliche Gesellschaft. Doch in dem Maße, wie die kapitalistische Realität die Ideale von Freiheit und Gleichheit so zurechtrückte, wie sie gemeint waren, entstand das Bedürfnis, die Homogenität der Nation, die Einheitlichkeit des Staatsvolkes also, "objektiver" zu bestimmen, als durch politische Bekenntnisse. Die Idee vom "eigenen Volk" als naturmäßiger Schicksalsgemeinschaft entstand, und mit dem "Eigenen" auch das "Fremde". Fremd waren die Juden dem Christen als "Verblendete" und Nachkommen von "Gottesmördern". Fremd waren sie nun dem Patrioten als Kosmopoliten und "Wurzellose". Fremd wurden sie dem produktiven Staatsbürger (heute Steuerzahler) als parasitäre und raffgierige "Geldjuden", fremd auch dem politisch engagierten Rechtgläubigen als zumindest potentieller Zersetzer.

Angesichts dieser völkischen Ächtung und vor der Kulisse neu entflammter barbarischer Pogrome in den noch weitgehend feudalen Gesellschaften Osteuropas ist die Idee jüdischer Intellektueller, die Judenfeindschaft der sie umgebenden Welt, als materielle Manifestation eines natürlich vorhandenen Nationalgefühls, als Abneigung "Volk gegen Volk" zu interpretieren, unzutreffend, aber nicht sehr abwegig.

V.
Die frühen Kritiker des Zionismus waren der Ansicht, daß die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Rationalität die Assimilation der Juden in die modernen Gesellschaften bewirken werde. Manche wollten diese Entwicklung mit politischen Kämpfen unterstützen. Andere wiesen darauf hin, daß in Kürze die proletarische Revolution dem Antisemitismus ein endgültiges Ende setzen werde.
Spätestens der deutsche Nationalsozialismus hat sie dann widerlegt.

VI.
Der Nationalsozialismus betrieb mit seinem Rassenwahn die äußerste Zuspitzung der Homogenität der Nation. In seiner Unterscheidung zwischen deutschem "schaffenden Kapital" und jüdischem "raffenden Kapital" griff er auf traditionelle und bei allen Klassen der Gesellschaft gleich populäre Kritik am scheinbar "unproduktiven" Kapital der Zirkulationssphäre zurück. Dies ist eine Kritik, die Arbeiter- und Kapitalistenklasse bis auf den heutigen Tag eint und Grundlage des modernen staatsbürgerlichen Bewußtseins mit seiner Abneigung gegen "parasitären", unverdienten Reichtum ist.
Der rassistische Antisemitismus der Nazis diente der Integration der Arbeiterklasse in den nationalen Staat, indem er nachweisen wollte, daß die Entzweiung der Nation in feindliche Klassen nur von der Erscheinung her auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zurückzuführen sei, daß aber der entscheidende Widerspruch der von produktiver Tätigkeit überhaupt einerseits und nichtproduktiver Aneignung durch Geld andererseits sei.

VII.
Die Konsequenz der nationalsozialistischen Homogenisierung der Nation in Form der "Rasse" war die Vernichtung der jüdischen "Gegenrasse". Die Abschaffung der Klassengegensätze wurde hier exemplarisch als Vernichtung der Klassen betrieben. Durch Auschwitz wurde das Verhältnis der Deutschen zu Juden grundsätzlich eines von Täter/Opfer, unbeschadet aller besonderen Unterschiede. Da kaum jemals, vielleicht noch 1989 beim Fall der Berliner Mauer, die soziale und politische "Einheit" in Deutschland größer war, als während der Höhepunkte des Nazi-Antisemitismus, kann der Hinweis auf den auch existent gewesenen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital diese Beurteilung nicht einschränken, sondern nur auf grausige Weise bestätigen.
Auschwitz war auch die Apotheose bürgerlichen Rechtsbewußtseins: hier wurde die absolute Gleichheit Aller vor der "Endlösung" praktiziert, von jedem individuellen und sozialen →

Unterschied, von jedem Partikularinteresse wurde konsequent abgesehen.

VIII.
Die Erfahrung von Auschwitz hat die bürgerliche Welt grundlegend verändert. Der Rosa Luxemburg zugeschriebene Satz "Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei" hat sich im Sinne des letzten als wahr erwiesen. Die Entwicklung der Zivilisation, die Entfaltung der Produktivkräfte, die im Sinne der Aufklärung und der ihr folgenden revolutionären Ideen zur endgültigen Emanzipation der Menschheit in einer befreiten Gesellschaft münden sollte, führte stattdessen zur Barbarei mit den Mitteln dieser Zivilisation und auf Grundlage der Entfaltung dieser Produktivkräfte. Daß große Teile der bürgerlichen Welt und leider auch große Teile ihrer Gegner sich bis heute weigern, dies zur Kenntnis zu nehmen, ist Zeugnis dieser Barbarei.

IX.
Vielleicht wäre der Zionismus ohne Auschwitz erfolglos geblieben. Vielleicht wäre er ohne Auschwitz heute nichts weiter als eine bemerkenswerte Episode in der Geschichte nationaler Ideen. Durch Auschwitz wurde der Zionismus, das heißt ein jüdisches Selbstbewußtsein, das sich auch materiell als solches behauptet, für die Juden zur Überlebensnotwendigkeit. Die Deutschen hatten in ihren Vernichtungslagern gezeigt, wozu der Antisemitismus in seiner Konsequenz fähig ist. Daß ein auf solche Weise gewaltsam zur "Nation" gemachtes Kollektiv sich einen Staat schafft, ist in einer Welt, deren Normalzustand die gewaltförmige Organisation in Staaten ist, nicht verwunderlich. Der Staat Israel ist für alle Juden eine Bedingung relativer Sicherheit, solange es Antisemitismus gibt. Dies hat jede linke Kritik des Zionismus zu akzeptieren.

X.
Die Antizionisten billigen den Juden nicht die Konsequenz der Staatsbildung zu. In ihrer Rhetorik wird Israel häufig als "Gebilde" ("zionistisches Staatsgebilde" oder gar "Künstliches Gebilde") bezeichnet. Sie hängen damit nicht nur dem altbekannten völkischen Wunsch nach einem "echten" in der Natur der Volksseele sich gründenden Staat nach. Es sind die Betreiber dieses Staates, die Juden, die sie stören. Am israelischen Staat fällt ihnen die Gewalttätigkeit, die Natur eines jeden Staates ist, besonders auf. Während der zukünftige Palästinenserstaat als Verkörperung des politisch Guten und Gerechten gilt, steht Israel als die, nicht etwa nur imperialistische, sonders speziell zionistische Bosheit da. Es hat daher auch keinen Sinn, mit diesen Leuten über die Anlässe ihrer antizionistischen Kritik zu streiten, diese sind nur Vorwände für sie, um ihren Judenhass rauszulassen.

XI.
Es ist das Besondere dieses Antisemitismus nach Auschwitz, daß er ohne greifbare Juden auskommen muß. Er vergreift sich daher am kollektiven Juden, dem jüdischen Staat. Daß dies bislang nicht erfolgreich sein konnte, verdankt sich der Existenz Israels, seiner Gewalt.

Klaus Wehmeier

KB-Minderheit aufgelöst — Gruppe K gegründet

Vor einem Jahr hat sich unsere Gruppe, um der linken Anpassung an Großdeutschland entgegenzutreten, als Minderheitsflügel im KB gebildet. Im April 1991 haben wir die Auflösung dieser Organisation unterstützt.

Mit dem KB haben wir Erfahrungen gesammelt, die uns auch in Zukunft nützlich erscheinen: etwa die Auseinandersetzung um den grünen Gründungsprozeß vor 10 Jahren, dem die eigenständige Organisierung von KommunistInnen zu opfern wir nicht für richtig hielten. Ähnliches wiederholte sich für uns als KB-Minderheit in der kurzlebigen Diskussion um den „Hoffnungsträger" PDS im Sommer 1990. Unter KB-positiv verbuchen wir ebenfalls die Versuche, aus hoffnungslos isolierter Position eine Gegenöffentlichkeit zustandezubringen (wie etwa im Deutschen Herbst 1977), was uns als KB-Minderheit auch im Hinblick auf die Ablehnung der Wiedervereinigung („Nie wieder Deutschland"-Orientierung im Sommer 1990) richtig erschien. Wir halten auch weiterhin den Versuch einer radikal-linken Bezugnahme auf soziale Bewegungen für ein sinnvolles Konzept kommunistischer Intervention, müssen jedoch selbstkritisch einräumen, daß vom „Trüffelschwein" KB der notwendige Streit um linke Theoriebildung und kommunistische Intervention oftmals und zunehmend durch kurzatmigen Bewegungspragmatismus und einen unemanzipativen Massenbegriff ersetzt worden ist — einen Massenbegriff, der nicht reflektierte, daß KommunistInnen nur Politik mit solchen „Massen" machen können, die sich ihrer Lage bewußt werden und einer stellvertretenden Wahrnehmung ihrer Interessen nicht bedürfen. Wir wissen, daß wir in unserer bisherigen organisierten Tätigkeit z.T. erheblichen Fehleinschätzungen aufgesessen sind (z.B. im Hinblick auf eine vielfach nur ökonomistisch und klassenanalytisch verkürzte Wahrnehmung des deutschen Faschismus) und die Fehler und Defizite unseres bisherigen politischen Herangehens aufzuarbeiten haben. Wir müssen im Hinblick auf die Erarbeitung neuer politischer und theoretischer Grundlagen für revolutionäre Politik erkennen, daß derzeit die Summe der als offen erkannten Fragen schneller zu wachsen scheint als die Summe unserer Antworten.

Und dennoch wollen wir dem heute so modischen Abschied von linker Politik, der Vereinzelung und dem Rückzug ins Private ebenso eine Absage erteilen wie jenem erstarrten Organisations-Konservatismus, an dem der KB letztlich zugrundegegangen ist: Wir verstehen uns als einen Zusammenhang im Übergang. Zur vorrangigen Aufgabe unserer Gruppe zählen wir ihre Selbstaufhebung zugunsten eines organisatorischen Neuansatzes für kommunistische Politik, den wir aus eigener Kraft weder bewerkstelligen wollen noch bewerkstelligen können, da die inhaltliche Erneuerung eine Voraussetzung hierfür ist.

* * * * *

Wir haben uns für die Auflösung des KB entschieden, weil dieser strukturell und inhaltlich aus sich heraus nicht mehr bereit und in der Lage war, einen Beitrag zur Weiterentwicklung linker Politik und zur notwendigen Entwicklung einer radikal linken Zusammenarbeit mit anderen nichtreformistischen Strömungen zu leisten. Jene innerorganisatorische Verkrustung geriet in den Jahren 1989/90 in einen immer schärferen Widerspruch zu den innen- und weltpolitischen Veränderungen, durch die uns binnen kürzester Frist neue Maßstäbe für kommunistisches Denken und Handeln aufgezwungen wurden:

- Der Zusammenbruch des RGW und der ideologische Zustand der Gesellschaften, die der „Reale Sozialismus" nach 40jähriger Vorherrschaft in jenen Ländern hinterlassen hat, zwingt zur Neubewertung dieses ersten realsozialistischen Versuchs und zur Analyse seiner immanenten, systembedingten wie auch seiner in der marxistischen Theorie und leninistischen Praxis angelegten Unzulänglichkeiten und Fehler. Dies beinhaltet mehr als die Absage an den Stalinismus.
- Wir halten es auch in Zukunft für notwendig, das Dogma der scheinbar gattungsspezifischen Determiniertheit von Warenproduktion und Konkurrenz mit den kapitalistischen Realitäten von Armut und Entfremdung sowie der kommunistischen Utopie einer von Marktzwängen befreiten Produktionsweise zu konfrontieren. Der vermeintliche Endsieg des Kapitalismus und die Marktideologie des Gorbatschowismus zwingen uns darüber hinaus, unseren Antikapitalismus neu zu fundieren und die Theoriedefizite insbesondere in den Grundfragen der marxistischen Ökonomie zu überwinden.
- Die Umbrüche in den internationalen Beziehungen erfordern es, die Tragfähigkeit der Leninschen Imperialismustheorie wie auch die auf eine Befreiungsperspektive der Völker der „Dritten Welt" setzende Politik zu überprüfen. Die aktuelle Bedeutung und Funktion des Nationalismus, die Unterschiede zwischen Metropolen- und Befreiungsnationalismus und die Rolle von Rassismus und Antisemitismus sind Bestandteil eines für uns ebenso wesentlichen wie neuen Untersuchungsfeldes.
- In bezug auf Deutschland haben wir die analytischen Anstrengungen über die sozialen und politischen Folgen der Wiedervereinigung, insbesondere auch in bezug auf den neu eskalierenden Rassismus und Neofaschismus zu verstärken. (Diese Auflistung erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.)

Unser Anteil an der Bearbeitung derartiger Fragestellungen wird aufgrund dessen, was wir als kleine Gruppe können und darstellen, nur bescheiden bleiben. Um so größer ist unser Interesse an einem Prozeß von Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit ähnliche Ansätze verfolgenden Zirkeln. Zwar sehen wir derzeit im Bereich der Analyse und der Theorie- wie Strategieentwicklung einen Hauptzweck unseres Zusammenhangs, weil uns die Defizite fortschrittlicher Politik in diesem Bereich als besonders eklatant erscheinen. Unser politisches Selbstverständnis schließt aber einen Abschied aus linken Praxisfeldern oder eine ausschließlich kommentierende Haltung gegenüber den unterschiedlichen Ausdrucksformen antikapitalistischen und emanzipativen Widerstands aus.

* * * * *

Der Zäsur, die die gravierenden außen- und innenpolitischen Veränderungen für uns bedeuten, kann unseres Erachtens nicht mit einem trotzigen „Weitermachen" begegnet werden. Wenn sich kommunistische Gruppen unter heutigen politischen Bedingungen immer noch einzureden suchen, „wie dringend die arbeitenden Menschen in der BRD eine kommunistische Partei brauchen", wie kürzlich die älteste kommunistische Partei der BRD feststellte, so mag dies einem psychologischen Bedürfnis entspringen. Mit der Wahrnehmung der Wirklichkeit hat es wenig zu tun. Und auch der politisch und gesellschaftlich nicht begründete Optimismus, mit dem Linke immer wieder jeden noch so kurzlebigen „Massenansatz" zu bejubeln pflegen, ohne ihn auf seine politische Substanz hin zu analysieren, erscheint uns inzwischen mehr als abgeschmackt. Wir halten es demgegenüber für angebracht, einzusehen, daß die Aussicht auf eine massenhafte Verankerung nichtreformistischer Politik in absehbaren Zeiträumen aus Gründen, die mit dem ökonomischen Potential des BRD-Imperialismus und den daraus sich ergebenden Möglichkeiten von Korruption und Integration zusammenhängen, nicht existiert. Wenn wir dennoch KommunistInnen bleiben, dann deshalb, weil wir an den Stillstand der Geschichte nicht glauben, sondern die Welt als eine sich verändernde wahrnehmen. Und weil wir die Zeitspanne für die Durchsetzung sozialistischer Verhältnisse nicht auf wenige Jahrzehnte ansetzen — sofern jedenfalls die Geschichte nicht zuvor „mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen" (Kommunistisches Manifest) ihr Ende erlebt.

Den einschneidenden politischen Veränderungen muß unseres Erachtens eine ähnliche inhaltliche wie auch organisatorische der KommunistInnen entsprechen. Als Gruppe K wollen wir dem Kommunismus nicht abschwören, sondern ihn besser fundieren. Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Unser Weg ist der einer antikapitalistischen, nichtreformistischen Linken. Unser Mittel ist die Beteiligung an der Rekonstruktion organisierter Politik, die die Fehler nichtemanzipativer Organisiertheit vermeidet, die wir in unserer Vergangenheit selbst mitverantwortet haben. Die neue, bessere Organisation muß erst noch gefunden werden.

Dortmund, den 7. Juli 1991 **Gruppe K**

Kontakt und weitere Infos über:
Gruppe K, c/o Hamburger Satz-und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040-43 53 20

Unser Konto: S. Roisch / K. Dreyer · Hamburger Sparkasse · BLZ 200 505 50 · Konto.Nr. 1228 / 122 386

RL-Kontaktadressen:

(wobei wir leider immer noch nicht alle haben!)

Radikale Linke Berlin
c/o GNN-Verlag
Czeminskistr. 5
1000 Berlin 62

RL Koblenz
c/o Reinhard Bach
Kastorstr. 10
5400 Koblenz

RL Aachen
c/o Schumacher
Bergstraat 6
NL 6291 AZ Vaals

FreundInnenkreis
der RL Köln
Joachim Gosch
Gerhard-Hauptmannstr. 25
5090 Leverkusen

RL München
Winfried Hauch
Vogelhartstr. 23
8000 München 40

Der Kreis „Ökologische Linke / Arbeitskreis Antikapitalismus und Antipatriarchat“ besteht zwar aus lauter (noch) Mitgliedern der bayrischen Grünen, Endstation voraussichtlich die nächste Bundesversammlung, orientiert sich jedoch an den Aktivitäten der Radikalen Linken. Kontakt über Peter Bierl, Meisenweg 4, 8031 Wörthsee – Tel. 08153/7527

kontakt der radikalen linken hanau: c/o vfmv, auwanneweg 72, 6450 hanau. wir haben eine inhaltliche arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der "politischen ökonomie des vereinigten deutschland" und der IV. reich-these auseinandersetzen will. eine inhaltliche klärung zum israelisch-arabischen konflikt im zusammenhang mit golfkrieg und der deutschen linken steht auch noch an....

Liebe RedakteurInnen des RB 3,

ich bitte Euch um die Aufnahme folgenden Hinweises in die Rubrik "Liste der 'Lieferbaren Referate'" im Rundbrief Nr.3/91 der Radikalen Linken:

TEXT:

"Hans-Jürgen Kleine : Thesen zum Parlamentarismus (Kritik des bürgerlichen Verfassungsstaats) "

Ein Musterexemplar mit Stichwortcharakter liegt für die Redaktion bei. Eine inhaltlich gleiche, jedoch in Textform gehaltene Fassung ist auf Anfrage erhältlich. Der Autor steht gern als Referent oder Mitdiskutant bei Veranstaltungen von Gruppen der Radikalen Linken zum Thema zur Verfügung. Das Referat lag in der vorliegenden Stichpunktform anläßlich des Wochenendseminars der RL-Gruppe Köln als Einleitungsbeitrag vor.

Mit freundlichen Grüßen,

Hans-Jürgen Kleine
Aquinostr. 27
5000 Köln 1